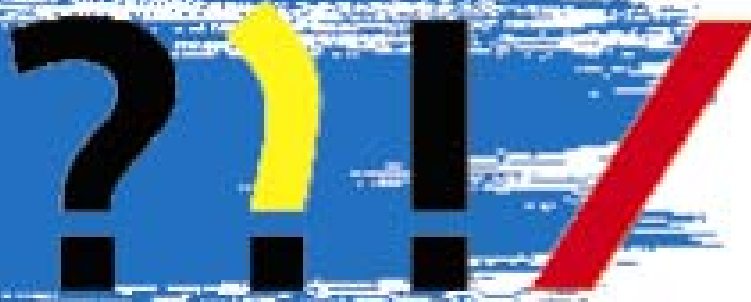


sowiOnline
Aktuelle Themen



Rentnerboom und Babynotstand - Der demographische Wandel in Deutschland

Ein Überblick über
sozialwissenschaftliche Forschung



InformationsZentrum
Sozialwissenschaften

GESIS

Rentnerboom und Babynotstand -
Der demographische Wandel in Deutschland

bearbeitet von
Christian Kolle

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2006

ISSN: 1616-3893
Herausgeber Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Christian Kolle
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das IZ ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2006 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sachgebiete

1	Theoretische und empirische Ausgangslage.....	11
2	Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme.....	33
3	Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt	40
4	Familienpolitik unter veränderten Vorzeichen	60
5	Migration als demographischer Faktor.....	74
6	Auswirkungen des demographischen Wandels auf Länder, Kommunen und Gemeinden..	89
7	Zukunftsaussichten und -prognosen.....	97

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	105
Personenregister	107
Sachregister	111
Institutionenregister.....	123

Anhang

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur	127
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	127

Vorwort

Seit Monaten wird den Deutschen von allen medialen Seiten ein baldiges Aussterben prophezeit und dem Land ein unumkehrbarer Schrumpfkurs vorausgesagt. Zeitungen, Talkshows und Sachbuchbestseller sehen die ganze Republik in einem unaufhaltsamen Prozess der Vergreisung gefangen und prognostizieren den nahenden Kollaps der Sozialsysteme. Ihre Schlagzeilen mögen plakativ wirken, doch stützen sie sich auf belegbare demographische Fakten und Statistiken.

Die Geburtenzahlen liegen in der Bundesrepublik weit unter dem für den Ersatz der Elterngeneration notwendigen Niveau von 2,1 Kindern je Frau. In den letzten Jahren pendelte die Geburtenziffer um einen Wert zwischen 1,34 und 1,36 und lag damit weit entfernt von jener Größe, die ein Wachstum der deutschen Bevölkerungszahlen bedingen könnte. Seit 2002 schlägt sich dieser Trend auch in den absoluten Bevölkerungszahlen für die gesamte Republik nieder: Um mehr als 300.000 Einwohner schrumpfte die deutsche Bevölkerung auf etwa 82,501 Mio. im Jahr 2004. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren rasant voranschreiten. Wenn die Generation der so genannten "Baby-Boomer", d.h. der Angehörigen geburtenstarker Jahrgänge aus den 1950er Jahren zwischen 2030 und 2050 das Zeitliche segnet, dann werden die Bevölkerungszahlen in den Keller sacken, mit gravierenden Folgen für die bestehenden Wirtschafts- und Sozialsysteme.

Denn diese werden wiederum von einer demographischen Hypothek belastet, die isoliert betrachtet viel Grund zur Freude geben sollte: Die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland nimmt kontinuierlich zu. Sie beträgt heute für einen männlichen Neugeborenen 75,9 Jahre und für ein gerade zur Welt gekommenes Mädchen 81,6 Jahre. Im Vergleich zum Stand von Mitte der 1980er Jahre hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung damit um etwa 4,4 bzw. 3,5 Jahre erhöht. Aber die pessimistischen Voraussagen für die Sozialversicherungssysteme trüben die Aussicht auf ein langes Leben. Denn durch die umlagefinanzierten Systeme der Renten- und gesetzlichen Krankenkassen entsteht mit dem demographischen Wandel eine kostenintensive Schieflage. In der Alterssicherung sieht sich eine schrumpfende Gruppe von Beitragszahlern einer wachsenden Gruppe von Beitragsempfängern gegenüber. Gemäß dem Umlageverfahren zahlt die jüngere Arbeitnehmergeneration für die ältere Rentnergeneration. Die Politik versucht, dem entgegenzusteuern. Das Renteneintrittsalter wurde bereits von 65 auf 67 Jahre angehoben und die Möglichkeiten der Frühverrentung beschnitten. Doch ohne eine kontinuierliche und gleichzeitig massive Beitragserhöhung lässt sich das System unter den aktuellen demographischen Trends nicht lange aufrechterhalten.

Auch die gesetzliche Krankenversicherten ächzen immer lauter unter der Last steigender Beitragzahlungen. Denn die wachsende Zahl älterer Menschen verursacht immense Zusatzkosten im Bereich der Gesundheitsleistungen. Zwar wird ein Einwohner Deutschlands statistisch gesehen immer älter, doch vor altersbedingten Krankheiten und Gesundheitsproblemen ist er dennoch nicht gefeit. So steigen mit dem Anteil der Senioren in Deutschland auch die Kosten im Gesundheitssystem, die wiederum von einer abnehmenden Zahl von Arbeitnehmern erwirtschaftet und getragen werden müssen.

Der Reformbedarf ist längst erkannt - schließlich ist der demographische Wandel keine unerwartet neue Erscheinung der letzten Jahre, sondern zeichnet sich bereits seit den siebziger Jahren ab. Als Reaktion auf die bundesweite Einführung der Pille sacken die Graphen, die Auskunft über die Geburtenrate in Deutschland im 20. Jahrhundert geben, ab 1971 in den Keller und verharren nach

diesem so genannten "Pillen-Knick" bis heute auf niedrigem Niveau. Auch die steigende Lebenserwartung ist kein Phänomen der Gegenwart, sondern zieht sich wie ein roter Faden durch das letzte Jahrhundert, sieht man einmal von den einschneidenden Ereignissen der beiden Weltkriege ab. An Mahnungen hat es in den letzten Jahrzehnten denn auch nicht gemangelt, doch die Umsetzung der notwendigen Reformen ging nur selten über zaghafte Ansätze hinaus. Die Politik scheute große Reformschritte, um die Bürger und Wähler mit den direkten und finanziell schmerzlichen Einbußen nicht zu verprellen und beließ es bei der ungleich teureren Schieflage im Sozialsystem. Doch selbst eine umfassende Reform verspräche nur die Linderung der Symptome und keine Heilung der Ursachen. Um die Funktionalität der bestehenden Sozialsysteme auch für die Zukunft zu garantieren, müsste eine demographische Trendwende herbeigeführt werden. Für die Struktur der Bevölkerung sind drei Faktoren bestimmend: die durchschnittliche Geburtenrate, die durchschnittliche Mortalitätsrate und die Nettozuwanderung, die sich aus den Zuzügen nach und den Fortzügen von Deutschland ergibt. Die Migration als dritter Faktor im demographischen Dreisatz ist letztlich die am stärksten beeinflussbare Größe. Sie kann durch gesetzliche Maßnahmen recht zuverlässig extern gelenkt werden und trägt rasch zur Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei. Die Eingriffe zielten bislang allerdings eher auf Eindämmung der Einwanderung als auf eine Steigerung der Migrationsrate.

Seit 1992, als im Nachklang des kommunistischen Zusammenbruchs und zu Beginn der Krise im jugoslawischen Vielvölkerstaat mit 1,5 Mio. Einwanderern der Höchstwert bei Zuzügen nach Deutschland erreicht wurde, hat sich die Zahl der Migranten kontinuierlich verringert. So konnten im Jahr 2004 nur noch weniger als die Hälfte dieses Wertes, knapp 600.000 Zuwanderer in Deutschland gezählt werden. Damit hält die Bundesrepublik zwar in Europa die Spitzenposition in der Statistik der in absoluten Zahlen bemessenen Zuzüge, doch ihr gegenüber steht der Fortzug von ca. 550.000 Menschen. Die Nettozuwanderung ist geradezu verschwindend gering. Damit liegt Deutschland allerdings im europäischen Trend. Insbesondere seit dem 11. September 2001 und den darauf folgenden Antiterror- und Sicherheitsgesetzen stand die Migrations- und Asylpolitik vieler Länder in der EU unter dem Zeichen von Sicherheit und Abwehr. Doch eine Abnahme der Bevölkerungszahlen in Deutschland lässt sich auf diese Weise nicht verhindern.

Der demographische Wandel macht sich nicht nur als leblose Zahl in diversen Bevölkerungsstatistiken bemerkbar, sondern ist bereits im realen Alltag angekommen. Strukturschwache Kommunen mit einer hohen Arbeitslosigkeit und einer vergleichsweise niedrigen Lebensqualität leiden zunehmend unter der Abwanderung der jungen Bevölkerung. Nur die älteren Einwohner bleiben zurück, und mit deren einsetzenden Ableben durchlaufen die Städte einen dramatischen Schrumpfungsprozess. Das Stadtbild verändert sich - leerstehende Häuser und geschlossene Geschäfte wechseln einander ab, ganze Häuser zerfallen.

Wird dieser Schrumpfungsprozess jedoch in geeignete Bahnen gelenkt, so können Stadt und Einwohner sogar davon profitieren. Marode Häuser werden abgerissen, Grünflächen entstehen, Freiräume bieten Platz für Sport- und Freizeitanlagen. Diese Modernisierung ist zwar mühselig und kostspielig, doch zeigt sie exemplarisch, dass der demographische Wandel auch Chancen und Vorteile bietet. So bietet die Anhebung des Renteneintrittsalters die Möglichkeit, die Wertschätzung älterer Arbeitnehmer zu erhöhen und dem gesellschaftlichen Jugendwahn entgegenzutreten. Die unter Zugzwang geratene Familienpolitik gewinnt an Stellenwert und kann so alte Versäumnisse wiedergutmachen. Die Vorteile der erhöhten Lebenserwartung liegen auf der Hand.

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften möchte mit dem vorliegenden *sowiOnline* "Rentnerboom und Babynotstand - Der demographische Wandel in Deutschland" die aktuelle Debatte

aus sozialwissenschaftlicher Sicht begleiten und Entstehungsfaktoren, Wirkungsprozesse und Konsequenzen des demographischen Wandels in der Bundesrepublik beleuchten. Die in diesem Band gebündelten 173 Literatur- und Forschungsnachweise sind thematisch in sieben Kapitel unterteilt und nähern sich dem Forschungsgegenstand aus verschiedenen Richtungen.

Kapitel 1 spiegelt den aktuellen Forschungsstand wider und führt die Nachweise wichtiger empirischer Arbeiten und Statistiken auf, die die Grundlage für die Forschung über den demographischen Wandel in Deutschland bilden. Im zweiten Kapitel finden sich sozialwissenschaftliche Literatur- und Forschungsnachweise, die sich mit den Folgen der Bevölkerungsentwicklung für die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland beschäftigen und nach Lösungsansätzen suchen. Kapitel 3 umfasst Arbeiten, Studien und Forschungsprojekte, die über die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das deutsche Wirtschaftssystem Auskunft geben. Dabei wird auch Literatur aufgeführt, die die Konsequenzen auf die Struktur des Arbeitsmarktes zum Thema hat. Die Veränderungen in der Familienpolitik, die durch die anhaltende demographische Entwicklung notwendig geworden sind, werden von Literatur- und Forschungsnachweisen in Kapitel 4 aufgegriffen. Kapitel 5 spürt der Frage nach, welchen Einfluss die Migration auf die Struktur und Entwicklung einer Bevölkerung hat. Dabei werden auch Arbeiten berücksichtigt, die sich mit der aktuellen Lebenssituation von Migranten in Deutschland auseinandersetzen. Im sechsten Kapitel finden sich Literatur- und Forschungsnachweise, die sich mit den Folgen der aktuellen Bevölkerungsentwicklung auf Länder, Kommunen und Gemeinden beschäftigen. Dort werden auch die Probleme behandelt, mit denen Städtebau und Raumplanung in Deutschland konfrontiert sind. Der *sowiOnline* schließt mit Kapitel 7, das die Zukunftsaussichten und -prognosen der demographischen Entwicklung in Deutschland behandelt. Die dort aufgeführten Arbeiten beleuchten statistische und theoretische Zukunftsansätze in der sozialwissenschaftlichen Forschung.

Christian Kolle

Bonn, im Dezember 2006

Hinweis

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quelle zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter www.gesis.org/Information/FORIS/Erhebung zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein „-L“ nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein „-F“. Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf diese laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Theoretische und empirische Ausgangslage

[1-L] Baethge, Martin (Redakteur); Bartelheimer, Peter (Redakteur); Fuchs, Tatjana (Redakteur); Kratzer, Nick (Redakteur); Wilkens, Ingrid (Redakteur):

Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland: Arbeit und Lebensweisen ; erster Bericht, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 625 S., ISBN: 3-531-14316-6

INHALT: "Was kann Sozialberichterstattung zum Verständnis des Umbruchs im deutschen Produktions- und Sozialmodell beitragen? Eine Antwort darauf versucht der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte erste Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung. An Veränderungen in Arbeit und Lebensweise soll gezeigt werden, dass wirtschaftliche Entwicklung gesellschaftlich eingebettet ist. Arbeit wird dabei als gleichermaßen dem ökonomischen System wie der persönlichen Lebensführung angehörig betrachtet. Lebensweise steht für den Zusammenhang aller Aktivitäten und Motive von Individuen und Haushalten, die ihr Verhalten als Marktakteure beeinflussen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: I. Einführung: 1.1 Martin Baethge, Peter Bartelheimer: Deutschland im Umbruch (11-36); 1.2 Martin Baethge, Peter Bartelheimer: Sozioökonomische Entwicklung als Gegenstand der Berichterstattung (37-62); I.3 Karin Gottschall; Ernst Kistler, Rainer Land: Querschnittsthemen: Demographie, Gender, Ostdeutschland (63-83); II. Themenfelder: II.1 Peter Bartelheimer: Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung (85-123); II.2 Nick Kratzer, Dieter Sauer: Flexibilisierung und Subjektivierung von Arbeit (125-149); II.3 Tatjana Fuchs, Dietmar Dathe, Ernst Kistler: Informelle Arbeit und Lebensweisen (151-176); II.4 Martin Baethge, Peter Kupka: Bildung und soziale Strukturierung (177-209); II.5 Andreas Boes: Informatisierung (211-244); III. Berichtsgegenstände: III.1 Holger Aida: Beschäftigungsverhältnisse (245-269); III 2 Peter Bartelheimer, Markus Wieck: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (271-302); III 3 Tanja Schmidt, Christoph Schmitt: Erwerbsverläufe (303-322); III 4 Dieter Sauer, Andreas Boes, Nick Kratzer: Reorganisation des Unternehmens (323-350); III.5 Peter Bartelheimer: Migration (351-379); III.6 Nick Kratzer, Tatjana Fuchs, Alexandra Wagner, Dieter Sauer: Zeitmuster - Zeitverwendung im Kontext von Erwerbsarbeit und Haushalt (381-402); III.7 Tatjana Fuchs: Haushaltsproduktion (403-432); III.8 Christoph Schmitt: Informelle soziale Beziehungen (433-453); III.9 Dietmar Dathe: Bürgerschaftliches Engagement (455-480); III.10 Werner Dostal: Qualifikation und Arbeitsmarktdynamik (481-504); III.11 Ingrid Wilkens: Weiterbildung/lebenslanges Lernen und soziale Segmentation (505-521); III.12 Andreas Boes, Josef Preißler: Digitale Spaltung (523-548); IV. Peter Bartelheimer Sozioökonomischer Berichtansatz - Konzept, Daten, Indikatoren (549-570).

[2-L] Birg, Herwig (Hrsg.):

Auswirkungen der demographischen Alterung und der Bevölkerungsschrumpfung auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft: Plenarvorträge der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie an der Universität Bielefeld, 4. März 2004, (Wissenschaftliche Paperbacks : Politikwissenschaft, Bd. 29), (Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie, 2004, Bielefeld), Münster: Lit Verl. 2004, 129 S., ISBN: 3-8258-8261-6

INHALT: "Die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands ist in den kommenden fünf Jahrzehnten von einer starken Zunahme der Älteren bei einer gleichzeitigen Schrumpfung der Jüngeren geprägt. Die sich daraus ergebende demographische Alterung ist irreversibel. Der Zuwachs der Versorgungslasten pro Kopf der mittleren Altersgruppe ist wesentlich größer als die Ent-

lastung durch den Rückgang der Zahl der nachwachsenden Kinder und Jugendlichen. Die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung für Staat und Gesellschaft, für das soziale Sicherungssystem und das Wirtschaftswachstum, wird dargestellt." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Heinz Grohmann: Alterssicherung im Wechsel der Generationen (3-24); Udo Steiner: Generationenfolge und Grundgesetz (25-36); Jürgen Borchert: Wie Juristen Flüsse bergauf fließen lassen - zur Semantik in der Sozial- und Familienpolitik und ihre Folgen für das Recht (37-51); Hans-Werner Sinn: Das demographische Defizit - die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen (53-90); Bettina Sommer: Die Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern bis zum Jahr 2050 (91-109); Paul Gans, Ansgar Schmitz-Veltin: Bevölkerungsentwicklung in ländlichen Gemeinden: Szenarien zu kleinräumigen Auswirkungen des demographischen Wandels (111-129).

[3-L] Birg, Herwig:

Dynamik der demografischen Alterung und Bevölkerungsschrumpfung: wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen in Deutschland, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 56/2005, H. 399, S. 24-36 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: http://www.hss.de/downloads/Pol_Studien399.pdf

INHALT: Die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnungen der verschiedenen Forschungsinstitute und des Statistischen Bundesamtes sind in den letzten zehn Jahren immer ähnlicher geworden. In seiner "9. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung" hat das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Lebenserwartung bis 2035 um 4 Jahre zugrunde gelegt. In der am 7. Juni 2003 vorgestellten "10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung" wurde ein Anstieg um - je nach Variante - 5 bzw. 6 bzw. 7,5 Jahre angenommen. Die Vorausrechnungen des Autors liegen ebenfalls in mehreren Varianten vor. Die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung des Autors, deren Ergebnisse im vorliegenden Beitrag näher vorgestellt werden, und die 1. bzw. 4. bzw. 7. Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes kommen dabei einander am nächsten. Dargestellt werden die Perspektiven und Vorausrechnungen der demografischen Entwicklung für Deutschland insgesamt, die Konsequenzen der Bevölkerungsschrumpfung und der demografischen Alterung auf nationaler Ebene sowie die Auswirkungen auf regionaler und kommunaler Ebene. (ICI2)

[4-L] Birg, Herwig:

Die demographische Zeitenwende: der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, (Beck'sche Reihe, Bd. 1426), München: Beck 2001, 226 S., ISBN: 3-406-47552-3

INHALT: "Während die Weltbevölkerung dramatisch zunimmt, geht die Bevölkerung in Deutschland und Europa seit einigen Jahrzehnten kontinuierlich zurück. Das hat weitreichende Auswirkungen auf die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen der europäischen Nationalstaaten, die bis heute nicht angemessen beachtet werden. Herwig Birg stellt nach einer demographischen Bestandsaufnahme die Szenarien und Simulationsrechnungen für das 21. Jahrhundert vor. Er erörtert auf dieser Grundlage die Folgen der demographischen Entwicklung insbesondere für das Renten- und Gesundheitssystem und wirft notwendige Fragen nach dem Verhältnis von Demographie, Politik und Ethik auf. Sein Buch ist eine unentbehrliche Einführung in eines der wichtigsten Themen der Zukunft." (Autorenreferat). In-

haltsverzeichnis: Einführung (9-20); Transformiert die ökonomische Globalisierung die Weltbevölkerung in eine Weltgesellschaft? (21-41); Das demographisch-ökonomische Paradoxon und der langfristige Rückgang der Geburtenrate in Deutschland und Europa (42-52); Wirtschaftliche Prosperität und demographischer Niedergang (53-63); Grenzen der Familienpolitik im Hinblick auf die Logik biographischer Entscheidungen (64-82); Zweck, Verfahren und Genauigkeit demographischer Vorausberechnungen (83-96); Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland im 21. Jahrhundert (97-118); Bevölkerungsvorausberechnungen für Europa und die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers (119-136); Veränderungen der Zahl und Größe der privaten Haushalte und des Bedarfs an Wohnraum - regionale und sozialräumliche Aspekte (137-159); Notwendige Vorüberlegungen zur Erforschung der wirtschaftlichen Auswirkungen (160-169); Konsequenzen für das soziale Sicherungssystem in Deutschland (170-193); Demographie und Politik (194-206); Ethische Aspekte der menschlichen Fortpflanzung - die Verantwortungsethik von Hans Jonas (207-218).

[5-L] Bomsdorf, Eckart:

Höhere Fertilität, steigendes Rentenzugangsalter und Migration: wie die zukünftige Belastung der Gesellschaft in Deutschland erträglich gestaltet werden kann, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 60/2005, H. 8/9, S. 439-459

INHALT: "In der Diskussion um die demografische Entwicklung und deren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland wird immer wieder auf die niedrigen Geburtenzahlen verwiesen. Dabei wird meist betont, dass eine Fertilitätsrate von 2,1 notwendig wäre, um den Bevölkerungsumfang stabil zu halten. Der folgende Beitrag zeigt, dass bei Berücksichtigung der Migration auch eine deutlich niedrigere Fertilitätsrate ausreicht, um den Bevölkerungsumfang zu halten bzw. nicht so stark absinken zu lassen. Gleichzeitig wird die Entwicklung von Jungenquotient sowie Altenquotient in Abhängigkeit von den verschiedenen Fertilitätsannahmen präsentiert. Abschließend wird dargelegt, wie durch Erhöhung des Rentenzugangsalters und steigende Fertilität die Belastung der erwerbsfähigen Bevölkerung durch die Rentengeneration in Grenzen gehalten werden könnte; die aus dem demografischen Wandel resultierende zusätzliche Belastung würde sich dann drastisch reduzieren." (Autorenreferat)

[6-L] Bös, Mathias:

Konfliktdynamiken der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Peter Imbusch, Ralf Zoll (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung : eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 383-403, ISBN: 3-531-14426-9

INHALT: Die Bevölkerungsentwicklung und die damit zusammenhängenden Konfliktdynamiken in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg werden beschrieben. Es wird davon ausgegangen, dass demographische Prozesse Ursachen von demographischen Konflikten sein können, die zu anderen Prozessen sozialen Wandels in Beziehung stehen. Am Beispiel der Entwicklung von Migrations- und Generationskonflikten in (West-) Deutschland werden Konfliktparteien und Konfliktgegenstände bei demographischen Konflikten beschrieben. Bisherige Konfliktlösungsstrategien als Teil von Konfliktdynamiken werden hinsichtlich ihrer Vorgehensweise typisiert. Es wird gezeigt, dass die zunehmende Alterung der Bevölkerung wie auch die Zuwanderung Konflikte auslösen können. Plakative Begriffe wie "Überalterung" oder "Überfremdung" suggerieren jedoch zu einfache Konfliktdefinitionen, welche die Veränderlichkeit von Konfliktdynamiken nicht genügend in den Blick nehmen. (GB)

[7-L] Breiholz, Holger; Duschek, Klaus-Jürgen; Hansch, Esther; Nöthen, Manuela:

Leben und Arbeiten in Deutschland: Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Wiesbaden 2005, 100 S.; 1372 KB (Graue Literatur;

URL: http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2005/MZ_Broschuere.pdf)

INHALT: "Der Mikrozensus 2004 zeigt für Haushalte, Lebensformen sowie das Erwerbsleben folgende Ergebnisse: Im März 2004 gab es 39,1 Mill. Haushalte mit rund 82,9 Mill. Haushaltsmitgliedern. Damit ist die Zahl der Privathaushalte seit 1991 um 11 Prozent, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3 Prozent gestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ging zurück: Im April 1991 lebten durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, im März 2004 nur noch 2,12 Personen. Immer mehr Menschen leben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, als allein erziehende Elternteile oder allein in einem Einpersonenhaushalt. Im Frühjahr 2004 stuften 7,2 Mill. abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein, 2,4 Mill. bzw. 51 Prozent mehr als im April 1991. Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um neun Prozentpunkte auf gut 23 Prozent. Zwar vergrößerte sich der Anteil der Männer an den Teilzeitbeschäftigten von 8 Prozent im Jahr 1991 auf inzwischen 15 Prozent, dennoch war mit 85 Prozent der Großteil der Teilzeittätigen in abhängiger Beschäftigung weiblich. Erstmals seit 1996 arbeiteten die Männer wieder länger. So stieg die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden je Woche bei den westdeutschen Männern von durchschnittlich 40,0 Stunden im Mai 2003 auf 40,3 Stunden im März 2004 sowie von durchschnittlich 39,8 auf 40,1 Stunden in den neuen Länder und Berlin-Ost. Dagegen blieb die Arbeitszeit der Frauen in beiden Teilen Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr konstant. Im März 2004 nutzten 59 Prozent der Erwerbstätigen an ihrem Arbeitsplatz einen Personal-Computer, im Mai 2000 waren es mit 52 Prozent nur gut die Hälfte. Die Zunahme von Computerarbeit betraf beide Geschlechter und zog sich durch alle Altersgruppen. Zwar waren in Deutschland immerhin 47 Prozent der abhängig Beschäftigten, die Angaben zu ihrer Stellung im Betrieb gemacht hatten, weiblich. Frauen hatten jedoch nur etwa ein Drittel (33 Prozent) der gut 4,9 Mill. Führungspositionen inne. Die dazu zählenden 819.000 Positionen mit umfassenden Führungsaufgaben waren noch seltener von Frauen besetzt. Die Frauenquote betrug hier lediglich 21 Prozent. Im März 2004 benutzten etwa zwei von drei Berufspendlern (gut 67 Prozent) auf dem Weg zur Arbeit hauptsächlich das Auto. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln legten 13 Prozent der Pendler die längste Wegstrecke auf dem Weg zum Arbeitsplatz zurück. 18 Prozent der Pendler erreichten ihren Arbeitsplatz überwiegend mit dem Fahrrad oder zu Fuß." (Autorenreferat)

[8-L] Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BIB- (Hrsg.):

Bevölkerung: Fakten - Trends - Ursachen - Erwartungen ; die wichtigsten Fragen, (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung , Sonderheft), Wiesbaden 2004, 111 S.; 6900 KB (Standort: IAB-90-0DE0-202000 BP 616; Graue Literatur;

URL: http://www.bib-demographie.de/info/bib_broschuere2.pdf)

INHALT: Der Band informiert über Trends und deren soziale Konsequenzen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt der Betrachtungen steht das Thema 'Altern der Bevölkerung' und die Konsequenzen, die allen daraus entstehen. Aufgezeigt wird, wie der Rückgang der Geburtenhäufigkeit und der Anstieg der Lebenserwartung den Altersaufbau der Bevölkerung verändert haben, welche sozialen Konsequenzen entstehen und wie man darüber denkt und berichtet. Des Weiteren werden internationale Vergleiche vorgenommen. Abschließend wird auf Probleme eingegangen, mit denen sich die Bevölke-

rungswissenschaft konfrontiert sieht, die sich vor allem mit der Messung der Kennziffern beschäftigt. Ziel ist es, Grundwissen über demografische Prozesse, die langfristigen Trends, die Ursachen und Erklärungsansätze oder die Gründe und Motive für ganz spezifische Verhaltensmuster zu vermitteln. Die Ergebnisse der Analysen zeigen, dass demografische Prozesse sich globalisiert haben und nach kompetenten Lösungen verlangen. Zuwanderung regeln bedeutet nicht, dass nur noch Menschen nach Deutschland gelangen, die sich bequem in den Arbeitsmarkt integrieren lassen. Humanitäres Handeln ist Bestandteil von Zuwanderungspolitik, die einen wirksamen Schutz für Flüchtlinge und Asylsuchende bieten muss. Nur ein kleiner Teil der Weltbevölkerung lebt in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, hat nur wenige Kinder und erreicht ein hohes Lebensalter. Der größere Teil der Weltbevölkerung lebt in armen/ ärmeren Ländern, hat viele Kinder und eine niedrige Lebenserwartung, die zum Teil durch die Ausbreitung von HIV/ AIDS massiv bedroht ist. (IAB)

[9-L] Büttner, Thomas:

Die Alterung der Weltbevölkerung im 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 25/2000, H. 3/4, S. 441-459 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die demographische Transition zu niedriger Fertilität und niedriger Sterblichkeit 'produziert' weitreichende Auswirkungen auf die Alterszusammensetzung der Bevölkerungen. Zunächst bewirkt der typische Verlauf der demographischen Transition eine Verjüngung der Bevölkerungen: durch den Rückgang der Sterblichkeit insbesondere bei den jüngeren Altersgruppen steigt die Zahl der überlebenden Kinder. Damit erhalten jüngere Altersgruppen mehr Gewicht und die Bevölkerungen werden tendenziell jünger. In späteren Phasen der demographischen Transition haben dann sowohl Fertilitätsrückgang und Sterblichkeitsreduzierung gemeinsam den umgekehrten Effekt einer Alterung der Bevölkerung. Die Dynamik der Alterungsprozesse wird anhand dreier großer Altersgruppen dargestellt: Kinder (Personen im Alter unter 15 Jahren), Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 60 Jahre alt) und Ältere (60 Jahre und älter). Die verwendeten demographischen Daten sind der 1998er Revision der 'World Population Prospects' (United Nations 1999a, 1999b, 2000a) sowie den darauf aufbauenden Langzeitprojektionen (United Nations 2000b) entnommen. Die demographische Transition bewirkt, dass demographische Unterschiede zwischen den Ländern der Erde - zumindest zeitweilig - dramatisch zunehmen, weil der Beginn und die Dauer des Übergangs von hoher zu niedriger Fertilität und Sterblichkeit von Land zu Land variieren und sich deshalb zu jedem gegebenen Zeitpunkt Länder auf verschiedenen Stufen des demographischen Überganges befinden. Deshalb zeigt auch der Anteil älterer Personen an der Bevölkerung eine Tendenz zunehmender Ausdifferenzierung." (Autorenreferat)

[10-L] Cromm, Jürgen; Pappert, Steffen; Stucki, Regula:

Zur Transformation von Bevölkerungswissenschaften sowie bevölkerungspolitischen Zielen und Inhalten in Erziehung und Bildung in Deutschland um 1870 bis 1960, in: Rainer Mackensen, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Das Konstrukt "Bevölkerung" vor, im und nach dem "Dritten Reich", Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 489-507, ISBN: 3-531-14807-9 (Standort: USB Köln(38)-32A9399)

INHALT: Zwischen 1870 und 1960 wurde die demographische Forschung von Nationalökonomie, Statistik, Medizin, Biologie, Anthropologie und Sozialwissenschaften beeinflusst. Hier

werden daher auch Eugenik und Rassenkunde behandelt. Ziel ist eine Analyse des populären Diskurses über demographische Forschung. Seit der Jahrhundertwende, verstärkt jedoch nach 1918, beharrten Wissenschaftler auf der Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die prognostizierten quantitativen wie qualitativen Gefahren der Bevölkerungsentwicklung. Ihnen ging es um Bildung, Überzeugung und Einstellungswandel. Die Studie wird nach der Realisierung solcher Vorstellungen im Rahmen der Bevölkerungspolitik fragen. Im Dritten Reich wies das NS-Regime demographischen Themen eine politisch-ideologische Bildungsfunktion zu. Hier wird die Ausbeutung und Verstrickung demographischen Wissens in diesem Zusammenhang thematisiert und anhand einer Analyse von Lehrmaterialien für die Fächer Deutsch, Erdkunde, Biologie und Geschichte illustriert. In diesem Zusammenhang wird auch nach Kontinuität und Brüchen im Zeitverlauf gefragt sowie nach der Übereinstimmung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ein solcher Analyseansatz kann helfen zu verstehen, wie demographisches Wissen in öffentlichen Diskurs umgesetzt wird. (ICEÜbers)

[11-L] Danielzyk, Rainer; Eichler, Kurt; Esch, Christian; Göschel, Albrecht; Keuchel, Susanne; Meyer, Christian; Roters, Andreas:

Demografischer Wandel - Konsequenzen für die kulturelle Infrastruktur: Fachgesprächsreihe, (ILS-NRW-Arbeitspapiere), Dortmund 2005, 76 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.ils-shop.nrw.de/down/kultur-demogr.pdf>)

INHALT: "Der demographische Wandel stellt die kulturellen Institutionen und Einrichtungen vor neue Herausforderungen. Der Prozess des demographischen Wandels, der mit 'wir werden weniger, älter und bunter' umschrieben werden kann, bedingt eine grundsätzliche Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Gleichzeitig sind ein Wandel und eine Differenzierung von Kulturverständnissen zu beobachten. Aber welche Prozesse stehen hinter den gerade benannten Begriffen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die kulturellen Angebote und Infrastrukturen? Quantitative Veränderungen im Zuge des demographischen Wandels ergeben sich einerseits durch sinkende Bevölkerungszahlen, die vor allem durch sinkende Geburtenraten verursacht werden. Dieses und die steigende Lebenserwartung führen zu einem starken Anwachsen der Gruppe der 'Ältern' und einem Rückgang von jüngeren Menschen. Zudem führen Migration und höhere Geburtenraten von Zugewanderten zu einer verstärkten Internationalisierung der Gesellschaft. Qualitative Veränderungen ergeben sich durch einen Wandel von Kulturverständnissen. Ausdruck dafür ist z.B. eine bei Jugendlichen feststellbare aktivere Kulturrezeption. Kinder und Jugendliche sind aufgrund verschiedener Entwicklungssituationen nicht mehr willens und z.T. nicht in der Lage, passiv ein Kulturangebot zu rezipieren. Der fortschreitende Prozess der gesellschaftlichen Individualisierung führt zudem zu einer zunehmenden Differenzierung in eine Vielfalt von unterschiedlichen Milieus, die sich durch ihren Wohnort, ihre Kleidung oder ihr Kulturverständnis voneinander abgrenzen. Parallel zur Individualisierung ist eine Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Je nach dem jeweiligen kulturellen Hintergrund haben die verschiedenen Ethnien eigene Vorstellungen und Ansprüche von Kultur. Die neue Vielfalt von unterschiedlichen Kulturverständnissen und den daraus resultierenden differenzierten Bedürfnissen und Ansprüchen an die Kultur und die kulturellen Einrichtungen stellen das derzeit bestehende kulturelle Angebotsspektrum in Frage, denn die Kulturpolitik steht vor der Herausforderung, mit geringeren finanziellen Mitteln ein breiteres Spektrum an Bedürfnissen zu befriedigen. Doch wie haben das Land NRW und die Kommunen zu reagieren und wie könnte eine zukünftige Kulturpolitik aussehen? Welche Ziele sollte sie verfolgen, welche Steuerungsinstrumente kann sie entwickeln? Wie müssen sich Institutionen verändern, um nicht zum 'Generationenmodell'

zu werden und welche Strategien lassen sich entwickeln, um die Kulturlandschaft lebendig und offen zu gestalten? Über diese und weitere Fragestellungen haben Kulturschaffende, Entscheider der Kulturpolitik und Wissenschaftler im Rahmen von drei Fachgesprächen diskutiert. Die Ergebnisse der Fachgesprächsreihe fasst dieser Reader zusammen." (Autorenreferat)

[12-L] Dorbritz, Jürgen; Lengerer, Andrea; Ruckdeschel, Kerstin:

Einstellungen zu demographischen Trends und zu bevölkerungsrelevanten Politiken: Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study in Deutschland, (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Sonderheft), Wiesbaden 2005, 60 S. (Standort: IAB-6152 BR 352; Graue Literatur; URL: http://www.bib-demographie.de/info/ppas_broschuere.pdf)

INHALT: Mittels der Population Policy Acceptance Study (PPAS) werden Einstellungen und Meinungen zu demographischen Entwicklungen und darauf bezogenen Politiken erhoben. Insbesondere geht es um die Frage, wie der demographische Wandel in der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet wird und auf welche Zustimmung politische Maßnahmen stoßen, die direkt oder indirekt Einfluss auf demographische Größen nehmen. Die Ergebnisse der Befragung in Deutschland zeigen, dass die Menschen, wenn auch recht unterschiedlich, über die verschiedenen Aspekte des demographischen Wandels informiert sind, sie verdeutlichen aber auch, dass er ihnen Sorgen bereitet. Deutschland ist definitiv nicht ausländerfeindlich eingestellt, dennoch wird Zuwanderung nicht als problemlos gesehen, und der Rückgang der jüngeren Bevölkerung, die steigende Scheidungshäufigkeit oder die zunehmende freiwillige Kinderlosigkeit wird mit Skepsis betrachtet. Die Bedrohung der sozialen Sicherungssysteme infolge demographischen Wandels bereitet den Menschen Sorgen, nicht aber die Präsenz älterer Menschen in der Gesellschaft. Die Einstellungen zu Älteren, die Dank ihrer Erfahrungen für Tradition und Kontinuität stehen, sind positiv. Festgestellt wird auch, dass sich der Kinderwunsch in Deutschland verändert hat und gewünschte Kinderlosigkeit zu einem Teil des Kinderwunsches geworden ist. Die allgemeine Wertschätzung von Familie setzt sich nicht mehr uneingeschränkt in Familiengründung um. Familie scheint 'so etwas wie ein abstrakter Wert geworden zu sein, den man mag und schätzt, dem man aber in seinem Verhalten nicht mehr unbedingt folgt'. Die Unterschiede in den Einstellungen und Meinungen der West- und Ostdeutschen sind erhalten geblieben. (IAB)

[13-L] Dorbritz, Jürgen; Otto, Johannes (Hrsg.):

Demographie und Politik: Ergebnisse der 32. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw), (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 91), (32. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft "Demographie und Politik", 1998, Bonn), Wiesbaden 1999, 336 S. (Standort: StBA Wiesbaden(282); Graue Literatur)

INHALT: Im vorliegenden Sammelband werden die Beiträge der Tagung zu Demographie und Politik zusammengefaßt veröffentlicht. Inhaltsverzeichnis: Herwig Birg: Demographisches Wissen und politische Verantwortung - Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert (13-49); Werner Tegtmeier: Demographischer Wandel und seine Herausforderungen für die Sozialpolitik (50-66); Wilfried A. Dumon: Recent trends and new prospects of Family policies in West European countries (67-81); Jürgen Schott: Zur demographischen Bewertung pronatalistischer Politik (85-98); Therese Locoh u. Yara Makdessi: Population Policies and Fertility Decline in Sub-Saharan Africa (99-131); Thomas Scharping: Die chinesische Ein-Kind-Politik 1979-1997 (132-142); Jiang Hong Li u. William

Lavelly: Women's status in rural China: an empirical study of a rural county in Yunnan Province (143-149); Walter Krug: Demographische Strukturen als Grundlage der Sozialhilfepolitik (153-157); Robby Finke u. Harald Michel: Aussiedlerimmigration nach Berlin (158-169); Karl Schwarz: Beitrag der Bevölkerungswissenschaft zur Bewältigung wichtiger Zukunftsaufgaben in Staat und Gesellschaft (170-176); Hans-Joachim Keil: Bevölkerungsentwicklung und -prognosen sowie deren Konsequenzen für die Planung in Ostwestfalen-Lippe (179-195); Marcel Erlinghagen, Karin Rinne u. Johannes Schwarze: Ehrenamtliche Tätigkeiten: Ein Beitrag zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme? (199-215); Uwe Goerlitz: Demographische Entwicklung in Mexiko von 1990-1995 (219-252); Martina Krause: Reproduktive Gesundheit und Geschlechterperspektive (253-271); Ursula Ferdinand: Malthusianismus und Neomalthusianismus: Zu Entstehung und Wandel eines Konzepts (275-292); Thomas Sokoll: Bevölkerungswachstum und Industrialisierung: der englische Sonderweg im demographischen Übergang (293-310); E.-Jürgen Flöthmann: Anmerkungen zur Gründung eines neuen Arbeitskreises "Migration, Integration, Minderheiten" aus demographischer und sozio-ökonomischer Sicht (313-317); Peter Marschalck: Der Arbeitskreis "Migration, Integration, Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (318-320).

[14-L] Finkelstein, Maxim; Vaupel, James W.:

The relative tail of longevity and the mean remaining lifetime, in: Demographic Research, Vol. 14/2006, Art. 7, S. 111-138 (URL: <http://www.demographic-research.org/volumes/vol14/7/14-7.pdf>)

INHALT: "Vaupel (1998) posed the provocative question, 'When it comes to death, how do people and flies differ from Toyotas?' He suggested that as the force of natural selection diminishes with age, structural reliability concepts can be profitably used in mortality analysis. Vaupel (2003) went a step further, using simulations to investigate the impact of redundancy, repair capacity, and heterogeneity on the relative length of post-reproductive life spans, called relative tails of longevity. His 2003 paper showed that structural redundancy and the possibility of repair decrease the relative tail of longevity, whereas greater heterogeneity increases it. Here, the author's consider the problem in much greater generality and prove these results analytically. Structures with repairable and non-repairable components are considered. Heterogeneity is described by a frailty-type model and different definitions of the tail of longevity are discussed." (author's abstract)

[15-L] Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris:

Klimawandel: Im Osten geht die Sonne unter, in: IAB Forum : das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, 2006, Nr. 1, S. 60-63

INHALT: Der Beitrag fasst die Prognosen des IAB zur Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland zusammen. Bis zum Jahr 2050 wird ein Absinken des Bevölkerungsanteils der 15- bis 64 Jährigen von derzeit 10 Millionen auf weniger als die Hälfte prognostiziert. Der Hauptgrund für die Bevölkerungsabnahme ist der Geburtenausfall nach der Wende aufgrund der ökonomischen Entwicklung und der Angleichung der Verhaltensmuster in Ost und West. Die Bevölkerungsprojektion stellt eine wichtige Grundlage für die Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonenpotential) dar. Dieses wird in den neuen Bundesländern dramatisch sinken und zugleich altern. Der Beitrag untersucht, ob der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials den Druck vom ostdeutschen Arbeitsmarkt nehmen wird und kommt zu dem

Schluss, dass dieser zwar die Tendenz weiterer Arbeitsplatzverluste dämpfen kann, letztlich aber im Osten eine Abwärtsspirale bevorsteht. Durch eine Aufwertung des ostdeutschen Standorts kann jedoch die Überlebens- und Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands gesichert werden. (IAB)

[16-L] Geißler, Rainer; Meyer, Thomas:

Die Sozialstruktur Deutschlands: zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 428 S., ISBN: 3-531-42923-X

INHALT: "Das Buch bietet einen umfassenden, für die 4. Auflage erneut überarbeiteten und aktualisierten Überblick über die sozialstrukturelle Entwicklung und die Perspektiven des sozialen Wandels in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung. Auf empirischer Grundlage werden die folgenden Teilbereiche dargestellt: Bevölkerungsentwicklung, materielle Lebensbedingungen, soziale Ungleichheiten und Schichtstrukturen, Umschichtungsprozesse in wichtigen Gruppen (Eliten, Dienstleistungsschichten, Selbständige, Bauern, Arbeiterschichten, Randschichten, ethnische Minderheiten), soziale Mobilität, Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern, Bildungssystem und Familienstrukturen. Alle Kapitel enthalten auch eine Zusammenfassung des Forschungsstandes zum sozialen Umbruch in den neuen Bundesländern. Insgesamt wird so eine Bilanz zur deutschen Vereinigung aus der Perspektive der Sozialstrukturanalyse gezogen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Rainer Geißler: Zum Begriff der Sozialstruktur (17-19); Rainer Geißler: Die Entstehung der Industriegesellschaft: sozio-ökonomischer Wandel im 19. Jahrhundert (21-40); Rainer Geißler und Thomas Meyer: Struktur und Entwicklung der Bevölkerung (41-67); Rainer Geißler: Die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen (69-92); Rainer Geißler: Soziale Klassen und Schichten - soziale Lagen - soziale Milieus. Modelle und Kontroversen (93-120); Rainer Geißler: Eliten (121-138); Rainer Geißler: Selbstständige, bürgerlicher Mittelstand, Bauern (139-162); Rainer Geißler: Dienstleistungsschichten und industrielle Dienstleistungsgesellschaft (163-188); Rainer Geißler: Arbeiterschichten: Entproletarisierung und Differenzierung (189-200); Rainer Geißler: Deutsche Randschichten: Arme - Obdachlose - Langzeitarbeitslose (201-230); Rainer Geißler: Ethnische Minderheiten (231-254); Rainer Geißler: Soziale Mobilität (255-271); Rainer Geißler: Bildungsexpansion und Wandel der Bildungschancen. Veränderungen im Zusammenhang von Bildungssystem und Sozialstruktur (273-299); Rainer Geißler: Die Entwicklung der sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern (301-329); Thomas Meyer: Private Lebensformen im Wandel (331-357); Rainer Geißler: Grundlinien der Entwicklung zu einer modernen Sozialstruktur (359-374).

[17-L] Heim, Susanne:

Normative Demographie, in: Neue politische Literatur : Berichte über das internationale Schrifttum, Jg. 47/2002, H. 3, S. 365-370 (Standort: USB Köln(38)-FHM EP15441; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Aufsatz umfasst die kritische Rezension des Buches 'Die Demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa' von Herwig Birg. Darin warnt der Demograph vor den Folgen eines Bevölkerungsrückgangs: Seit etwa dreißig Jahren liegt die Geburtenrate in Deutschland und den meisten westlichen Gesellschaften unter dem bestandserhaltenden Niveau, d.h. es werden weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Parallel dazu steigt die Lebenserwartung mit der Folge, dass der Anteil der alten Menschen an

der Bevölkerung immer größer wird. Die daraus entstehenden Konsequenzen für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung stellt der Autor unter Berücksichtigung von Statistiken und Graphiken deutlich dar. Hinsichtlich der Möglichkeiten, dem Bevölkerungsrückgang erfolgreich entgegenzuwirken, stellt Birg klar, dass Einwanderung keine Lösung des Problems darstellt. Zuwanderung ist aus demographischen Gründen zwar unverzichtbar, doch die Zuwanderer selbst erweisen sich in erster Linie als Problem: Sie haben nach Ansicht des Autors mehr Kinder als die Deutschen, eine höhere Lebenserwartung, werden selbst irgendwann zu Rentnern, die das Sozialversicherungssystem belasten, sind schlechter ausgebildet, stellen unberechtigte Asylanträge und schaffen Integrationsprobleme. Als einer der Gründe für den Geburtenrückgang werden die Zwänge des Arbeitsmarktes, der Flexibilität verlangt und damit langfristigen Bindungen und der Übernahme von ebensolchen Verantwortlichkeiten im Wege steht, genannt. Um die Position Birgs hinsichtlich seiner Aussagekraft und Reichweite adäquat darzustellen, werden seine Einschätzungen und Prognosen im Rahmen der Buchbesprechung mit jenen des Demographen Le Bras konfrontiert. Birgs Faktenpräsentation, so die Autorin unmissverständlich, ist durchsetzt von unhinterfragten Normvorstellungen und auch ein historischer Rückblick in die Demographie erfolgt sehr oberflächlich, insbesondere wenn es um die Rolle der Bevölkerungswissenschaft im Nationalsozialismus geht. (ICG2)

[18-L] Henssler, Patrick; Schmid, Josef:

Absage an die Natur: die thematischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der deutschen Bevölkerungssoziologie, in: Rainer Mackensen, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Das Konstrukt "Bevölkerung" vor, im und nach dem "Dritten Reich", Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 255-287, ISBN: 3-531-14807-9 (Standort: USB Köln(38)-32A9399)

INHALT: Die Grundlegung eines soziologischen und historischen Bevölkerungskonzepts ist eine typisch deutsche Leistung und berührt ein weites Feld der deutschen Geistesgeschichte. Sie findet in einem Kontext kultureller Evolution statt und ist scharf abgegrenzt gegenüber Naturwissenschaften und Darwinismus. Dieses soziologische Konzept mobilisierte das gesamte wirtschaftliche, kulturelle und historische Wissen. Das soziologische Bevölkerungskonzept war im deutschen Historismus des 19. Jahrhundert und den zeitgenössischen erkenntnistheoretischen Konzepten verwurzelt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde "Bevölkerung" zu einer eigenständigen analytischen Dimension soziologischer Forschung. Anfänglich stand das soziologische Nachdenken über Bevölkerung nicht konkurrenzlos dar. Um 1900 machten sich Ansätze der Eugenik bemerkbar. Die Bevölkerungssoziologie stand immer in Opposition zu "naturalistischen" Ansätzen. (ICEÜbers)

[19-L] Kolland, Franz:

Globalisierung des Alterns - Fragen der Gerontologie an die Entwicklungssoziologie, in: Anton Amann, Gerhard Majce (Hrsg.): Soziologie in interdisziplinären Netzwerken : Leopold Rosenmayr gewidmet, Wien: Böhlau, 2005, S. 153-163, ISBN: 3-205-77280-6 (Standort: UB Bielefeld(361)-12HM058/R815)

INHALT: Im Mittelpunkt des Beitrags stehen empirische Forschungsergebnisse zu demografischen Veränderungen in der Dritten Welt. In Entwicklungsländern fällt der Anteil älterer Menschen geringer aus als in den Industriestaaten, nimmt aber wesentlich schneller zu als die Bevölkerung insgesamt, selbst wenn durch AIDS in bestimmten Ländern ein Rückgang der Lebenserwartung zu verzeichnen ist. Auch zeigt sich in den Entwicklungsländern eine auf-

grund sinkender Sterblichkeit doppelte demografische Alterung, d.h. es kommt nicht nur zu einem Anstieg der über 60-jährigen, sondern innerhalb dieser Gruppe auch zu einem starken Anstieg der Hochbetagten. Die steigende Lebenserwartung in den Entwicklungsländern lässt ein steigendes Wirtschaftswachstum erwarten. Diskutiert wird, mit welchen theoretischen Ansätzen (Modernisierungstheorie, Statusverlust der Ältern in Entwicklungsländern, Globalisierungstheorie) die dargestellten demografischen Trends mit ihrer Veränderung der Altersstruktur erklärt werden können. Es wird z.B. untersucht, ob Altern ein schichtspezifisches Problem ist, ob Menschen in benachteiligten Lebenssituationen früher sterben, welche Relevanz die Familie für die Interaktionen zwischen den Generationen besitzen und welche Formen des intergenerationellen Austausches von instrumenteller oder ökonomischer Hilfe in der Dritten im Unterschied zu den Industriestaaten existieren. Abschließende Überlegungen beschäftigen sich mit dem Statusverlust der Alten. Aufgrund der vorgetragenen Forschungsergebnisse wird Rosenmayrs These bestätigt, der zufolge es in Gesellschaften mit bilateralen Familienverhältnissen zu einem geringeren Statusverlust der Älteren kommt. (ICH)

[20-F] Luy, Marc, Dipl.-Geogr. (Bearbeitung); Höhn, Charlotte, Dr.habil (Leitung):

Die demographische Lage in Deutschland im Jahr 2002

INHALT: Der Bericht zur demographischen Lage in Deutschland wird jährlich vom BiB erstellt und in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft veröffentlicht. Er dient der Aktualisierung des Wissens über die demographische Situation und setzt sich traditionell aus zwei Teilen zusammen. Im Teil A erfolgt eine allgemeine Beschreibung und Analyse von Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung, Zu- und Fortzügen sowie der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung. Im Teil B werden schließlich Aspekte eines demographischen Teilbereichs detaillierter analysiert und dargestellt. Im Bericht zur demographischen Lage 2002 stehen hier die geschlechts-, alters- und todesursachenspezifischen Sterblichkeitsunterschiede und Entwicklungen im Mittelpunkt. *ZEITRAUM:* 1950 bis 2002 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

METHODE: Demographische Datenanalyse der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Herkunft der Daten: Statistisches Bundesamt -Bevölkerungsabteilung-).

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2002-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BIB- (Postfach 5528, 65180 Wiesbaden)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0611-75-4512, e-mail: marc.luy@destatis.de); Institution (Tel. 0611-75-2235, Fax: 0611-75-3960, e-mail: bib@destatis.de)

[21-L] Mackensen, Rainer:

Bevölkerungswissenschaft 1920-1950 in Deutschland, in: Rainer Mackensen, Jürgen Reulecke (Hrsg.): Das Konstrukt "Bevölkerung" vor, im und nach dem "Dritten Reich", Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 510-547, ISBN: 3-531-14807-9 (Standort: USB Köln(38)-32A9399)

INHALT: Vor 1952 hatte die Demographie in Deutschland keine organisierte Struktur, keine wissenschaftliche Einrichtung, Zeitschrift oder Organisation. Eine Untersuchung der deutschen Demographie zwischen 1920 und 1950 musste sich daher eine empirische Basis schaffen. Eine Analyse von Publikationen aus den Bereichen Demographie und Wissenschaftsge-

schichte ergab eine Liste von 391 Autoren, die in der Literatur genannt worden waren oder selbst einschlägig publiziert hatten. Diese Autoren repräsentieren eine Vielzahl von Disziplinen. Veröffentlichungsort ist in der Regel Berlin. Nur wenige Autoren tauchen in allen Quellen auf. Die Autoren sind über die Geburtskohorten zwischen 1860 und 1910 relativ gleich verteilt. Demographen zitieren jedoch zunehmend ältere, Historiker jüngere Autoren. Demographen zitierten mehr Autoren aus dem Bereichen Statistik, Mathematik, Wirtschaftswissenschaften und Anthropologie, Historiker eher Soziologen, Philosophen, Hygieniker und Geschichtswissenschaftler. 25 der zitierten Autoren mussten Deutschland im Dritten Reich verlassen, 67 starben in oder nach dem Krieg, 60 setzten ihre akademische Karriere nach 1945 fort, 22 von ihnen in offiziellen Funktionen und Ämtern. Bei den zitierten Verfassern handelt es sich also offensichtlich nicht um eine homogene Gruppe, auch nicht bezüglich ihrer Haltung zum Nationalsozialismus. Ihre Publikationen haben wissenschaftlichen, populärwissenschaftlichen oder politischen Charakter. (ICEÜbers)

[22-L] Mai, Ralf:

Demographische Alterung in Deutschland: die Entwicklung von 1871 bis 2050 und der Einfluss von Sterblichkeit und Zuwanderung auf die Alterung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 30/2005, H. 1, S. 43-80 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In den meisten Staaten scheinen die sinkende Sterblichkeit und die demographische Alterung der Bevölkerung langfristige Trends zu sein. Während aber die Zunahme der Lebenserwartung Zeichen eines wünschenswerten Fortschritts ist, führt die demographische Alterung zu vielschichtigen Problemen. Das Wissen um die künftigen Entwicklungspfade ist von entscheidender Bedeutung für eine angemessene gesellschaftliche Reaktion. Wichtig ist auch die Frage, wie groß die Schwankungsbreite des künftigen Verlaufs sein wird. In diesem Beitrag werden wesentliche Trends der Alterungsdynamik in Deutschland dargestellt und auf Unterschiede im regionalen (Ost-West) und zeitlichen (1871 bis 2050) Verlauf eingegangen. Dabei werden nicht nur der Verlauf, sondern auch die altersspezifische Differenzierung, ausgewählte altersspezifische Folgen und ein internationaler Vergleich vorgestellt. Den Abschluss bildet die Frage, welche altersstrukturellen Auswirkungen eine Veränderung der Lebenserwartung und/ oder Zuwanderung auf den Verlauf der Alterung hätten." (Autorenreferat)

[23-L] Mayer, Karl Ulrich:

Erklärung und Folgen der Bevölkerungsentwicklung: Anmerkungen zu einem Buch von Meinhard Miegel und Stefanie Wahl: Das Ende des Individualismus, in: hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Abt. Arbeits- und Sozialforschung: Gesellschaft des langen Lebens : Sozialgeschichte und Gesellschaftspolitik, 1996, S. 57-75, ISBN: 3-86077-529-4 (Standort: UuStB Köln(38)-960106821; Graue Literatur)

INHALT: Auf der Grundlage des Buches von M. Miegel und S. Wahl über das Ende des Individualismus werden in dem Beitrag Überlegungen zur demographischen Entwicklung, deren Folgen und den in dem Buch empfohlenen politischen Maßnahmen angestellt. Die Grundthese, individualistische Kulturen führten zu einem so großen Schwund der einheimischen Bevölkerung, daß ohne massive Gegensteuerung ein Verlust der kulturellen Identität unausweichlich sei, wird in vier Schritten diskutiert: (1) Der Prozeß der Individualisierung wird als

säkulare Werteentwicklung betrachtet. (2) Die demographischen Wirkungen der Individualisierung, insbesondere für die Geburtenentwicklung werden aufgezeigt. (3) Die Folgen des Rückgangs der deutschen Bevölkerung werden diskutiert. (4) Optionen einer Bevölkerungspolitik werden entwickelt. (ICA)

[24-L] Mayer, Tilman:

Politisch-demographische Fragen zur Gesellschaftspolitik: das System, nicht Symptome kurieren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2000, B 35/36, S. 3-7 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.bpb.de/publikationen/3YXRHH,0,0,Politischdemographische_Fragen_zur_Gesellschaftspolitik.html)

INHALT: "Der demographischen Krise kann man sich nicht mit kurzfristigen Maßnahmen entziehen. Der Rückgang der Fertilität und das Ansteigen des Altenanteils der Bevölkerung wirft die Frage auf, ob diese Prozesse schicksalsartig hingenommen werden müssen, auf die dann nur noch mit aktuellen Anpassungsreaktionen geantwortet werden kann, oder ob nicht durch ein Bündel von länger wirkenden Maßnahmen sowohl der demographischen Krise entgegen gewirkt werden könnte, als auch gesellschaftspolitisch in der primär am Erwerbsleben orientierten Gesellschaft die reproduktiv Tätigen - das heißt die Familie - sehr viel stärker gefördert werden sollten. Im Beitrag wird für eine integrative, umfassende Problemsicht plädiert. In dieser Perspektive sollten einzelne sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen - hierzu zählt u. a. die Frage der Masseneinwanderung bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit - stärker auf ihre Folgen für die zukünftige Gestalt der Gesellschaft bedacht werden." (Autorenreferat)

[25-F] Menning, Sonja, Dipl.-Oec.; Hoffmann, Elke, Dipl.-Soz.; Tesch-Römer, Clemens, Prof.Dr.; Zeman, Peter, Dr. (Bearbeitung):

Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland - Datenreport "Basisdaten Alter"

INHALT: Ziel der Datensammlung ist eine Zusammenstellung und Veranschaulichung von statistischen Informationen über wichtige Lebensbereiche älterer Menschen. Als Datenquellen werden verwendet: Daten der amtlichen und halbamtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland sowie Europas, darunter auch Auswertungen aus dem Mikrozensus und der EVS (z.B. aus dem Datenbestand von Gerostat); Daten aus aktuellen Surveys; öffentlich zugängliche Datensätze aus anderen Surveys (Sekundäranalysen mit Bezug auf die relevanten Altersgruppen der älteren Bevölkerung). Themenbereiche: 1. demographische Entwicklung und künftige Struktur der Bevölkerung im höheren Lebensalter; 2. Lebensformen älterer Menschen; 3. Wohnsituation älterer Menschen; 4. Erwerbsleben und Übergang in den Ruhestand; 5. wirtschaftliche Lage älterer Menschen; 6. gesundheitliche Situation und Pflege im Alter; 7. gesellschaftliche Partizipation und soziale Unterstützung. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, vergleichende Daten EU-Staaten

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2002-08 *ENDE:* 2003-10 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Manfred-von-Richthofen-Str. 2, 12101 Berlin)

KONTAKT: Menning, Sonja (Tel. 030-260740-63, e-mail: Menning@dza.de)

[26-L] Miegel, Meinhard:

Die deformierte Gesellschaft: wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, Berlin: Propyläen 2002, 303 S., ISBN: 3-549-07154-X

INHALT: Es ist schon längst ein Gemeinplatz, Reformen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems zu fordern. Jeder Politiker, der ein bisschen auf sich hält, tut dies wo er geht und steht. Die notwendigen Konsequenzen sind allerdings bislang noch nicht gezogen worden. Der Bonner Sozialforscher Miegel kritisiert diese Vogel-Strauß-Haltung und fordert ein konsequentes Umsteuern auf allen Ebenen. Seine Diagnose ist klar: Die Zeit des Überflusses ist vorbei. Allein die demografische Entwicklung in Deutschland zwingt seiner Meinung nach zu sofortigem Handeln. Die deutsche Gesellschaft altert unaufhörlich; selbst die optimistischsten Szenarien sagen einen deutlichen Bevölkerungsrückgang voraus. Die Konsequenzen in der Sozialpolitik sind schon oft aufgezählt worden: Der Generationenvertrag hat seine Grundlagen verloren und muss angepasst werden. Der Arbeitsmarkt muss grundlegend umgestaltet werden und die Gesundheitspolitik muss sich auf gänzlich andere Verhältnisse einstellen. (ZPol, Leske u. Budrich)

[27-L] Oberndörfer, Dieter:

Demographie und Demagogie: Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50/2005, H. 12, S. 1481-1491 (Standort: UB Bonn(5)-Z59/69; USB Köln(38)-FHM XE00157; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Seit Ende der 1990er Jahre hat die Demographie in Deutschland ihre Zurückhaltung im öffentlichen Diskurs und ihre politische Abstinenz aufgegeben. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, wird jedoch zum Ärgernis, wenn dabei ein bestenfalls wenig reflektierter Geschichts- und Kulturnationalismus zu Tage tritt. Dies trifft beispielsweise auf Herwig Birg 2003 in der dritten Auflage erschienene Schrift "Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa" zu. Birg nennt das nationalistische Bekenntnis der amerikanischen Präsidenten als Vorbild, der "demographische Niedergang", die "Nivellierung des Massengeschmacks auf niedrigstem Niveau" und die Tendenz zur Weltgesellschaft gelten ihm als existenzielle Bedrohung der deutschen Nation. Das gleiche gilt für den hohen Ausländeranteil. Konkrete Gegenmaßnahmen (Familienpolitik) weiß Birg jedoch nicht zu benennen. Mit ähnlichen politischen Prämissen ist die langjährige Leiterin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Charlotte Höhn, an die Öffentlichkeit getreten; sie beklagt die "zunehmende Delegitimierung des ethnisch definierten Nationalstaats". (ICE2)

[28-L] Romero de Weisbrod, Cecilia:

Das Altersbild in Deutschland und in Peru: ein interkultureller Vergleich, (Studien zur Gerontologie, Bd. 7), Hamburg: Kovac 2004, 321 S., ISBN: 3-8300-1264-0 (Standort: UB Freiburg(25)-TM2004728)

INHALT: Ziel der Untersuchung ist es, das Bild des mittleren und hohen Erwachsenenalters bei Jugendlichen, bei Erwachsenen im mittleren Lebensalter sowie bei Senioren aus Deutschland und aus Peru zu beschreiben. Zwei inhaltliche Aspekte dieser Bilder werden berücksichtigt: einerseits expansive/restruktive Vorstellungen, andererseits die Lebensthemen, mit denen diese Altersphasen verbunden werden. Die Verfasserin setzt sich zunächst auf theoretischer E-

bene mit der unterschiedlichen demographischen Konstellation in Deutschland und Peru sowie mit dem unterschiedlichen Modernisierungsniveau beider Gesellschaften auseinander. Der empirische Teil der Studie verläuft auf drei Ebenen: auf der ersten Ebene erfolgt ein Vergleich des Bildes vom mittleren und hohen Erwachsenenalter bei Jugendlichen in Deutschland und Peru, erhoben über Schulaufsätze (n=539). Bei der zweiten und dritten Ebene der Untersuchung geht es um die Charakterisierung des mittleren Erwachsenenalters anhand einer Stichprobe von 40- bis 48jährigen bzw. um die Charakterisierung des hohen Erwachsenenalters bei einer Gruppe von Senioren, die zwischen 60 und 68 Jahren alt sind. Hier geht es darum, die Erwartungen an die eigene Altersgruppe zu erkennen, über die die Altersträger auf Grund einer Fremd- und Selbsteinschätzung berichten. Die Analyse der erhobenen Vorstellungen zeigt positive Bilder des mittleren und hohen Erwachsenenalters bei den Jugendlichen. Die (positive) Selbsteinschätzung des eigenen Alters steht häufig im Widerspruch zu den entsprechenden Fremdeinschätzungen. (ICE2)

[29-L] Roseman, Mark:

Generationen als "Imagined Communities": Mythen, generationelle Identitäten und Generationenkonflikte in Deutschland vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in: Ulrike Jureit, Michael Wildt (Hrsg.): Generationen : zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg: Hamburger Ed., 2005, S. 180-199, ISBN: 3-936096-58-9 (Standort: USB Köln(38)-32A9390)

INHALT: Der Beitrag zur Generationenforschung untersucht Generationen als 'Imagined Communities'. Dabei wird die synchrone wie diachrone Bestimmung von Generationen in der deutschen Geschichte seit dem 18. bis zum 20. Jahrhundert in den Blick genommen und das Verhältnis zwischen einer strukturellen Definition, die auf die spannungsvolle Beziehung jedweder Kinder- gegenüber der Elterngeneration innerhalb einer Lebensphase zielt, und der historisch-politischen Bestimmung, die bestimmten Alterskohorten einen Zusammenhalt durch das gemeinsame Erleben spezifischer Ereignisse zuschreibt, analysiert. Generation als politisch-kultureller Begriff bietet, so der Autor, eine vielfältige Projektionsfläche, unabhängig davon, ob die Akteure tatsächlich einer gemeinsamen Alterskohorte angehören oder sich durch altersspezifische Erfahrungen definieren. Hoffnungen und Ängste, die sich mit 'Jugend' verbinden, entstehen zuerst in der besorgten Erwachsenenwelt, bevor sich Jugendlichkeit als Generationsbewusstsein herausbildet. Somit geht es hier darum, auf die komplexen Interaktionen zwischen Projektionen, Strukturen und Erfahrungen hinzudeuten, die zu einem Generationenbewusstsein hinführen können. Zwar müssen gemeinsame Lebensbedingungen und Erfahrungen einer Alterskohorte gegeben sein, aber die große Bedeutung, die Generationen als Imagined Communities in Deutschland zukommt, lässt sich nur aus der besonderen deutschen kulturellen Kontinuität erklären, die immer wieder generationelle Brüche und Konflikte hervorruft. (ICG2)

[30-L] Ross-Strajhar, Gisela (Bearbeitung):

Alt und Jung in Deutschland - sozialwissenschaftliche Generationenforschung: ein Überblick über sozialwissenschaftliche Forschung, (sowiOnline - Aktuelle Themen), Bonn 2005, 116 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.gesis.org/Information/sowiNet/sowiOnline/alt&jung/A&J_gesamt.pdf)

INHALT: "In dieser Dokumentation zur Generationenforschung sind Informationen zu Forschungsprojekten und Fachliteratur unter verschiedenen Gesichtspunkten zusammengestellt

worden. Kapitel 1 enthält theoretische Studien und Forschungsansätze unterschiedlicher Disziplinen. Dabei spannt sich der Bogen von sozialhistorischen und generationengeschichtlichen Studien bis hin zur Beschreibung von gegenwärtigen Generationenbeziehungen in anderen Ländern. Im März 2002 diskutierten die Mitglieder des Deutschen Bundestages den Schlussbericht der Enquête-Kommission 'Demografischer Wandel'. Der Anteil der älteren Menschen im Verhältnis zur sog. 'jungen Generation' ist bekanntlich seit Jahren gewachsen, Deutschlands Bevölkerung schrumpft, und ein Ende dieser Entwicklung mit weit reichenden Folgen für das Funktionieren unseres Gemeinwesens ist nicht abzusehen. Weitere Informationen zu diesem Themenkomplex sind in Kapitel 2 Demografische Aspekte zu finden. Familiensoziologische und sozialpsychologische Befunde sind in Kapitel 3 zum Thema 'Generationenbeziehungen zwischen Dialog und Konflikt' dokumentiert. Mit Bezug auf das Generationenverhältnis werden u.a. vertikale Familienbeziehungen in Zwei- bzw. Drei-Generationen-Haushalten dargestellt, die sich in Form von Eltern-Kinder- bzw. Großeltern-Eltern-Enkelkinder-Beziehungen manifestieren. Sozialpolitische, sozial- und wohlfahrtsstaatliche Aspekte sind Gegenstand der in Kapitel 4 versammelten Nachweise. Dort finden sich neben Dokumenten zu übergreifenden sozialpolitischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Generationenfrage auch zahlreiche Nachweise zum Lastenausgleich in den Familien in Form eines intergenerationellen Transfers. In diesem Zusammenhang ist auch das Konzept der 'Generationenbilanzen' zu erwähnen. Wiedergegeben wird gleichfalls die kontroverse Diskussion um den Begriff 'Generationengerechtigkeit' und seine Bedeutung für die verteilungspolitische Debatte. In Kapitel 5 werden ökonomische Aspekte des Themas dargestellt. In diesem Zusammenhang spielt auch der von einer Gruppe jüngerer Parlamentsabgeordneter in Frage gestellte Generationenvertrag eine wichtige Rolle. Als neue Berechnungsmethode wird das sog. 'Generational Accounting' vorgestellt. Bei dieser Vorgehensweise werden bereits gezahlte Steuern und Abgaben und erhaltene Transferzahlungen heutiger Generationen mit den Erwartungswerten für öffentliche Abgaben und für zu erhaltende Zahlungen zukünftiger Generationen verglichen und unter verschiedenen Aspekten beurteilt. Es sind 185 Nachweise von Veröffentlichungen und Forschungsprojekten zusammengestellt, die überwiegend aus den Jahren 2000 bis 2005 stammen." (Textauszug)

[31-L] Schmid, Susanne:

Methodik und Ergebnisse einer Delphi Studie zur demographischen Entwicklung in Deutschland bis 2030, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 29/2004, H. 3-4, S. 493-516 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) erhobene Delphi Studie ist Teil des von der Europäischen Kommission geförderten DIALOG Projekts (2003-2005). Die DIALOG Delphi Studie hatte eine Laufzeit von einem Jahr (2003) und fand in 15 europäischen Ländern statt (Belgien -Flandern-, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Litauen, den Niederlanden, Österreich, Polen, Rumänien, Schweiz, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern). Konzept und Organisation der Delphi Studie lagen bei der Forschergruppe um Rossella Palomba vom Istituto di Ricerche sulla Popolazione e le Politiche Sociali in Rom. Das Ziel dieser DIALOG Delphi Studie bestand darin, für die teilnehmenden Länder Zukunftsszenarien und entsprechende bevölkerungspolitische Maßnahmen zu entwerfen. Drei Themengebiete standen hier im Vordergrund: a) Demographische Alterung, b) Familie und Geburtenhäufigkeit und c) Geschlechterrollen. Die Szenarien wurden auf Grundlage der Beiträge, Meinungen und Beurteilungen von jeweils 15 Experten länderspezifisch erstellt. Die Experten

entstammten folgenden Bereichen: Politik, Industrie und Handwerk, Interessengruppen, Gewerkschaften, Journalismus, Kirche, Geschlechterfragen, Forschung, Kultur und lokale Verwaltung. Die Methode der DIALOG Delphi Studie wurde eigens für das DIALOG Projekt entwickelt. Sie bestand in einer Expertenbefragung, bei der ein iterativer, multi-methodischer Zugang verfolgt wurde. Die Methode integrierte das von den amerikanischen Systemforschern Harold Linstone und Murray Turoff entwickelte 'Policy Delphi' und das von den amerikanischen Organisationswissenschaftlern David Cooperrider und Suresh Srivastva entworfene 'Preciative Inquiry' (Wertschätzendes Erkunden). In dem Delphi Zukunftsszenario, das die Experten letztlich favorisierten, liegt das Hauptaugenmerk auf Wirtschaft und Politik aber auch auf Familie und Partnerschaft. Als vorrangige politische Ziele wurden die Anpassung des Rentensystems an eine alternde Gesellschaft, die Sicherung der Innovationsfähigkeit in Deutschland und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesehen." (Autorenreferat)

[32-F] Schneider, Michael C., Dr.phil. (Bearbeitung); Vögele, Jörg, Prof.Dr.; Lee, Robert W., Prof.Dr. (Leitung):

Amtliche Statistik und Bevölkerungswissenschaften in Deutschland 1860-1939

INHALT: Ziel des Projektes ist es, die Beziehung zwischen amtlicher Statistik, demographischen Analysen und Bevölkerungspolitik von der Gründung des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1872 bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges zu analysieren. In diesem Untersuchungszeitraum nahmen die amtlichen Statistiker in der Bevölkerungsdebatte zentrale Position ein. Sie waren zusammen mit Demographen und Sozialwissenschaftlern in ein umfangreiches Vereins- und wissenschaftliches Netzwerk eingebunden. Sie leisteten Politikberatung in Bevölkerungsfragen und traten als Vermittler zwischen Interessengruppen, Staatsorganen und Politikern auf.
ZEITRAUM: 1860-1939 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Deutscher Bund, Deutsches Reich

METHODE: Das Projekt möchte daher erstmals umfassend den Beitrag der Statistiker zur Entwicklung der deutschen Bevölkerungswissenschaften im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert untersuchen. Dabei stehen vier Leitfragen im Mittelpunkt: 1. Welchen Beitrag leistete die Amtliche Statistik hinsichtlich der Strukturierung demographischen Wissens; 2. wie gestaltete sich das Verhältnis von Amtlicher Statistik und Staat, d.h. inwieweit reflektierte sie als Behörde eher eine politische denn eine wissenschaftliche Agenda; 3. in welchem Maß beeinflusste die Eingebundenheit der Amtlichen Statistik in ein nationales und internationales wissenschaftliches Netzwerk Zwecke und Ziele der Datenerhebung und mithin der allgemeinen Richtung staatlicher Bevölkerungspolitik; 4. welche Rolle nahm die deutsche Amtliche Statistik im internationalen Kontext ein (insbesondere im Vergleich mit England)?
Untersuchungsdesign: Panel; wissenschaftsgeschichtliche Analyse **DATENGEWINNUNG:** Aktenanalyse, offene Dokumentenanalyse, offen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schneider, Michael C.; Lee, Robert W.: Amtliche Statistik zwischen Staat und Wissenschaft, 1872-1939. in: Mackensen, Rainer; Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Das Konstrukt "Bevölkerung" vor, im und nach dem "Dritten Reich". Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, S. 50-91. ISBN 3-531-14807-9.+++Lee, Robert W.; Schneider, Michael C.: Die Medizinalstatistik in Deutschland von ca. 1800 bis 1874. in: Vögele, Jörg; Fangerau, Heiner; Noack, Thorsten (Hrsg.): Geschichte der Medizin - Geschichte in der Medizin: Forschungsthemen und Perspektiven. Medizingeschichte, Bd. 2. Münster: Lit Verl. 2006, S. 49-55. ISBN 3-8258-9562-9.+++Schneider, Michael C.: Das Sächsische Statistische Landesamt in der NS-Zeit 1933-1945. in: Statistik in Sachsen, 12, 2006, S. 42-48.

ART: gefördert **BEGINN:** 2003-01 **ENDE:** 2007-11 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Düsseldorf, Medizinische Fakultät, Institut für Geschichte der Medizin (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf); University of Liverpool (Myrtle Street, L69 3BX Liverpool, Vereinigtes Königreich)

KONTAKT: Vögele, Jörg (Prof.Dr. Tel. 0211-81-13940,
e-mail: InstGeschMed@uni-duesseldorf.de)

[33-F] Scholz, Rembrandt, Dr.; Maier, Heiner, Dr. (Bearbeitung); Vaupel, James W., Prof.Dr. (Leitung):

Altersvalidierungsstudie Deutschland 105+

INHALT: Altersvalidierung der Personen die im Zeitraum 1989-2003 ein Alter von 105 und älter erreicht haben. *ZEITRAUM:* 1989-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Beitrag zur Entwicklung der Sterblichkeit im Extremaltersbereich menschlicher Populationen; Grundlage Datenbasis Bundespräsidialdatei. Untersuchungsdesign: Panel *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: 1.487; Herkunft der Daten: Bundespräsidialamt; Auswahlverfahren: total). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Maier, H.; Scholz, R.D.: Aktuelle Sterblichkeitsentwicklungen und extreme Langlebigkeit/ Secular trends in longevity and the emergence of supercentenarians. in: Max-Planck-Gesellschaft (ed.): Jahrbuch 2003. Published in CD-ROM, Max-Planck-Gesellschaft 2003: Tätigkeitsberichte, Zahlen, Fakten. München: Saur 2003, pp. 229-235. +++Maier, H.; Scholz, R.D.: Immer mehr Menschen können 105. Geburtstag feiern. Studie zur Langlebigkeit der ältesten Deutschen: Zahl der Höchstaltrigen nimmt rapide zu. in: Demografische Forschung Aus Erster Hand, 1, 2004, 1, S. 4.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2002-10 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock)

KONTAKT: Scholz, Rembrandt (Dr. Tel. 0381-2081-164, e-mail: scholz@demogr.mpg.de)

[34-L] Statistisches Bundesamt; Bundeszentrale für politische Bildung; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (Mitarbeiter); Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA- (Mitarbeiter) (Hrsg.):

Datenreport 2004: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 440), Bonn 2004, 679 S., ISBN: 3-89331-550-0 (Standort: IAB-90-ODE0-115000 BP 526; Graue Literatur;

URL: <http://www.destatis.de/download/d/datenreport/datrep04gesch.pdf>

INHALT: Der Datenreport stellt die wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland dar. Es ist ein Gemeinschaftsprodukt aus Daten der amtlichen Statistik und Ergebnissen der Sozialforschung. Im ersten Teil 'Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik' werden Daten zu folgenden Themen zur Verfügung gestellt: Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Wohnen, Freizeit und Kultur, Gesellschaftliche Mitwirkung, Gesundheit, Soziale Sicherung, Justiz, Öffentliche Haushalte, Gesamtwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungsbereich, Preise und Verdienste, Verkehr, Energie, Um-

welt, Deutschland und die Europäische Union. Der zweite Teil behandelt Themen aus dem Bereich 'Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland': Zufriedenheit und Wertorientierung, Gesundheit, Bildung, Situation und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt, Wohnverhältnisse und -kosten, Umwelt, Familie, Zeitverwendung, Lebenssituation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie Älteren, Zuwanderer und Ausländer in Deutschland, Einstellungen und Kontakte zu Ausländern, Sparen und Verschuldung privater Haushalte, soziale Lagen, soziale Mobilität, Einkommen und Armut, politische Integration und politisches Engagement, Demokratie und Sozialstaat, Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa. (IAB2)

[35-L] Stöbel-Richter, Yve; Brähler, Elmar; Merbach, Martin:

Der demographische Wandel in Deutschland und seine Auswirkungen auf das medizinische System, in: Psychosozial, Jg. 27/2004, H. 1 = Nr. 95, S. 59-69 (Standort: USB Köln(38)-XG5196; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Bevölkerungsstruktur in den Industrienationen ist durch eine steigende Lebenserwartung, sinkende Geburtenziffern und die Erhöhung des Anteils von Migrantinnen gekennzeichnet. Der vorliegende Beitrag analysiert die Entwicklung der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur in Deutschland hinsichtlich dieser Gesichtspunkte sowie der daraus resultierenden Konsequenzen für die psychosoziale Versorgung alter Menschen. Die Daten weisen auf eine Veränderung des Krankheitsspektrums hin: Die Zahl akuter Erkrankungen sinkt, im Gegensatz dazu nehmen degenerative und chronische Erkrankungen zu - Krankheiten mit einem hohen Belastungsmaß und psychischen Nebenwirkungen. In den neuen immer mehr an Bedeutung gewinnenden medizinischen Teilgebieten wie Prävention, Rehabilitation, Gerontologie und Palliativmedizin spielen verstärkt psychosoziale Ansätze eine Rolle. Die Verlängerung der Lebenserwartung ist häufig mit einer Multimorbidität in den höheren Lebensjahren und mit einem Ansteigen dementieller und depressiver Erkrankungen verbunden. Dadurch werden Fragen der Psychotherapie im höheren Lebensalter, der behinderungsfreien Lebenserwartung, der Sterbehilfe etc. aufgeworfen. (ICA2)

[36-L] Struck, Ernst:

Die Weltbevölkerung zum Beginn des 21. Jahrhunderts: Aussichten auf das Ende des Wachstums, in: Petermanns geographische Mitteilungen : Geographie, Geoökologie, Umwelt, Jg. 144/2000, H. 1, S. 6-17

INHALT: Prognosen (bis 2050) und Projektionen (bis 2150) der Vereinten Nationen (Basis 1995) haben einen in den letzten Jahren unerwarteten, erheblichen weltweiten Rückgang der Geburtenzahlen und die Veränderung der Bevölkerungsstruktur durch AIDS berücksichtigt. Die Projektion mit einer mittleren Fertilitätsannahme ergibt, dass die Weltbevölkerung nur noch bis zum Jahre 2200 auf maximal 11 Milliarden Menschen zunehmen wird. Danach ist mit einer Stagnation oder einer Abnahme zu rechnen. Der Autor zeigt für den Zeitraum 1995 bis 2150 die regional unterschiedliche Entwicklung und die Bevölkerungsverteilung, analysiert eine mögliche Fertilitätsänderung und die starke Alterung der Weltbevölkerung und diskutiert ihre Folgen. (ST2)

[37-L] Swiaczny, Frank:

Aktuelle Aspekte des Weltbevölkerungsprozesses: regionalisierte Ergebnisse der UN World Population Prospects 2004, (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 117), Wiesbaden 2005, 83 S. (Graue Literatur);

URL: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft117.pdf>

INHALT: "Der Weltbevölkerungsprozess ist in globaler Perspektive auch künftig durch ein nur langsam zurück gehendes Bevölkerungswachstum gekennzeichnet. Während in den Industrieländern (Developed Countries: DCs) eine geringe Anzahl an Kindern je Frau (TFR) zu einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung beiträgt, nimmt die Zahl der Menschen vor allem in den weniger entwickelten Regionen (Less Developed Countries: LDCs) der Erde absolut noch immer stark zu. Die regionalisierte Analyse zeigt hierbei einen sowohl hinsichtlich der Großregionen der Erde als auch einzelner Staaten differenzierten Verlauf. Der vorliegende Band führt, anhand der Ergebnisse der World Population Prospects 2004 der UN, in die wichtigsten räumlichen Aspekte des aktuellen Weltbevölkerungsprozesses ein. Die wichtigsten Aspekte des Weltbevölkerungsprozesses sollen anhand ausgewählter Variablen der aktuellen World Population Prospects in thematischen Farbkarten zu folgenden Themen dargestellt werden: regionale Gliederung der Darstellung und Stand der menschlichen Entwicklung, Bevölkerungsentwicklung, Geburtenentwicklung, Entwicklung des Altersaufbaus, Entwicklung der Lebenserwartung, internationale Wanderung, Verstädterung. Der Darstellung schließt sich eine Auswahlbibliographie an, die neben den verwendeten Datenquellen und wichtiger Grundlagenliteratur auch leicht zugängliche aktuelle Übersichtsdarstellungen in deutscher Sprache sowie eine Liste mit Internetlinks umfasst. Alle Ausführungen beziehen sich, soweit nicht gesondert angegeben, auf die Daten der letzten UN World Population bzw. World Urbanization Prospects. Beide Datensätze stehen unter <http://esa.un.org/unpp> bzw. <http://esa.un.org/unup> kostenlos online zur Verfügung. Die von der UN für die kommenden zehn Jahre vorausgerechnete Entwicklung der Weltbevölkerung zeigt eine regional differenzierte Dynamik. Bei einem deutlichen Rückgang der jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung auf knapp über 1% in Asien und Lateinamerika sowie etwa 0,8% in Nordamerika und einer weiteren Beschleunigung des Bevölkerungsrückgangs in Europa auf -0,1% in der Periode 2010/15 wird die Bevölkerung in Afrika dann noch immer um rund 2,1% pro Jahr wachsen (mittlere Variante)." (Textauszug)

[38-L] Tesch-Römer, Clemens; Engstler, Heribert; Wurm, Susanne (Hrsg.):

Altwerden in Deutschland: sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2006, 540 S., ISBN: 3-531-14858-3

INHALT: "Wie sieht Altwerden in Deutschland aus und wie wandelt sich die Lebenssituation älter werdender Menschen? Mit Themen und Fragen hierzu beschäftigt sich dieses Buch, basierend auf den repräsentativen Daten des 'Alterssurveys', einer Studie über die zweite Lebenshälfte. Für diese Untersuchung wurden, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in den Jahren 1996 und 2002 bundesweit mehrere tausend Menschen im Alter zwischen 40 und 91 Jahren befragt. Das Buch zeigt Chancen und Risiken unserer älter werdenden Gesellschaft auf und liefert Wissensgrundlagen zur Gestaltung einer lebenswerten Gesellschaft für alle Generationen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Clemens Tesch-Römer, Susanne Wurm, Andreas Hoff, Heribert Engstler und Andreas Motel-Klingebiel: Der Alterssurvey: Beobachtung gesellschaftlichen Wandels und Analyse individueller Veränderungen (11-46); Heribert Engstler und Susanne Wurm: Datengrundlagen und

Methodik (47-83); Heribert Engstler: Erwerbsbeteiligung in der zweiten Lebenshälfte und der Übergang in den Ruhestand (85-154); Andreas Motel-Klingebiel: Materielle Lagen älterer Menschen: Verteilungen und Dynamiken in der zweiten Lebenshälfte (155-230); Andreas Hoff: Intergenerationale Familienbeziehungen im Wandel (231-287); Harald Künemund: Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand (289-327); Susanne Wurm und Clemens Tesch-Römer: Gesundheit, Hilfebedarf und Versorgung (329-383); Clemens Tesch-Römer und Susanne Wurm: Veränderung des subjektiven Wohlbefindens in der zweiten Lebenshälfte (385-446); Helen Baykara-Krumme und Andreas Hoff: Die Lebenssituation älterer Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (447-517); Clemens Tesch-Römer, Susanne Wurm, Andreas Hoff, Heribert Engstler und Andreas Motel-Klingebiel: Implikationen der Ergebnisse des Alterssurveys für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik (519-537).

[39-F] Testorf, Lars, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Dieckheuer, Gustav, Univ.-Prof.Dr. (Betreuung):

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Produktionspotential und Wirtschaftswachstum - eine theoretische Analyse und Simulationsstudie für Deutschland

INHALT: Die demographische Entwicklung in Deutschland wird sich in den nächsten Jahrzehnten nachhaltig verändern. Diese Entwicklung der Bevölkerung wird zum einen durch eine längere Lebenserwartung und zum anderen, und dies ist historisch ohne Vergleich, durch einen nachhaltigen Rückgang in der Fertilitätsrate, speziell in Kontinentaleuropa, hervorgerufen. Von dem demographischen Wandel, welcher zu einer alternden Bevölkerung und letztlich zu einem Rückgang der Bevölkerung in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern, führen wird, ist zu erwarten, dass er grundlegende Auswirkungen auf die makroökonomische Struktur und damit auch auf das Wirtschaftswachstum haben wird. Dabei ist davon auszugehen, dass praktisch alle Schlüsselmärkte einer Volkswirtschaft, insbesondere der Arbeits- und Kapitalmarkt, von diesen geänderten Rahmenbedingungen betroffen sein werden. Die bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten zu den Auswirkungen des demographischen Wandels beschränken sich zumeist auf Partialanalysen der betroffenen Märkte. Makroökonomische Modelle unter Einbeziehung der demographischen Entwicklung existieren noch nicht. Ein Grundmodell wurde von Herrn Prof. Dieckheuer bereits entwickelt. Ziel dieser Arbeit ist es, dieses langfristig orientierte Modell weiterzuentwickeln, mit dem es möglich ist, die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Entwicklung des Produktionspotentials und des Wirtschaftswachstums aufzuzeigen. Der Schwerpunkt wird hierbei auf die angebotsseitige Gestaltung des Modells gelegt. Die korrespondierende Nachfrageseite, ohne die ein Makromodell nicht komplett wäre, wird von meinem Kollegen Holger Löbbergt entwickelt. Darüber hinaus werden wirtschaftspolitische Maßnahmen simuliert, um konkret aufzuzeigen, wie die Politik im Rahmen dieser Modellumgebung Einfluss auf die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und damit auch auf die Entwicklung weiterer wichtiger volkswirtschaftlicher Kerngrößen, wie bspw. der Arbeitslosigkeit, nehmen kann. *ZEITRAUM:* 2002-2050 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *BEGINN:* 2004-09 *ENDE:* 2006-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Industriegewirtschaftliche Forschung (Universitätsstr. 14-16, 48143 Münster)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0251-8322868, e-mail: 09late@wiwi.uni-muenster.de)

[40-L] Tivig, Thusnelda (Hrsg.):

Deutschland im Demografischen Wandel: Fakten und Trends 2005, Rostock 2005, 118 S. (Graue Literatur; URL: http://www.zdwa.de/zdwa/artikel/broschuere/broschuere_gesamt.pdf)

INHALT: Die empirische Studie untersucht den demografischen Wandel und seine maßgeblichen Auswirkungen in Deutschland unter Berücksichtigung von Entwicklungen in anderen (nicht-) europäischen Ländern bzw. Kontinenten. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Aspekte: (1) der Wandel im Überblick seit 1850 bis 2050, (2) Geburtenentwicklung und Lebensformen, (3) Altern und Langlebigkeit, (4) Wanderungsbewegungen, (5) Bildung und Humankapital, (6) Wachstum und Beschäftigung, (7) Verteilung von Einkommen und Vermögen, (8) Alterssicherung, (9) Gesundheit und Pflege sowie (10) Stadt- und Regionalentwicklung. Die Untersuchung macht die spürbaren Einflüsse des demografischen Wandels auf individuelle Lebensentwürfe und seine ökonomischen Konsequenzen in vielen Bereichen deutlich. (ICG2)

[41-F] Walke, Anja, Dr.; Hoshikawa, Yasuyuki (Bearbeitung):

Implikationen der demografischen Alterung für den Konsum - Japan und Deutschland im Vergleich

INHALT: Wie verändert die Alterung der Bevölkerung die Konsummärkte (Trends, Märkte, Marketing)? Welche Auswirkungen hat die Alterung auf die private Nachfrage (quantitativ, qualitativ)? Wie reagiert die Privatwirtschaft auf den gesellschaftlichen Wandel (Stichwort: "Silbermarkt")? Welche Rahmenbedingungen schafft die Politik? Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind in Japan und Deutschland zu beobachten, und wie lassen sich diese erklären? Erwartete Forschungsergebnisse: Neue Erkenntnisse über die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf den Konsum; Aufschluss über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Geschäftsmodellen japanischer und deutscher Anbieter von Seniorenprodukten/-dienstleistungen sowie über das Verhalten der politischen Entscheidungsträger; Aufdeckung der Hintergründe für die Unterschiede in Japan und Deutschland. Kooperationen: Deutsches Institut für Japanstudien, Tokyo; Japanisches Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Japan, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Erklärungsansätze aus der Konsumententheorie, der Produktionstheorie, der Institutionenökonomik und den Wertewandeltheorien *DATENGEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie mit Personen der Altersgruppe 50+). Sekundäranalyse (offizielle Statistiken und Umfragen).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Walke, Anja: Japan's ageing society and its implications for consumption. Working Paper Series. Lund: Univ. Lund, Centre for East and South-East Asian Studies 2004 (geplant).+++Dies.: Silver business - Wie Japans Unternehmen mit dem Älterwerden Geschäfte machen" (Arbeitstitel). in: Harvard Businessmanager. 2004 (geplant). *ARBEITSPAPIERE:* Komparative Studie über die Implikationen der gesellschaftlichen Alterung auf den Konsum in Japan und in Deutschland.

ART: gefördert *ENDE:* 2006-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: GIGA Institut für Asienkunde (Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 040-42887-0, e-mail: walke@ifa.duei.de)

2 Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme

[42-L] Bielmeier, Josef; Oberreuter, Heinrich (Hrsg.):

Der bezahlbare Wohlstand: auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, München: Olzog 1997, 176 S., ISBN: 3-7892-9398-9

INHALT: Der Band dokumentiert eine gemeinsam vom Bayerischen Rundfunk und der Akademie für politische Bildung Tutzing durchgeführte Tagung. Ausgangspunkt war die Feststellung: 'Das einstige Erfolgsmodell 'Wohlstandsstandort Bundesrepublik' ist in Verunsicherung geraten. Ihm stehen tiefgreifende Veränderungen bevor' (7). Der Frage nach Art und Ausmaß dieser Veränderungen gehen Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nach. Dabei wird schnell deutlich, daß sich die notwendigen Reformen nicht auf eine verwaltungstechnische Neubestimmung der Sozialsysteme beschränken können. Vielmehr werden tiefgreifendere Probleme im Hinblick etwa auf die Rolle des Staates, der Neubewertung von Arbeit, der Rolle von gesellschaftlicher Solidarität und ihrem Spannungsverhältnis zum Individualismus aufgeworfen. Eine kohärente Konzeption, die man unter dem Begriff des 'neuen Gesellschaftsvertrages' subsumieren könnte, läßt sich daraus noch nicht entwerfen. Die Beiträge geben sich zum Teil bewußt provokant, rechtfertigen ihre drastischen Konsequenzen aber aus dem bestehenden Problemdruck. Die letzten vier Beiträge sind nicht im Zusammenhang der Tagung entstanden, sondern bei anderen Vortragsgelegenheiten. Gleichwohl passen sie gut in die Argumentationsweise des Buches. Inhaltsverzeichnis: Edmund Stoiber: Kann die Demokratie überleben? Politische Antworten und Gefährdungen im global village (13-22); Hans Ruh: Die Arbeit neu erfinden. Auf der Suche nach Sinn und Solidarität (23-34); Warnfried Dettling: Solidarität mit neuem Sinn. Konturen eines neuen Gesellschaftsvertrages (35-45); Meinhard Miegel: Versicherung oder Grundversorgung? Alternativen zum unbezahlbaren Sozialsystem (46-56); Albrecht Schmidt: Staatsaufgaben - Staatsausgaben. Kulturrevolution für den modernen Staat (57-65); Rolf Peter Sieferle: Epochenwechsel. Wie wir künftig leben werden (66-81). Diskussion: Der bezahlbare Wohlstand. Auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag (82-91); Norbert Walter: Globalisierung - Ende nationaler Wirtschaftspolitik? (92-105); Hans-Jürgen Krupp: Die Folgen der Globalisierung für die Geld- und Währungspolitik (106-127); Arne Heise: Reformbedarf und Reformmöglichkeiten der Lohnpolitik im Globalisierungsprozeß (128-144); Hans-Joachim Braczyk: Globalisierung von Forschung und Entwicklung. Tendenzen und Herausforderungen (145-172). (ZPol, NOMOS)

[43-L] Bode, Ingo:

Die alternde Gesellschaft als Ballast für Wirtschaft und Sozialsysteme?: Frankreich und Deutschland im Vergleich, in: Dokumente : Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Jg. 61/2005, H. 5, S. 33-41 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z297; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auf die Alterung der Bevölkerung reagieren Gesellschaft und Politik in beiden Ländern unterschiedlich. Das liegt schon daran, dass der Alterungsprozess in Frankreich weniger dramatisch ist als in Deutschland. Dennoch gilt in beiden Fällen: Wenn der Mittelzufluss zur inaktiven älteren Bevölkerung in bisheriger Höhe weiter garantiert werden soll, dann muss entweder länger gearbeitet werden, oder es müssen mehr staatliche Finanzmittel auf diesen

Teil der Bevölkerung umgelenkt werden. In Deutschland hält man die umlagefinanzierten Systeme für nicht zukunftsfähig und plädiert für einen Systemwechsel, das heißt für mehr Eigenvorsorge. Frankreich hingegen stärkt die bestehenden Systeme durch höhere Beiträge und Zuschüsse." (Autorenreferat)

[44-L] Bollmann, Stefan (Hrsg.):

Patient Deutschland: eine Therapie, Stuttgart: Dt. Verl.-Anst. 2002, 287 S., ISBN: 3-421-05667-6

INHALT: Wirtschaftlich und politisch sei die Bundesrepublik nicht zukunftsfähig, so die Ansicht der Autoren. Die Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen, Journalisten und Unternehmensberater versuchen eine Art 'provokative Psychotherapie' (10), um den lähmenden Konsens, der das Land ihrer Meinung nach beherrscht, aufzubrechen. Ihre Problemlösungsvorschläge setzen auf die Selbstheilungskräfte der Gesellschaft, die es zu reaktivieren gelte. Inhaltsverzeichnis: Stefan Bollmann: Patient Deutschland (9-26). 1. Patient D beim Allgemeinarzt - Check-up eines eingebildeten Kranken: Reinhard K. Sprenger: Das dressierte Subjekt oder Steuerland ist abgebrannt (29-44); Erich Staudt: Innovationspatt. Ein reformfeindliches Establishment verspielt Deutschlands Chancen (45-61); Ursula Weidenfeld: Gleichgewicht des Stillstands. Was die Arbeitslosigkeit über die Verfassung unserer Gesellschaft aussagt (63-74); Nikolaus Piper: Dem Föderalismus eine Zukunft. Wir dürfen dem Verfall der politischen Institutionen nicht länger zusehen (75-86); Fredmund Malik: Deutschland, Du hast es besser! Von einem Wirtschaftswunder, das keines war (87-100); Thilo Bode: Nach dem 11. September. Deutschland braucht eine Globalisierungsstrategie (101-118). 2. Patient D beim Spezialisten - Behandlungsziel: Die Wiederherstellung der Selbstheilungskräfte: Horst Siebert: Das Rahmenwerk steuert falsch. Zwanzig Punkte für mehr wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung (121-133); Ulrich Briefs: Deutsche Rückständigkeit. Alles verboten - Die deutsche Handwerksordnung gehört abgeschafft (135-151); Thomas Straubhaar: Einwanderungsland Deutschland. Warum Zuwanderung gar nicht so sehr das Problem, aber auch nur bedingt die Lösung ist (153-168); Jürgen Kluge: Auf die Qualität kommt es an. Ein bildungspolitisches Hausaufgabenheft (169-178); Axel Börsch-Supan: Vom Schnupfen zur Grippe. Eine Reform des Gesundheitssystems muss dessen Selbstheilungskräfte reaktivieren (179-192); Manfred Rose: Die deutsche Steuerkrankheit. Falsche und richtige Therapien zur Ordnung des deutschen Steuerchaos (193-210); Anke Martiny: Auf dem Weg zur Bananenrepublik? Nicht nur eine Frage der Moral: Korruption in Deutschland (211-222). 3. Patient D in der Anti-Aging-Kur - Wer streitet in der Gegenwart für die Interessen der Zukunft? Daniel Dettling: 'Marke D'. Die Politik der nächsten Generation (225-238); Gudrun Kreisl / Doris Wittneben: Fehlanzeige gute Führung. Wer hat Angst vor Autorität? (239-250); Wolf Lotter: Der Flug des Phoenix. Warum die New Economy nicht totzukriegen ist (251-265); Gerd Held: Das Suchverfahren der Konfrontation. Die 'Zivilgesellschaft' ist das falsche Vorbild für unsere Marktwirtschaft und Republik (267-283). (ZPol, Leske u. Budrich)

[45-L] Dallinger, Ursula:

Generationengerechtigkeit - die Wahrnehmung in der Bevölkerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 2005, H. 8, S. 29-37 (Standort: USB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bpb.de/files/7M1XKO.pdf>)

INHALT: Wichtige Teile des sozialen Sicherungssystems - Renten und Krankheitskosten - werden vor allem auf dem Wege des "Umlageverfahrens", d. h. mittels Beiträgen der Erwerbstätigen, finanziert. Dieser "Generationenvertrag" setzt eine kontinuierliche Entwicklung der Bevölkerung und damit auch der Erwerbstätigen voraus, sollen die Umlagen von den im Erwerbsleben Aktiven zur inaktiven Generation in etwa gleich ausfallen. Auf Grund des drastischen Geburtenrückgangs seit Anfang der siebziger Jahre wird die Alterszusammensetzung der Bevölkerung jedoch immer unausgeglichener. Dies hat zur Folge, dass die geburtenstarken Jahrgänge im Alter durch die Umlagen einer viel kleineren, im Erwerbsalter befindlichen Gruppe finanziert werden müssten. Haben die aus dieser Konstellation entstehenden Probleme der zukünftigen Finanzierung und Verteilungsgerechtigkeit, die während der neunziger Jahre intensiv thematisiert worden sind, zu einem Rückgang der Zustimmung zum "Generationenvertrag" in der Bundesrepublik geführt? Welche Konsequenzen hat es, wenn der Generationenvertrag in Form eines Grundrentensystems gestaltet wird und damit auch einer anderen Verteilungslogik folgt wie z.B. in Dänemark oder den Niederlanden? Der vorliegende Vergleich der Akzeptanz des Generationenvertrages in Ländern mit einem Grundrentensystem versucht zu zeigen, wie sich dieses Modell auf die Akzeptanz des Generationenvertrages auswirkt. (ICI2)

[46-L] **Der brüchige Generationenvertrag**, Köln 1988, 66 S. (Standort: UuStB Köln(38)-890107105; Graue Literatur)

INHALT: Das Heft enthält die beiden Hauptreferate und ein stenographisches Protokoll der Podiumsdiskussion der Arbeitstagung zum Thema "Der brüchige Generationenvertrag". Im Referat von Ursula Lehr werden Fakten der Bevölkerungsentwicklung vorgelegt, die belegen, daß sich die Altersstruktur in der Bundesrepublik grundlegend geändert hat und man von einem "Zusammenbruch der Generationenpyramide" sprechen kann. Im Referat von Ulf Fink werden Umrisse eines neuen Generationenvertrages skizziert. Dazu werden verschiedene Konzepte vorgestellt (Kapitaldeckungsverfahren, Wertschöpfungsbeitrag, Maschinensteuer, Grundrente für jeden) und deren Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. In der Podiumsdiskussion zwischen Rudolf Dreßler (SPD), Meinhard Miegel (Institut für Wirtschaft und Gesellschaft), Fritz Heinz Himmelreich (BDA) und Wolfgang Roth (SPD) wird u. a. thematisiert: das Verhältnis Arbeitszeit-Lebenszeit, die Finanzierung der Renten, die gesetzliche Alterssicherung, ein neuer Solidaritätsbegriff und das Verhältnis Rente und Sozialhilfe. (GF)

[47-L] Hauser, Richard:

Zukunft des Sozialstaats, in: Deutsche Rentenversicherung, Jg. 58/2003, H. 8, S. 432-443

INHALT: "Der Beitrag setzt sich mit der Zukunft des Sozialstaats auseinander. Hierbei erfolgt eine thematische Einengung auf das System der sozialen Sicherung. Von den - nach Lampert - treibenden Kräften der Sozialstaatsentwicklung (Problemlösungsdringlichkeit, Problemlösungsfähigkeit, Problemlösungsbereitschaft) wird im Aufsatz auf die künftige Problemlösungsfähigkeit im Zusammenhang mit der 'sozialen Komponente' besonders umfassend eingegangen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der rechtlichen, demografischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Trends des Sozialstaats. Stichwortartig und beispielhaft können genannt werden: Die Europäisierung der Sozialpolitik, der Rückgang der Bevölkerungsgröße, die Pluralisierung der Lebensstile, der Trend zu stärkerer Individualisierung sowie steigende Durchschnittskosten für einige soziale Schutztatbestände. Der Autor erwartet, dass Reform-

strategien zur Umgestaltung des Sozialstaats aus zwei Elementen bestehen werden: Zum einen aus dem Versuch, die Rahmenbedingungen auf eine Verminderung der davon ausgehenden Belastungen auszurichten (z.B. über Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit oder durch das Hinausschieben des Ruhestandsalters), und zum anderen aus einer Verminderung der Leistungsansprüche pro Bedarfsträger. Der Autor hält es für wahrscheinlich, dass die sich langfristig abzeichnenden Probleme des Sozialstaats grundsätzlich zu bewältigen sind." (Autorenreferat)

[48-L] Kurth, B.-M.:

Demographischer Wandel und Anforderungen an das Gesundheitswesen, in: Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz, Jg. 44/2001, H. 8, S. 813-822

INHALT: "Das Statistische Bundesamt prognostizierte eine verlängerte individuelle Lebenserwartung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, einhergehend mit einer Verringerung des Anteils jüngerer Menschen. Das wirft die Frage auf, ob diese Entwicklung zu einer verstärkten Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führt, die möglicherweise künftig nicht mehr finanzierbar sein wird. Es wird in dieser Stellungnahme versucht, ausschließlich aufgrund vorliegender Gesundheitsdaten eine Antwort zu geben. Dabei wird festgestellt, dass ein längeres Leben nicht unbedingt einhergeht mit einem verlängerten Abschnitt in Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Es gibt vielmehr Anhaltspunkte dafür, dass der Alterungsprozess der Bevölkerung nicht zu einem proportionalen Anstieg der Krankheits- und Behinderungslast für das gesundheitliche Versorgungssystem führen muss. Dennoch wird die Erhöhung des Anteils Älterer an der Gesamtbevölkerung, der nicht nur durch die wachsende Lebenserwartung als Ausdruck kultureller, medizinischer und sozialer Entwicklung verursacht ist, sondern auch durch den Rückgang der Geburtenraten, alsbald Anforderungen an die Finanzierung des Gesundheitswesens stellen, über deren Größenordnung es wenig belastbare Daten gibt." (Autorenreferat)

[49-F] Löbbert, Holger, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Dieckheuer, Gustav, Univ.-Prof.Dr. (Betreuung):

Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme - theoretische Ansätze und Simulationsstudien für Deutschland

INHALT: In der Arbeit werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Es handelt sich um eine empirische Arbeit, die auf den Daten der 10. koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes basiert. Mit Hilfe eines makroökonomischen Angebot-Nachfrage-Modells wird die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland bis in das Jahr 2050 fortgeschrieben. Dieses Grundmodell wurde von Prof. Dieckheuer entwickelt. Der zentrale Aspekt dieser Arbeit ist die Erweiterung des bisherigen Modells um die sozialen Sicherungssysteme (Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung). In einem ersten Schritt wird die bisherige Ausgestaltung der sozialen Sicherung unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten analysiert. Es werden Forderungen für eine Reform der sozialen Sicherung abgeleitet und konkrete Vorschläge unterbreitet, wie sich diese Reformvorschläge in das aktuelle System integrieren lassen. In einem zweiten Schritt wird die derzeitige Ausgestaltung der einzelnen Sozialversicherungen beschrieben. Zuletzt wird das theoretische Modell um die einzelnen Sozialversicherungen erweitert. Daran schließen sich verschiedene Projektionen an,

die einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen innerhalb der Sozialversicherungssysteme bis zum Jahr 2050 geben. *ZEITRAUM*: 2002-2050 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *BEGINN*: 2004-09 *ENDE*: 2006-07 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Industriegewerkschaftliche Forschung (Universitätsstr. 14-16, 48143 Münster)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0251-8329955, e-mail: 09holo@wiwi.uni-muenster.de)

[50-F] Mai, Ralf, Dipl.-Geogr. (Bearbeitung); Schmid, Josef, Prof.Dr. (Leitung):

Sozialprognose in Deutschland und Europa auf demographischer Basis

INHALT: Im Mittelpunkt dieses Forschungsschwerpunktes steht die Problematik des demographischen Alterungsprozesses in den westlichen Industrienationen und deren Auswirkungen auf Familienstrukturen, Erwerbsstruktur und Sicherung der Sozialsysteme. Insbesondere stand bisher die Fragestellung im Vordergrund, welche Ausgleichsoptionen für schrumpfende und alternde Erwerbsbevölkerungen bei gleichzeitigem Anwachsen der Soziallast notwendig und sinnvoll erscheinen. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Europa, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, offen; Sekundäranalyse von Aggregatdaten.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schmid, Josef; Heigl, Andreas; Mai, Ralf: Sozialprognose. Die Belastung der nachwachsenden Generation. München: Olzog, 213 S. ISBN 3-7892-8022-4.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 1995-01 *ENDE*: 2000-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Professur für Bevölkerungswissenschaft (Postfach 1549, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0951-863-2651, Fax: 0951-863-1197, e-mail: ralf.mai@sowi.uni-bamberg.de)

[51-L] Marschallek, Christian:

Die "schlichte Notwendigkeit" privater Altersvorsorge: zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33/2004, H. 4, S. 285-302 (Standort: USB Köln(38)-XG01232; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Bundesrepublik hat sich die Überzeugung durchgesetzt, der demographische Wandel mache die Stärkung privater Elemente der Altersvorsorge notwendig. Die Rentenreform 2001 stellt einen Schritt in diese Richtung dar. Zunächst wird dargelegt, dass die demographisch induzierten Schwierigkeiten der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) wahrscheinlich ebenso überschätzt werden wie das Problemlösungspotential privater Alterssicherung. Die Rentenreform 2001 kann daher nicht einfach auf Grund demographischer oder ökonomischer Zwänge verstanden werden. Entscheidend sind vielmehr politische Deutungen derartiger Sachverhalte und deren Wandel. Gestützt auf theoretische Ansätze einer Wissenssoziologie der Politik werden dann anhand ausgewählter rentenpolitischer Bundestagsdebatten der Jahre 1956 bis 2001 die Deutungen politischer Akteure hinsichtlich der Probleme der GRV, der Problemlösungen und der dabei vorgesehenen Rolle privater Elemente untersucht. Die 'Notwendigkeit' einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge ist das Ergebnis eines langfristigen politischen Prozesses und ergibt sich erst an dessen Ende aus der Verknüpfung von spe-

zifischen Deutungen der langfristigen demographischen Entwicklung, der Wirkung der Lohnnebenkosten auf die Arbeitslosigkeit und der Funktionsgrundlagen der GRV." (Autorenreferat)

[52-L] Reifner, Udo; Tiffe, Achim; Turner, Anke:

Vorsorgereport: private Alterssicherung in Deutschland, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2003, 208 S., ISBN: 3-89204-653-0

INHALT: "Rentenexperten schlagen Alarm: Angesichts der demografischen Entwicklung droht in der gesetzlichen Rentenversicherung auch nach den jüngsten Reformen ein weiteres Absinken des Rentenniveaus. Der Lebensstandard kann im Alter nur noch durch ausreichende Zusatzvorsorge gesichert werden. Wie aber ist es um die Vorsorgesituation tatsächlich bestellt? Kann die milliardenschwere Förderung für Altersvorsorge ihr Ziel erreichen? Ist der Gesetzesrahmen und sind die angebotenen Vorsorgeprodukte dafür geeignet? Sorgen auch sozial schwächere Haushalte vor? Der 'Vorsorgereport' gibt Antworten auf diese Fragen. Anhand umfangreicher Analysen von Riester-Gesetzgebung und Vorsorgeprodukten sowie einer groß angelegten empirischen Erhebung zur Vorsorgesituation und zum Vorsorgeverhalten der Bevölkerung wird die Situation in Deutschland umfassend dargestellt. Darauf aufbauend werden Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Vorsorgepolitik aufgezeigt." (Textauszug)

[53-F] Roberts, Jennifer; Schellhorn, Martin, Dr.; Rice, Nigel; Jones, Andrew (Bearbeitung):

Gesundheit, Renteneintritt und Ungleichheit: können Deutschland und das Vereinigte Königreich voneinander lernen?

INHALT: Zielsetzung: a) Untersuchung der Auswirkung der Gesundheit auf die Ruhestandsentscheidung, jeweils im Rahmen der Sozialversicherungssysteme der beiden Länder; b) vergleichbare nationale Paneldatensätze und innovative ökonomische Methoden verwenden; c) das Wissen über Determinanten der Ruhestandsentscheidung vergrößern; d) Deutschland und das Vereinigte Königreich vergleichen, um heraus zu finden, was die Länder voneinander lernen können; e) die Politiker über die Renten- und Sozialleistungssysteme, sowie die Wirkung auf die Ruhestandsentscheidung in jeweils anderen Ländern informieren; f) der Politik Informationen zur Verfügung stellen, die helfen können, das Ziel der Verringerung von Ungleichheiten bei Gesundheit und Einkommen zu erreichen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland, Vereinigtes Königreich

METHODE: Das BHPS und das GSOEP sind repräsentative Paneldatensätze. In jährlichen Interviews werden Informationen erhoben und die befragten Haushalte über die Zeit verfolgt. Der BHPS beinhaltet ca. 10.000 Individuen und 5.500 Haushalte aus 11 Jahren. Der GSOEP beinhaltet derzeit ähnliche Zahlen von Individuen und Haushalten verteilt auf West- und Ostdeutschland; 18 Wellen liegen für den Westen vor und 11 für den Osten. Diese Datensätze beinhalten detaillierte Informationen zu Variablen wie soziodemographischen Größen, Erwerbstätigkeitsstatus, Gesundheitszustand, Nutzung des Gesundheitssystems, Einkommen und Herkunft des Einkommens. Die Datensätze decken einen wesentlich längeren Zeitraum als das ECHP ab und bieten so eine bessere Möglichkeit Kausalzusammenhänge zu analysieren, anstelle simpler Korrelationen. Die Panelstruktur der Daten ist insbesondere zur Analyse von dynamischen Kausalzusammenhängen geeignet, anstatt nur Zusammenhänge zwischen Variablen zu identifizieren. Die Beziehung von Einkommen und Gesundheit wird in Debatten zu Armut und Ungleichheit oft thematisiert. Trotzdem sind die dieser Beziehung zugrunde

liegenden kausalen Mechanismen kaum verstanden und wenig untersucht. Sollen effektive Politikinstrumente entworfen werden, die die Probleme von Armut, Ungleichheit und sozialem Ausschluss verbessern sollen, ist ein besseres Verständnis dieser Kausalzusammenhänge nötig. Der Zusammenhang von Einkommen und Gesundheit ist komplex, da sich die beiden Größen gegenseitig bedingen. Es muss also sowohl der Einfluss des Einkommens auf die Gesundheit, als auch der umgekehrte Einfluss der Gesundheit auf das Einkommen berücksichtigt werden (etwa durch Einkommensverluste und Sozialtransfers aufgrund von Erwerbsunfähigkeit). Um die kausalen Mechanismen zu verstehen, ist es nötig den Einfluss von kurz- und langfristigen Veränderungen des Haushaltseinkommens auf die Gesundheit zu untersuchen. Veränderungen in Gesundheit und Einkommen treten besonders häufig in der Phase um den Renteneintritt auf. Deshalb ist diese Lebensphase ein besonders interessanter Untersuchungsgegenstand. Wir verwenden fortgeschrittene ökonomische Methoden, um den Wechsel von Erwerbstätigkeit in den Ruhestand zu untersuchen. Paneldaten erlauben die Beobachtung von Individuen vor und nach dem Renteneintritt. Dies erlaubt uns die Probleme, die Untersuchungen des Kausalzusammenhangs von Einkommen und Gesundheit aufweisen, entsprechend zu berücksichtigen; die Endogenität der Gesundheit für das Einkommen (umgekehrter Kausalzusammenhang) und unbeobachtbare Heterogenität der Individuen. Der vergleichende Teil des Projekts wird untersuchen, inwiefern die finanziellen Auswirkungen von Gesundheit und Alterung zwischen Deutschland und Großbritannien variieren, insbesondere im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme. Das Projekt wird die unterschiedlichen Positionen der älteren Individuen in den jeweiligen Einkommens- und Gesundheitsverteilungen in Deutschland und Großbritannien ausnutzen, um das Verständnis der kausalen Zusammenhänge zwischen Einkommen und Gesundheit zu vertiefen und uns somit über unsere Fähigkeit verbessern angemessene Politikmaßnahmen zu entwerfen. Die kausalen ökonomischen Modelle, die wir herleiten, kombiniert mit Ungleichheitsmaßen, die die Zerlegung der Ungleichheit in sozio-ökonomische Komponenten ermöglichen, erlauben uns Politiksimulationen durchzuführen. Diese können die Effekte von Reformen der Sozialversicherungssysteme zu quantifizieren. Damit wird es möglich eine Abschätzung zu geben, welche Politikmaßnahmen am ehesten geeignet sind, beobachtete Ungleichheiten und sozialen Ausschluss zu verringern. Die jeweils optimalen Politikmaßnahmen können sich zwischen beiden Ländern unterscheiden.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Poster auf der International Health Economics Association iHEA, 5th World Congress, Barcelona, Juli 2005.

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-10 *ENDE:* 2006-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Anglo German Foundation -AGF-

INSTITUTION: Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen (Ludwigstr. 28 VG, 80539 München)

KONTAKT: Schellhorn, Martin (Dr. Tel. 089-3187-4484, e-mail: martin.schellhorn@gsf.de)

[54-F] Schmähl, Winfried, Prof.Dr. (Leitung):

Einkommenslage älterer Menschen in Deutschland - heute und morgen

INHALT: Die Differenziertheit der Einkommenssituation im Alter und Auswirkungen veränderter ökonomischer und demographischer Bedingungen sowie sozial- und steuer-politischer Regelungen auf die Einkommenslage stehen im Zentrum der Analysen, wobei geschlechts- und kohortenspezifische Unterschiede sowie Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland besondere Beachtung finden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Schmähl, Winfried; Fachinger, Uwe: Armut und Reichtum: Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen. in: Naegele, Gerhard; Niederfran-

ke, Annette; Frahm, Eckart (Hg.): Funkkolleg Altern 2. Opladen: Westdt. Verl. 1999, S. 159-208.+++Schmähl, Winfried: Einkommensentwicklung als Grundlage für Einkommensverwendung im Alter. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 80. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1998.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 1998-01 *ENDE*: 2000-12 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (Postfach 330440, 28334 Bremen)

[55-F] Schommer, Martin (Bearbeitung); Flora, Peter, Prof.Dr. (Leitung):

Wandel der Sozialstruktur und Reform der sozialen Sicherheit: ein Vergleich von Deutschland und Großbritannien, 1980-2000

INHALT: Die sozialen Sicherungssysteme stehen überall in Europa unter starkem Anpassungsdruck und die institutionellen Veränderungen haben weitreichende Auswirkungen auf die Lebenschancen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Dabei spielt die jeweilige Organisationsform der sozialen Sicherheit eine wichtige Rolle. Dies soll in einem Vergleich von Deutschland und Großbritannien, Prototypen sehr unterschiedlicher Organisationsformen, in einer Verknüpfung von institutioneller und Mikrodaten-Analyse für den Zeitraum seit 1980 untersucht werden. *ZEITRAUM*: 1980-2000 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland, Großbritannien

METHODE: Datenart: institutionelle und Mikro-Daten

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2002-01 *ENDE*: 2004-03 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung - MZES- Arbeitsbereich A Die Europäischen Gesellschaften und ihre Integration (68131 Mannheim); Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Soziologie I (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-2011, Fax: 0621-181-2016, e-mail: schommer@rumms.uni-mannheim.de)

3 Auswirkungen des demographischen Wandels auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt

[56-L] Auth, Diana:

Die alternde Gesellschaft: bessere Arbeitsmarktperspektiven für Frauen?, in: Gotthard Breit (Hrsg.): Die alternde Gesellschaft, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2004, S. 31-40, ISBN: 3-89974-117-X

INHALT: Der Beitrag verknüpft die demographische Entwicklung mit Geschlechterfragen und untersucht die Konsequenzen des Altersprozesses in der Gesellschaft für Frauen. Mit dem Rückgang des Arbeitskräftepotenzials ist für Frauen keine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen in Sicht; mit einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote kann nicht gerechnet werden. Zudem wird sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Karriere noch erschweren,

solange diese Diskussion primär auf Frauen ausgerichtet ist. Auch die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wird sich in Zukunft dringlicher als heute stellen. Da viele kinderlose alte Menschen auf Pflege angewiesen sein werden, kann Pflege nicht mehr einseitig von weiblichen Familienmitgliedern geleistet werden. Es stellt sich daher die Frage, wie eine gerechte Verteilung der Pfl egetätigkeiten auf beide Geschlechter herbeigeführt werden kann oder ob traditionelle Geschlechternormen wieder aufleben und die Frauen einseitig die Lasten einer alternden Gesellschaft zu tragen haben werden. Die Entwicklung eines integrierten Konzepts zur Vereinbarkeit von 'Arbeit' und 'Leben' ist notwendig, das alle Lebensbereiche einschließt und für vielfältigere Lösungsansätze jenseits der Spaltung des Arbeitsmarktes in lebenslange Vollzeitbeschäftigung für Männer und Teilzeitarbeit für Frauen ist. Dazu gehört der Ansatz einer kollektiven aber in sich variablen lebensphasenspezifischen Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel, Ältere in den Arbeitsmarkt zu integrieren, die geschlechtliche Arbeitsteilung langfristig aufzuheben und eine gesellschaftspolitisch sinnvolle Reorganisation der Erwerbsarbeit zu erreichen, in die familiäre und soziale Lebenszusammenhänge integriert sind. (IAB)

[57-L] Buchheim, Christoph:

Das Zusammenspiel von Wirtschaft, Bevölkerung und Wohlstand aus historischer Sicht, (Discussion Paper / Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), Nr. 40), Mannheim 2003, 25 S. (Graue Literatur; URL: http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/pages/files/nopage_pubs/nju8djfhjz0myxih_dp40.pdf)

INHALT: In seinem Beitrag untersucht der Autor die Bevölkerungsentwicklung im Kontext der wirtschaftlichen Situationen in England und insbesondere in Deutschland seit dem Mittelalter bis Ende des 18. Jahrhunderts. Als theoretisches Fundament der Studie dient dabei die prognostische Position des Geistlichen und Nationalökonomen Th. R. Malthus (1766-1834) zur Demografieentwicklung, die er in dem Werk "Essay on the Principle of Population" (1798) formuliert. Demnach wächst die Bevölkerung geometrisch, während die Nahrungsmittelproduktion nur arithmetisch zunimmt und es somit zwangsläufig zu einem entsprechenden allgemeinen Versorgungsengpass kommen muss. In einem ersten Schritt wird zunächst der historische Zusammenhang von Bevölkerungsentwicklung und Nahrungsspielraum dargestellt. Da in vorindustrieller Zeit Lebensmittel meist weit mehr als die Hälfte der Haushaltsbudgets ausmachen, ist der direkte Zusammenhang des jeweilig vorhandenen Nahrungsspielraums, der sich nicht zuletzt in den Preisen von Getreide bzw. Brot als dem mit Abstand wichtigsten Lebensmittel ausdrückt, mit dem Bevölkerungswachstum also als gegeben anzusehen. Man spricht in diesem Kontext von einem 'homöostatischen System', das zumindest tendenziell auf ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Bevölkerungsgröße und Nahrungsspielraum hinwirkt. In einem zweiten Schritt wird gezeigt, was sich daraus im Hinblick auf Wachstum und Lebensstandard in vorindustrieller Zeit ergibt. Demnach verhindert die Ständegesellschaft im Zusammenwirken mit den von Malthus aufgezeigten Gesetzmäßigkeiten, dass der Lebensstandard der unterständischen Schichten, die zumindest zeitweise die große Mehrheit der Gesellschaft darstellen, sich über die Jahrhunderte hinweg durchgreifend erhöht, obwohl die Produktivität der Wirtschaft bereits in vorindustrieller Zeit zunimmt. Es herrscht ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Bevölkerungsgröße und Nahrungsspielraum, das jedoch für die Unterschichten prekär ist, da es zumeist verknüpft ist mit latenter oder offener Unterbeschäftigung und einem Leben in der Nähe des Existenzminimums. Einen Wandel bringt hier erst die Industrielle Revolution. Am Schluss steht dann die Frage, wie eigentlich dieses Malthusianische System überwunden wird. Letztlich ist es wohl der durch die Industrialisierung im

weitesten Sinne bewirkte Anstieg der Kosten von Kindern - darunter auch Opportunitätskosten -, der zum säkularen Rückgang der Geburtenrate führt, zwar zunächst nicht durch Ehelosigkeit, aber durch innereheliche Geburtenkontrolle. So überwindet das Ineinandergreifen von Industrieller Revolution und Transformation des demographischen Regimes die Malthus'schen Gesetzmäßigkeiten und damit die anhaltende Existenznot der gesellschaftlichen Unterschichten schließlich und ermöglicht eine kumulative Erhöhung des Lebensstandards für die Masse der Bevölkerung. (ICG2)

[58-L] Clemens, Wolfgang:

Ältere Arbeitnehmerinnen in Deutschland: Erwerbsstrukturen und Zukunftsperspektiven, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie : Organ der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie, Bd. 39/2006, Nr. 1, S. 41-47 (URL: <http://springerlink.metapress.com/content/1435-1269/>)

INHALT: "Der Beitrag gibt eine Übersicht zu den Erwerbsstrukturen und Erwerbsbedingungen älterer Arbeitnehmerinnen in Deutschland. Auf Basis der Entwicklung von Erwerbsquoten, Arbeitslosigkeit und Arbeitsformen erwerbstätiger Frauen nach der Lebensmitte wird untersucht, wie sich Erwerbsstrukturen in dieser Lebensphase von Frauen darstellen. Weiter wird gefragt, welche Entwicklungstendenzen erkennbar sind und welche Bedeutung Erwerbstätigkeit im Kontext der Lebenslagen älterer Frauen hat. Außerdem werden die Auswirkungen sozialstaatlicher Regelungen auf den Ertrag weiblicher Erwerbsarbeit für die nachberufliche Lebensphase untersucht. Weiterhin werden die Beendigung der Erwerbsarbeit bzw. Formen der Verrentung sowie der Übergang in den 'weiblichen Ruhestand' thematisiert, ebenso die Frage nach der Zukunft der Erwerbsarbeit älterer Frauen im Zeichen des demographischen Wandels und der damit verbundenen Reduzierung des Arbeitskräftepotenzials." (Autorenreferat)

[59-L] Cornetz, Wolfgang; Schäfer, Holger:

Bessere Beschäftigungschancen für Ältere mit wachsender Bedeutung der Dienstleistungen?: ein deutsch-amerikanischer Vergleich, in: Gerhard Huber, Hagen Krämer, Heinz D. Kurz (Hrsg.): Einkommensverteilung, technischer Fortschritt und struktureller Wandel : Festschrift für Peter Kalmbach, Marburg: Metropolis-Verl., 2005, S. 403-424, ISBN: 3-89518-492-6

INHALT: Die Bedeutung und die Folgen des demografischen Wandels für Ökonomie und Arbeitsmarkt werden untersucht. Dabei wird gefragt, wie sich das Altern der Gesellschaft auf Wachstumsprozess und Arbeitsmarkt auswirkt, aber auch umgekehrt, welche Bedeutung die voraussichtliche Entwicklung der Wirtschaftsstruktur für die Arbeitsmarktchancen älterer Menschen hat. An Hand einer OECD-Studie von 2003 wird die Beschäftigungssituation der 55- bis 64-Jährigen in zehn OECD-Staaten vergleichend betrachtet. Die Risiken einer alternden Bevölkerung und die grundsätzlichen Bestimmungsgründe der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer werden herausgearbeitet. Dabei wird die jugendzentrierte Personalpolitik in Deutschland kritisiert, während gleichzeitig die Defizit-Hypothese des Alterns nicht belegt werden kann. Vor diesem Hintergrund wird der Strukturwandel unter den älteren Erwerbstätigen seit den 1990er Jahren im deutsch-amerikanischen Vergleich untersucht. Insgesamt besteht ein prinzipiell positiver Zusammenhang zwischen dem Umfang von Dienstleistungstätigkeiten und dem Beschäftigungsgrad Älterer, wie er in den USA bereits sichtbar wird. Er kann durch zielgerichtete politische und betriebliche Maßnahmen verstärkt werden. (IAB)

[60-L] Deutscher Gewerkschaftsbund Abt. Arbeitsmarktpolitik und Internationale Sozialpolitik (Hrsg.):

Deutschland braucht mehr Weiterbildung: Weiterbildung für Arbeitslose, in: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA), 2005, Nr. 10, 17 S.

(URL: http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_doks/w/weiterbildung.pdf)

INHALT: "Die derzeitigen Probleme des Staatshaushaltes und des Arbeitsmarktes dürfen nicht davon ablenken, dass über die Frage der zukünftigen Wettbewerbfähigkeit bereits heute entschieden wird. Deutschland lebt ausschließlich von dem Wissen seiner Menschen. Auf dem Feld der Bildung reifen die Früchte nur langsam, aber fehlende Investitionen rächen sich bitter. Bei den Fachkräften wird man in Zukunft nicht mehr aus dem Vollen schöpfen können. Verstärkt wird der Fachkräftemangel vor allem durch die demografischen Veränderungen. Bereits ab 2007 werden die geburtschwachen Jahrgänge in Ostdeutschland auf den Arbeitsmarkt treten, ab 2015 werden die geburtenstarken Jahrgänge von früher nach und nach in den Ruhestand eintreten. Mit ihnen gehen viele Fachkräfte, die ersetzt werden müssen. Vor allem muss vermieden werden, dass hohe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel zu einem doppelten Problem wird. Mit Bildung und Ausbildung kann man nicht früh genug beginnen. Doch die Misere auf dem Arbeitsmarkt ist nicht unabänderlich. Neben der Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere, einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen und der gesteuerten Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland sind vor allem zusätzliche Bildungsanstrengungen der Weg zum Erfolg. Der DGB Bundesvorstand hat dies in seinem Beschluss vom 5. Juli 2005 bekräftigt und zusätzliche Anstrengungen gefordert. Außerdem finden Sie weitere Hintergrundinformationen zur Weiterbildungssituation von Arbeitslosen. Die Bildungspotentiale von Arbeit Suchenden werden zu wenig aktiviert, auch dies kann eine schwere Hypothek für die Zukunft sein." (Autorenreferat)

[61-L] Dohmen, Dieter:

Zum volkswirtschaftlichen Schaden der unzureichenden vorschulischen Förderung in Deutschland oder warum die Frühförderung im demografischen Wandel an Bedeutung gewinnt, (FiBS-Forum, Nr. 29), Köln 2005, 18 S. (Graue Literatur;

URL: http://www.fibs-koeln.de/forum_029_kitafolgen.pdf)

INHALT: Der Beitrag erörtert den Zusammenhang zwischen dem demografischen Wandel und dem Bildungsbereich in der Bundesrepublik Deutschland angesichts sinkender Bildungsausgaben. Dabei zeigen die Ausführungen, dass die Folgen einer solchen Ausgabenpolitik für die langfristige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung katastrophal wären. Zur Verdeutlichung dieser Konsequenzen beginnt die Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung mit den Arbeitsmarktein- und -austritten von zwei Alterskohorten (20-25 Jahre, 60-65 Jahre) für den Zeitraum 2002 bis 2050. Hieran schließt sich eine Analyse der derzeitigen Entwicklungstrends im Bildungsbereich an. Diese sind geprägt durch Stagnation und Dequalifikation statt Höherqualifizierung. Auf dieser Grundlage erfolgt schließlich eine Darstellung der Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem. Dazu gehören (1) die Mobilisierung der Bildungspotentiale im frühkindlichen Bereich, (2) die Kosten und Nutzen höherwertiger Kita-Einrichtungen sowie (3) ein 12-Punkte-Plan zur Verbesserung des Bildungssystems. (ICG2)

[62-L] Emmerich, Knut; Konle-Seidl, Regina; Rhein, Thomas; Sproß, Cornelia:

Mehr und bessere Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer: ein realisierbares Ziel für Deutschland?, in: Cornelia Sproß; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Hrsg.): Beschäftigungsförderung älterer Arbeitnehmer in Europa, 2006, S. 237-249 (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: "In Deutschland sind ältere Arbeitnehmer im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen am Arbeitsmarkt unterrepräsentiert: Zum einen durch eine zu geringe Erwerbsbeteiligung und den frühzeitigen Austritt aus dem Arbeitsmarkt, zum anderen durch hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels nimmt die Beschäftigungsförderung und Integration Älterer in den Arbeitsmarkt eine immer wichtigere Stellung ein. Sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher Ebene zeigt sich aktueller Handlungsbedarf. Gleichzeitig verdeutlichen Projektionen, dass sich die Erwerbsbevölkerung in vielen Ländern so verändert, dass in Zukunft immer weniger Menschen im Erwerbsleben stehen, welche zugleich immer älter werden. Die Konsequenzen die sich daraus für den Arbeitsmarkt ergeben, kann man heute noch nicht eindeutig abschätzen. Wird jedoch nichts unternommen, so werden sich das Arbeitskräfteangebot und das Wirtschaftswachstum verringern als auch die Sozialausgaben ansteigen. Im Hinblick auf eine alternde Bevölkerung und deren Auswirkungen auf das Arbeitsangebot, öffentliche Finanzen und die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates müssen in Deutschland Ältere in den Arbeitsmarkt integriert werden. Unter diesen Rahmenbedingungen werden die Menschen zukünftig länger arbeiten müssen, um ein erhöhtes Angebot an Arbeitskräften zu realisieren." (Autorenreferat)

[63-F] Enste, Peter (Bearbeitung); Gerling, Vera, Dr. (Leitung):

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland

INHALT: Die demographischen Entwicklungstendenzen sind mit zahlreichen Herausforderungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. In dieser Diskussion wird mittlerweile mehrfach darauf hingewiesen, dass mit einer Alterung der Bevölkerung nicht nur Lasten, sondern auch Chancen für Wirtschaft und Arbeitsmarkt verbunden sind, wenn die Bedürfnisse und Interessen der älteren Generation vermehrt berücksichtigt werden. Die Vermögenssituation der älteren Bevölkerung spricht für das Wachstumsmodell. Trotz weiterhin bestehender Altersarmut kommt Reichtum im Alter mittlerweile häufiger als Armut im Alter vor, so dass die Wirtschaftskraft der älteren Generation nicht zu unterschätzen ist. Um dieses Potenzial nutzen zu können, müssen Angebote geschaffen werden, die sich speziell auf die Interessen und Bedürfnisse der älteren Generation konzentrieren. Hier ergibt sich ein breites Spektrum an Produkten und Dienstleistungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen wie z.B. Gesundheit, Tourismus- und Freizeitindustrie oder Immobilienwirtschaft. Außerdem ist, auch bedingt durch die zeitliche Ausweitung der Altersphase, zu erwarten, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Produktivität älterer Menschen zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Einerseits werden die Bedürfnisse und Interessen älterer Arbeitnehmer weiter zunehmen, denn es muss nach neuen Wegen in der Personalpolitik gesucht werden, jenseits der bisherigen jugendzentrierten Beschäftigungsstrategien, die auch Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer bieten. Andererseits wird durch die steigende nachberufliche Lebensphase auch die ehrenamtliche Tätigkeit einen Bedeutungszuwachs erfahren. In beiden Fällen gilt es, die Erfahrung und das Wissen älterer Menschen sinnvoll zu nutzen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die primären Aufgaben des Projektes sind die Planung, die Durchführung und die Dokumentation von drei Fachtagungen zum Thema "Wirtschaftliche und gesellschaftliche Potenziale älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland". Die Fachtagungen werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit der Sachverständigenkommission für den 5. Altenbericht der Bundesregierung veranstaltet. Sie richten sich an Fachpublikum und bauen inhaltlich aufeinander auf. Es werden explizit die ökonomischen und gesellschaftlichen Potenziale älterer Menschen in den Vordergrund gestellt. Folgende Themenschwerpunkte sind geplant: Tagung I - Wirtschaftliche Potenziale des Alters (5. Juli 2004); Tagung II - Seniorenwirtschaft: Produkte und Dienstleistungen für Ältere (6. Dezember 2004); Tagung III - Wirtschaftliche und gesellschaftliche Produktivität älterer Menschen (Frühjahr 2005). Der Aufbau der Tagungen erfolgt einem einheitlichen Muster. Das Ziel der Tagung besteht darin, mögliche Ansätze und Handlungsfelder aufzuzeigen, um somit den Entwicklungsprozess vom Defizitmodell des Alters zum Potenzialmodell positiv zu unterstützen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Tagungsdokumentationen unter: <http://www.ffg.uni-dortmund.de/Tagungsdokumentationen/>.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2004-04 *ENDE:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund (Evinger Platz 13, 44339 Dortmund)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0231-728488-12, e-mail: gerling@pop.uni-dortmund.de)

[64-L] Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten; Wagner, Gert G.:

Freiwilligenarbeit der älteren Bevölkerung in Europa: ehrenamtliches Engagement in Deutschland liegt im europäischen Mittelfeld, in: Wochenbericht / DIW Berlin : Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Jg. 73/2006, Nr. 10, S. 133-137 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00474; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Parallel zur Debatte um die demographische Alterung der Gesellschaft - häufig als wachsende 'Alterslast' interpretiert - ist in den vergangenen Jahren auch der Bedeutung produktiver Tätigkeitsfelder älterer Menschen nach ihrem Ausscheiden aus dem Beruf - und hier insbesondere dem Ehrenamt - zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auf Basis des 'Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe' (SHARE) ist das ehrenamtliche Engagement älterer Europäer in zehn Ländern untersucht worden. Bei einer durchschnittlichen Beteiligung der über Fünfzigjährigen an solchen Engagements von etwa 10 Prozent in Europa lassen sich erhebliche regionale Unterschiede beobachten; sie fallen besonders stark aus zwischen den Mittelmeerländern einerseits sowie Skandinavien und den Niederlanden andererseits. Der Anteil ehrenamtlich aktiver Älterer in Deutschland liegt dabei im europäischen Durchschnitt. Dies gilt auch für die Häufigkeit des Engagements: Knapp zwei Drittel der Aktiven geben an, fast jede Woche oder sogar häufiger freiwillige Arbeit zu leisten. Bei den in die Untersuchung einbezogenen Ländern zeigt sich, dass Personen mit einem höheren Bildungsstand häufiger ehrenamtlich aktiv sind als solche mit geringer Bildung. Mehr freie Zeit zieht indes nicht häufigere ehrenamtliche Tätigkeit nach sich, denn Rentner und andere nicht-erwerbstätige Ältere sind nicht aktiver als solche, die noch im Erwerbsleben stehen. Allerdings stellt die Bevölkerung im Alter von 55 bis 75 Jahren die größte Wachstumsgruppe im Bereich des freiwilligen Engagements dar. Dies gilt insbesondere dann, wenn man die Intensität des Engagements einbezieht. Senioren, die sich ehrenamtlich engagieren, wenden signifikant mehr Zeit für informelle produktive Tätigkeiten auf als Jüngere." (Autorenreferat)

[65-L] Fischer, Malte:

Die Bevölkerung schrumpft und wird immer älter: Folge: Der Wirtschaft droht aus Mangel an Arbeitskräften und Konsumkraft eine Dauerstagnation, in: Die Wirtschaftswoche, 2004, Nr. 22, S. 20-27

INHALT: Der Aufsatz beschreibt die demographische Entwicklung in Deutschland bis zum Jahre 2050 und stellt die Tendenzen in Beziehung zum Arbeitskräftepotential, zum Wirtschaftswachstum sowie zu der dadurch induzierten Konsumschwäche. Es wird ausgeführt, dass die notwendige Steigerung der Geburtenraten sowie ein Ausgleich des Arbeitskräftemangels durch massive Zuwanderung unrealistisch sind. Eine Zuwanderung von ca. 200.000 qualifizierter Arbeitskräfte pro Jahr dagegen wird für ausreichend erachtet, um einen Rückgang des Wirtschaftswachstums zu vermeiden. Als weitere Maßnahmen werden empfohlen: Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit, verstärkter Einsatz von Robotern und technischen Hilfsmitteln sowie Erhöhung der Produktivität. (IAB)

[66-L] Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris; Weber, Brigitte:

Konsequenzen des demographischen Wandels für den Arbeitsmarkt der Zukunft, in: Bernhard Frevel (Hrsg.): Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 122-138, ISBN: 3-531-14228-3

INHALT: Eine wesentliche Determinante für das Einkommen und den Wohlstand einer Volkswirtschaft ist die von der Bevölkerung bereitgestellte Menge an Arbeitskraft, das Arbeitsangebot. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die künftig zu erwartenden Veränderungen beim Arbeitskräfteangebot. Es werden der Rückgang und die Alterung des Arbeitskräftepotenzials quantifiziert und darüber hinaus geht es um die Frage, wie wahrscheinlich diese Entwicklungen sind. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich die demografische Entwicklung auf den betrieblichen Bedarf an Arbeitskräften auswirkt. Eingegangen wird auch auf den befürchteten Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, den die Alterung der Arbeitskräfte nach sich ziehen könnte. Einige der angesprochenen Probleme, die im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel auf den Arbeitsmarkt zukommen, lassen sich mit dem Stichwort Fachkräftemangel zusammenfassen. Es werden die Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt, die in der Erschließung heimischer Personalreserven liegen. Fazit: Wenn die wirtschaftliche Produktivität gesteigert werden muss, um die veränderten Arbeitsressourcen auszugleichen, so wird Bildung einen anderen Stellenwert genießen müssen. Langfristig wird auch die Bedeutung von Zuwanderung zunehmen. Nachdem fast alle entwickelten Länder den gleichen demografischen Trends unterworfen sind, wird sich die westliche Welt darauf einstellen müssen, dass der grenzüberschreitende Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte zunehmen wird. Um möglichst attraktiv für die Qualifiziertesten zu sein, bedarf es einer gezielten Zuwanderungspolitik, die 'einen langen Atem' beweist. (IAB)

[67-L] Fuchs, Johann; Walwei, Ulrich:

Konsequenzen der Demographie für Arbeitsmarkt und Qualifikation, in: Georg Milbradt, Johannes Meier; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Die demographische Herausforderung - Sachsens Zukunft gestalten, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung, 2004, S. 100-120, ISBN: 3-89204-793-6

INHALT: "Dieser Beitrag beschäftigt sich mit vorliegenden längerfristigen Arbeitsmarktprojektionen. Im Mittelpunkt steht dabei der Rückgang des Erwerbsspersonenzpotenzials, also der Zahl

der den Betrieben zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte; thematisiert wird insbesondere auch deren sich abzeichnende Alterung. Wir gehen außerdem der Frage nach, wie viele Arbeitskräfte in absehbarer Zukunft überhaupt gebraucht werden. Abschließend werden Möglichkeiten diskutiert, einem potenziellen Fachkräftemangel durch die Erschließung von Personalreserven entgegenzuwirken. Eine besondere Rolle wird dabei der Qualifizierung und möglichen Bildungsstrategien zukommen." (Autorenreferat)

[68-L] Fuchs, Johann:

Tickt sie, die demografische Zeitbombe?: aktuelle Daten und Fakten zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, in: Arbeit : Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Jg. 14/2005, H. 4, S. 261-274 (Standort: USB Köln(38)-XG07322; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die bekannten demografischen Trends hinterlassen beim Arbeitskräfteangebot deutliche Spuren: Während in den kommenden 10 bis 15 Jahren noch mit einem nur leicht rückläufigen Arbeitskräftepotenzial zu rechnen ist, nimmt es danach derart ab, dass weder eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen oder Älteren noch Zuwanderung im 'normalen' Umfang diesen Trend kompensieren können. Vor allem werden künftig jüngere Arbeitskräfte fehlen. Auch die Arbeitskräftenachfrage wird von Bevölkerungsrückgang und Alterung berührt, die Effekte sind jedoch vergleichsweise unsicher und werden durch andere Faktoren, z.B. Globalisierung, weitgehend überlagert. Relativ sicher dürfte sein, dass sich die Struktur der Arbeitskräftenachfrage im Kontext einer sich wandelnden Wirtschaftsstruktur ändern wird. Alles in allem werden beide Marktseiten künftig näher beisammen liegen, aber gleichzeitig nehmen die strukturellen Probleme zu, die sich aufgrund der widersprechenden Tendenzen von Anforderungen und angebotenen Qualifikationen ergeben. Die demografischen Trends werden am Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Erstens wird mit abnehmender Bevölkerungszahl die Zahl der arbeitsfähigen Menschen zurückgehen. Zweitens führt eine 'alternde' Bevölkerung zu einem höheren Altersdurchschnitt der Arbeitskräfte. Damit werden in Zukunft immer weniger arbeitsfähige Menschen immer mehr ältere, nicht mehr arbeitsfähige Menschen ernähren müssen. Befürchtet werden ein Fachkräftemangel und ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, der in einer Pro-Kopf-Betrachtung sogar einen Wohlstandsverlust bedeuten könnte. Im Folgenden werden aktuelle Prognosen des Arbeitskräfteangebots und des Arbeitskräftebedarfs dargestellt und hinterfragt. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich darüber hinaus mit den Möglichkeiten zum Gegensteuern. Die künftig zu erwartenden Veränderungen des Arbeitskräfteangebots stehen im Mittelpunkt von Kapitel 2. Es werden der Rückgang und die Alterung des Arbeitskräftepotenzials quantifiziert und außerdem wird diskutiert, wie wahrscheinlich diese Entwicklungen sind. Kapitel 3 behandelt die Frage, wie sich die demografische Entwicklung auf den betrieblichen Bedarf an Arbeitskräften, also die Zahl und die Struktur der Arbeitsplätze, auswirken könnte. Abschließend werden beide Marktseiten in einer Gesamtschau betrachtet." (Textauszug)

[69-L] Fuchs, Johann:

Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Arbeitskräftepotenzial, in: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hrsg.): Demographischer Wandel - Auswirkungen auf das Handwerk, Duderstadt: Mecke, 2005, S. 25-51, ISBN: 3-936617-42-2

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Rückgang des Arbeitskräftepotenzials, d.h. der Zahl der den Betrieben insgesamt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, wobei die Alterung des Arbeitskräftepotenzials im Mittelpunkt steht. Der künftige Bedarf an Arbeitskräften wird untersucht, insbesondere wie viele und welche Arbeitskräfte in Zukunft beschäftigt werden können, und es werden die Möglichkeiten diskutiert, einem potenziellen Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Dabei wird auch der Umfang, mit dem insbesondere die Alterserwerbstätigkeit zunehmen kann, ansatzweise quantifiziert. Die Analysen zeigen, dass die Grenzen der Erschließung bzw. der Aktivierung heimischer Personalreserven, vor allem von Frauen und Älteren, eng gesetzt sind. Nur mit einem Bündel an Maßnahmen wird es gelingen, die demografische Herausforderung zu meistern, und langfristig wird auch die Bedeutung von Zuwanderung zunehmen. Fast alle entwickelten Länder sind den gleichen demografischen Trends unterworfen, und die westliche Welt wird sich darauf einstellen müssen, dass der grenzüberschreitende Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte zunehmen wird. In diesem Zusammenhang wird für eine Politik des lebenslangen Lernens plädiert, die auf den Ausbau des Systems der Fort- und Weiterbildung und auf die Qualifizierung der mittleren und älteren Jahrgänge zielen sollte. (IAB)

[70-L] Fuchs, Johann:

Fachkräftemangel und demographischer Wandel: Möglichkeiten und Grenzen der Aktivierung heimischer Personalreserven, in: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hrsg.): Fachkräftesicherung im Handwerk vor dem Hintergrund struktureller Wandlungen der Arbeitsmärkte, Duderstadt: Mecke, 2003, S. 83-117, ISBN: 3-936617-08-2 (Standort: BSB München(12)-2003.18754)

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit den längerfristigen Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung und dem Rückgang des Arbeitskräftepotenzials, insbesondere im Hinblick auf die Alterung der Erwerbsbevölkerung. Dabei wird auf aktuelle Projektionen des Bedarfs an Arbeitskräften eingegangen. Abschließend werden Möglichkeiten diskutiert, wie man einem Arbeitskräftemangel entgegenwirken könnte. Im Mittelpunkt dieser Diskussion steht die Aktivierung heimischer Personalreserven. (IAB2)

[71-L] Fuchs, Johann:

Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt, (Diskussionspapier / Bielefeld 2000plus, Nr. 22), Bielefeld 2001, 19 S. (Standort: IAB-90-ODE0-223300 BM 801; Graue Literatur)

INHALT: "Der Beitrag beschäftigt sich mit den längerfristigen Perspektiven und behandelt den sehr wahrscheinlichen Rückgang des sogenannten Arbeitskräftepotenzials. (Das Arbeitskräftepotenzial, auch Erwerbspersonenpotenzial, umfasst Erwerbstätige, Arbeitslose und die Personen der sogenannten Stillen Reserve. Es repräsentiert die Zahl der den Betrieben insgesamt zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte). Die aus Sicht des Autors größere Herausforderung ist allerdings weniger der Rückgang als vielmehr die Alterung des Arbeitskräftepotenzials. Sie wird deshalb in einem eigenen Abschnitt dargestellt. Um die Analyse zu komplementieren wird kurz auf die Projektionen des Bedarfs an Arbeitskräften eingegangen. Abschließend werden Möglichkeiten diskutiert, einem potenziellen Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken." (Autorenreferat)

[72-L] Gerster, Florian:

Arbeit ist für alle da: neue Wege in die Vollbeschäftigung, München: Propyläen 2003, 240 S., ISBN: 3-549-07180-9

INHALT: "In der Lösung der akuten Arbeitsmarktprobleme Deutschlands liegt der Schlüssel für die Zukunft unseres Sozialstaats. Daher ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur für die Betroffenen, sondern für die Gesellschaft insgesamt von höchster Priorität. Warum steht Deutschland nach Jahrzehnten des Wirtschaftswunders, der Vollbeschäftigung und des Exportbooms heute so schlecht da? Welche strukturellen Besonderheiten prägen den deutschen Arbeitsmarkt? Welche Perspektiven hat unsere Erwerbsgesellschaft im Zeichen von europäischer Integration und Globalisierung? Welche Rolle spielt der demografische Faktor, das heißt die Überalterung und der Rückgang der Bevölkerung? Wie lassen sich aus der Krise neue Wege in die Vollbeschäftigung beschreiten? Der Autor entwirft über die unmittelbar notwendigen Reformschritte hinaus langfristige Perspektiven für die Modernisierung des deutschen Arbeitsmarkts. Sein Fazit: Arbeit ist für alle da, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung und damit zur Sicherung unseres Wohlstands ist machbar." (Autorenreferat)

[73-L] Henke, Christina:

Zur Berechnung des Humankapitalbestands in Deutschland, in: IW-Trends : Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 32/2005, H. 1, S. 3-15 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends01-05-1.pdf>)

INHALT: "Trotz der zunehmenden Bedeutung eines hohen Humankapitalbestands für die technologische Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft liegen bisher kaum Daten zum Humankapitalvermögen in Deutschland vor. Die wenigen vorhandenen Studien basieren zudem häufig nur auf den direkten Ausbildungskosten. Aber auch die indirekten Kosten in Form von entgangenem Einkommen sind ein wichtiger Bestandteil der Bildungskosten und daher in die Messung des Humankapitalbestands mit einzubeziehen. Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, dass der reale Humankapitalstock der voll erwerbstätigen Personen in Deutschland im Untersuchungszeitraum 1992 bis 1999 kaum angestiegen ist. Im Verhältnis zum Sachkapitalstock ergibt sich keine Humankapitalintensivierung des Produktionsprozesses in Deutschland. Zudem fand eine Strukturverschiebung von niedrig zu hoch qualifizierten Arbeitskräften statt." (Autorenreferat)

[74-L] Jagoda, Bernhard:

Auswirkung der demographischen Entwicklung auf Ausbildung und Beschäftigung, in: Demographische Entwicklung : eine Herausforderung für die Berufsbildung im Handwerk ; Dokumentation der Fachtagung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks am 25. und 26. Juni 2001 in Berlin, 2001, S. 25-36 (Standort: UB Bremen(46)-01h8352; Graue Literatur)

INHALT: Dargestellt wird die herausragende Rolle des Handwerks auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt. So sind ein Viertel der Unternehmen in Deutschland Handwerksbetriebe, die rund sechs Millionen Menschen beschäftigen. Zudem stellt das Handwerk fast 40 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Im Folgenden geht der Autor auf die Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Handwerk ein. Als problematisch erweist sich der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials ab dem Jahr 2020. Die Erwerbspersonen werden

zunehmend älter sein. Neben der Berufsausbildung wird deshalb dem lebenslangen Lernen eine wachsende Bedeutung zukommen. Die Qualifikation wird zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor auf dem Arbeitsmarkt, da die Arbeitsplätze im Trend immer anspruchsvoller werden. Dies wird anhand einer Projektion 'Arbeitslandschaft 2010' des IAB und der Prognos AG belegt. So werden in Zukunft vor allem hochqualifizierte Dienstleistungen gefragt sein. Daraus ergeben sich auch neue Herausforderungen für die Arbeitgeber. Um den Fachkräftenachwuchs zu sichern, müssen mehr Unternehmen als bisher Ausbildungsplätze anbieten. Hierzu tragen auch die Ausbildungsoffensiven der Bundesanstalt für Arbeit bei, welche abschließend beschrieben werden. (IAB)

[75-L] Kaack, Ingrid:

Gründungen und Schließungen in Deutschland: ein Konzept zur demografischen Auswertung des Unternehmensregisters, (Statistische Analysen und Studien NRW, Bd. 28), Düsseldorf 2006, S. 3-12 (Graue Literatur; URL: http://www.lds.nrw.de/statistik/datenangebot/analysen/statstudien/2006/band_28/kaack_1_28_2006.pdf)

INHALT: "In Deutschland existieren schon einige Datenquellen, die Auswertungen zum Gründungs- und Schließungsgeschehen erlauben - zu nennen sind beispielsweise die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit, die amtliche Gewerbeanzeigenstatistik oder auch das Mannheimer Gründungspanel des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. Mit dem Unternehmensregister verfügt die amtliche Statistik über eine zusätzliche Informationsquelle zu demografischen Ereignissen. Den Anstoß zur Ermittlung von Daten zum Gründungs- und Schließungsgeschehen in Deutschland liefert ein Projekt, das vor einigen Jahren von Eurostat initiiert wurde: Dieses Projekt zur Unternehmensdemografie verfolgt das Ziel, durch eine ex ante-Standardisierung sowohl der Datenbasis als auch der Auswertungsmethoden vergleichbare Zahlen für alle EU-Mitgliedstaaten zu ermitteln. Im Anschluss an diese Einleitung gibt das erste Kapitel einen kurzen Überblick über das Unternehmensregister. Das zweite Kapitel definiert die im Zusammenhang mit Gründungen und Schließungen relevanten demografischen Ereignisse. Daraufhin wird die Vorgehensweise bei der Auswertung des Unternehmensregisters näher beschrieben. Abschließend erfolgt ein Vergleich der von der amtlichen Statistik verwendeten Methoden und Abgrenzungen mit denen der eingangs erwähnten anderen Datenquellen zum Gründungs- und Schließungsgeschehen in Deutschland. Das dritte und letzte Kapitel zieht ein kurzes Resümee und gibt einen Ausblick für die Zukunft." (Autorenreferat)

[76-L] Kocher, Eva:

Das europäische Recht zur Altersdiskriminierung: Konsequenzen für das deutsche Arbeitsrecht, in: Arbeit : Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Jg. 14/2005, H. 4, S. 305-321 (Standort: USB Köln(38)-XG07322; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mit einem erweiterten, menschenrechtlich begründeten Antidiskriminierungsrecht wird der Ausschluss älterer ArbeitnehmerInnen aus dem Erwerbsleben auch rechtlich problematisch. Das künftig für das deutsche Arbeitsrecht geltende Verbot der Altersdiskriminierung verlangt, dass jede Anknüpfung arbeitsrechtlicher Regelungen an das Alter sachlich begründet sein muss. Damit unterstützt das Diskriminierungsverbot den 'Paradigmenwechsel' vom Leitbild des lebenslang unbefristet bei einem einzigen Arbeitgeber beschäftigten Voll-

zeit-Arbeitnehmers zum Leitbild des/ der zeitlich und örtlich flexiblen Beschäftigten. Eine ganze Reihe von Regelungsmustern, die bisher im deutschen Arbeitsrecht selbstverständlich waren, wird künftig nicht mehr zu halten sein. So kann einerseits Alter nicht mehr generell als Indiz für schwindende Leistungsfähigkeit und geringere Flexibilität verwendet werden; andererseits werden sich Senioritätsrechte nur noch in bestimmten Fällen mit Qualifikationssteigerungen begründen lassen. Aber auch jede Entschärfung der Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze zu Gunsten jüngerer Generationen ist künftig diskriminierungsrechtlich problematisch, wenn sie mit formalen Altersgrenzen oder dem allgemein formulierten Ziel der Schaffung einer bestimmten Altersstruktur arbeitet." (Autorenreferat)

[77-F] Kurz, Beate, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Scherl, Hermann, Prof.Dr. (Leitung):

Interpersonelle Verteilung und Konzentration von Arbeitslosigkeit in Deutschland über längere Zeiträume

INHALT: Wie verteilen sich Betroffenheit und kumulierte Arbeitslosigkeitsdauern in längerfristiger Betrachtung? Zwischenergebnis: Unter den männlichen westdeutschen Arbeitnehmern der Geburtsjahrgänge 1925-1930 mit durchgehender Erwerbslaufbahn: waren im Zeitraum von 1955-1995 54% nie arbeitslos; 50% aller von diesen Geburtsjahrgängen absolvierten Arbeitslosigkeitstage konzentrieren sich auf 10% der männlichen Arbeitnehmer dieser Jahrgänge. *ZEITRAUM:* 1955-1995 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Westdeutschland

METHODE: Auswertung der IAB-Beschäftigtenstichprobe - Ergänzungsteil I *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Individualdaten (Stichprobe: 9.870; Westdeutsche Männer der Geburtsjahrgänge 1925-1930 mit durchgehender Erwerbs-Laufbahn als sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer; Herkunft der Daten: IAB-Beschäftigtenstichprobe; Auswahlverfahren: Zufall).

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Kurtz, Beate: Kumulation und Konzentration von Arbeitslosigkeit in längerfristiger Betrachtung. Diplomarbeit. Nürnberg 2000.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 1999-12 *ENDE:* 2000-04 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Professur für Sozialpolitik (Postfach 3931, 90020 Nürnberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0911-5302-640)

[78-L] Mehlich, Michael:

Junge Alte - Arbeitslos in Deutschland, in: Bernd Seeberger, Angelika Braun (Hrsg.): Wie die anderen altern : zur Lebenssituation alter Menschen am Rande der Gesellschaft, Frankfurt am Main: Mabuse Verl., 2003, S. 207-220, ISBN: 3-935964-09-9 (Standort: UuStB Köln(38)-30A4376)

INHALT: "Arbeitslosigkeit älterer Menschen gilt als Übergangstation zur Rente. Die mit dem sogenannten 'Vorruhestand' gleichgesetzte Zeit der Arbeitslosigkeit wird im Bild der Allgemeinheit eher positiv, angenehm bis beneidenswert angesehen und weniger mit den negativen Folgen der Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht. Angesichts unverändert hoher Arbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung deutet sich in der gegenwärtigen arbeitsmarktpolitischen Debatte ein Wandel an. Galten ältere Arbeitslose bisher als unvermittelbar auf

dem Arbeitsmarkt, stehen sie in jüngster Zeit verstärkt im Visier der politischen Konzepte und Strategien für eine Reduzierung der Arbeitslosenzahlen und für eine mögliche Wiedereingliederung in das Erwerbsleben. Was sind die Hintergründe dieser Veränderungen und wie wirken sie sich auf die Lebenssituation der betroffenen älteren Arbeitslosen aus? Stimmt das Bild des zufriedenen Vorruhestandlers in der Warteposition zur Rente ohne Ambitionen auf einen neuen Arbeitsplatz mit der Wirklichkeit der betroffenen Arbeitslosen überein? Was kennzeichnet die Lebenssituation älterer Arbeitsloser im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlich gewünschter stärkerer Erwerbsbeteiligung Älterer und einem nahezu verschlossenen Arbeitsmarkt für ältere Menschen? Der Autor möchte die wichtigsten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ältere Arbeitslose in Deutschland nachzuzeichnen versuchen und anhand einiger relativ aktueller Untersuchungen der Erwerbslosigkeitsforschung ihre gegenwärtige Lebenssituation möglichst differenziert zu betrachten. Am Ende steht ein kurzer Ausblick, welche Bedeutung dieser Blickwinkel in der aktuellen Diskussion über eine stärkere Erwerbsbeteiligung älterer Menschen einnimmt." (Autorenreferat)

[79-F] Merz, Monika, Prof.Ph.D. (Leitung):

Fertilitäts- und Arbeitsmarktverhalten von Frauen in Deutschland: die Rolle finanzieller Anreize (Teilprojekt P11 im Rahmen des Gesamtprojekts "Flexibilisierungspotenziale bei heterogenen Arbeitsmärkten")

INHALT: Die empirische Evidenz zum Fertilitäts- und Arbeitsmarktverhalten von Frauen in Industrieländern suggeriert, dass sowohl in der zeitlichen Entwicklung als auch bei der Betrachtung verschiedener sozioökonomischer Gruppen von Frauen zu einem Zeitpunkt ein negativer Zusammenhang zwischen den beiden Variablen besteht. Die Beobachtungen für Deutschland gelten als Ausnahme von dieser empirischen Regelmäßigkeit, weil hier sowohl die Fertilität als auch die geleisteten Arbeitsstunden seit Anfang der 1970er stetig gesunken sind. Dadurch ergibt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Fertilität und Arbeitseinsatz. Das vorliegende Projekt basiert auf der Hypothese, dass das Fertilitäts- und Arbeitsmarktverhalten von Frauen in Deutschland als Resultat eines bewussten Entscheidungskalküls der Betroffenen gesehen werden kann. Diese Hypothese betrachtet Frauen als nutzenmaximierende Personen, die in ihrem Verhalten auf wirtschaftliche Anreize reagieren. Solche Anreize können vom Steuer- und Sozialversicherungssystem, von staatlichen Transferleistungen in Form von Kinder- oder Erziehungsgeld, von den gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit oder den Kosten der Kinderbetreuung ausgehen. Auch legt die ökonomische Theorie nahe, dass das Ergebnis des Entscheidungsprozesses wesentlich vom Familienstand, dem Familieneinkommen und dem Ausbildungsniveau der Betroffenen abhängt. Ziel dieses Projekt ist es, diese Zusammenhänge zu analysieren und zu quantifizieren. Dies geschieht in einem empirischen und einem modell-theoretischen Teil, dient als Grundlage für den modell-theoretischen Teil. In diesem werden geeignete dynamische allgemeine Gleichgewichtsmodelle formuliert, die sich als Labor für computergestützte Politikexperimente eignen. Mit Hilfe solcher Experimente soll der Beitrag einzelner Variablen zur Erklärung der Beobachtungen quantifiziert werden." (Autorenreferat) *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Der empirische Teil basiert auf dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes und auf dem Sozioökonomischen Panel. Er umfasst eine umfangreiche Dokumentation und statistische Auswertung der Fakten für die Bundesrepublik und dient als Grundlage für den modell-theoretischen Teil. In diesem werden geeignete dynamische allgemeine Gleichgewichtsmodelle formuliert, die sich als Labor für computergestützte Politikexperimente eig-

nen. Mit Hilfe solcher Experimente soll der Beitrag einzelner Variablen zur Erklärung der Beobachtungen quantifiziert werden.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bonn, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Institut für Internationale Wirtschaftspolitik (Lennéstr. 37, 53113 Bonn)

KONTAKT: Leiterin (Tel. 0228-73-9519, Fax: 0228-73-7953, e-mail: monika.merz@uni-bonn.de)

[80-L] Oberndorfer, Ulrich; Steiner, Viktor:

Generationen- oder Parteienkonflikt?: eine empirische Analyse der deutschen Hochschulausgaben, (DIW Diskussionspapiere, 603), Berlin 2006, 25 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere/docs/papers/dp603.pdf>)

INHALT: "In diesem Beitrag wird auf der Basis von Paneldaten für die westdeutschen Bundesländer untersucht, ob und in welchem Maße der demographische Wandel sowie die unterschiedlichen politischen Parteienkonstellationen die Hochschulausgaben auf Länderebene beeinflussen. Wir finden empirische Evidenz für die Hypothese, dass die Hochschulausgaben negativ von der Bevölkerungsalterung abhängen, allerdings hängt dieses Ergebnis von der Spezifikation der Demographie-Variablen ab. In einer Spezifikation finden wir eine statistisch signifikante Elastizität der Hochschulausgaben bezüglich der Bevölkerungsalterung von größer als -1. Die geschätzten Effekte unterschiedlicher parteipolitische Konstellationen auf die Hochschulausgaben sind robust bezüglich alternativer Schätzverfahren sowie Spezifikationen der Demographie-Variablen. Allerdings entsprechen diese nicht der klassischen Partisanentheorie, nach der Parteien des linken Spektrums zu höheren Staatsausgaben neigen. Nach unseren Schätzergebnissen sind Regierungszeiten mit bürgerlichen Konstellationen sowie der Großen Koalition auf Länderebene mit höheren Hochschulausgaben verbunden als jene von SPD-Alleinregierungen. Hauptgrund hierfür dürfte eine Klientelpolitik der Parteien sein, wenn man unterstellt, dass etwa bürgerliche Parteien ihre Wählerschaft vornehmlich aus den Schichten rekrutieren, die tendenziell hohe Hochschulausgaben unterstützen." (Autorenreferat)

[81-L] Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD- (Hrsg.):

Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland, Paris 2005, 64 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/62/12/35796774.pdf>)

INHALT: "Die OECD führt zur Zeit auf Wunsch mehrerer Mitgliedstaaten eine Reihe von Länderstudien zur Arbeitsmarktintegration von Migranten und ihrer Kinder durch. Nach einem Bericht im Jahr 2004 über die Situation in Schweden ist Deutschland das zweite untersuchte Land. Weitere Studien über Australien und Frankreich werden zur Zeit durchgeführt. In 2006 und 2007 sind Länderberichte über Dänemark, die Niederlande, Norwegen, das Vereinigte Königreich und eventuell die Schweiz vorgesehen. Zu diesem Themenbereich veranstaltete die OECD zudem vor kurzem gemeinsam mit der Europäischen Kommission ein Seminar 'Migrantinnen und der Arbeitsmarkt: Diversität und Herausforderungen' (26.-27. September 2005 in Brüssel). Hintergrund dieses Projekts ist, dass Zuwanderung in vielen Ländern in Verbindung mit anderen Maßnahmen als ein Weg angesehen wird, die negativen Konsequenzen des demographischen Wandels zu mindern. Damit dies in der Zukunft eine praktikable

Politikoption sein kann, ist es erforderlich, dass die gegenwärtigen Immigranten - von denen viele erst vor kurzem zugewandert sind -, ihre Kinder und zukünftige Zuwanderer in die Gesellschaften der OECD-Länder auf irgendeine Weise 'integriert' werden. Da ein erheblicher Teil der Bevölkerung Immigranten sind (in Deutschland mehr als 12 Prozent), ist deren Integration und die Integration ihrer Kinder auch ein entscheidender Faktor für den sozialen Zusammenhalt. Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf ein zentrales Element der Integration: die Arbeitsmarktintegration. Damit ist gemeint, dass Zuwanderer im Laufe der Zeit - da sie zunehmend die Sprache des Empfangslandes erlernen und Arbeitserfahrung erlangen - ähnliche Arbeitsmarktergebnisse erzielen wie die übrige Bevölkerung. Da die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Immigranten ein zentrales Politikanliegen ist, wird ihre Erwerbstätigkeit als wichtigster Integrationsindikator angesehen. Die Themen, die in diesem Bericht behandelt werden, wurden in verschiedenen Missionen in Deutschland im Juli und Oktober 2004 identifiziert. Im Rahmen dieser Missionen traf die OECD-Delegation mit einigen zentralen Akteuren und Institutionen im Bereich der Integration auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zusammen. Der Bericht beginnt mit einer Erläuterung des Studiendesigns und des deutschen Ansatzes im Hinblick auf die Integration. Dieser einführende Teil umfasst auch eine Beschreibung des institutionellen Rahmens sowie die Identifikation der wichtigsten Zuwanderergruppen. Anschließend erfolgt eine Analyse der zentralen Problemfelder, welche die Arbeitsmarktergebnisse von Personen mit Migrationshindergrund - inklusive der Kinder von Migranten beeinflussen. Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung und einer Reihe von Empfehlungen." (Autorenreferat)

[82-L] Organisation for Economic Co-operation and Development -OECD- (Hrsg.):
Alterung und Beschäftigungspolitik: Deutschland, Paris: OECD 2005, 187 S., ISBN: 92-64-01405-5

INHALT: "Angeichts der rasch fortschreitenden Bevölkerungsalterung und des Trends zum vorzeitigen Arbeitsmarktrückzug muss für bessere Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen gesorgt werden. Über die Notwendigkeit einer Reform der Rentensysteme und der Vorruhestandsregelungen wurde bereits viel gesagt, die bisherigen Maßnahmen sind jedoch u.U. unzureichend, um die Beschäftigungsquoten der älteren Arbeitskräfte deutlich anzuheben oder das Risiko künftiger Arbeitskräfteverknappungen einzudämmen. Regierungen ebenso wie Unternehmen werden aktive Maßnahmen ergreifen müssen, um die Lohnfindungsmechanismen auf eine alternde Erwerbsbevölkerung abzustimmen, um zu verhindern, dass andere Sozialtransfersysteme als alternative Wege in die Frührente genutzt werden, um Altersdiskriminierung zu bekämpfen und um die Arbeitsplatzkompetenzen und Arbeitsbedingungen der älteren Arbeitskräfte zu verbessern. Außerdem müssen die älteren Arbeitskräfte selbst ihre Einstellung zu einem längeren Verbleib im Erwerbsleben und zur Aneignung neuer Kompetenzen ändern. Es ist nur wenig darüber bekannt, was die Länder in diesem Bereich unternehmen bzw. unternehmen sollten." (Autorenreferat)

[83-L] Promberger, Markus; Bender, Stefan:
Altern und Erwerbsarbeit: zu wenig Ältere in deutschen Betrieben, in: Arbeit und Beruf : Fachzeitschrift für die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit, Jg. 57/2006, Nr. 5, S. 133-136 (Standort: USB Köln(38)-MHaa01386; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die deutsche Gesellschaft ist unbestrittenermaßen eine 'aging society'. Welche Auswirkungen dies auf die Beschäftigung in den Betrieben hat, ist allerdings erst in Ansätzen erforscht. Fest steht, dass sich der Alterungstrend der Gesamtbevölkerung unter den tatsächlich Erwerbstätigen bislang nicht entsprechend widerspiegelt. Die Europäische Kommission und die OECD haben wiederholt auf die vergleichsweise geringe Erwerbsbeteiligung Älterer Paragraph in Deutschland hingewiesen. Der Trend zu 'jungen' Belegschaften scheint zumindest bislang in der deutschen Wirtschaft ungebrochen zu sein. Ob und warum beschäftigen deutsche Betriebe so wenig bzw. zu wenig Ältere? Einige gängige Vorstellungen dürften sich bei genauerem Hinsehen zumindest als revisionsbedürftig erweisen. Für die altersspezifische Personalpolitik vieler deutscher Betriebe gibt es nämlich durchaus auch 'rationale' Gründe. Nicht alles hat mit hergebrachten Auffassungen wie der 'abnehmenden Leistungsfähigkeit' zu tun." (Autorenreferat)

[84-L] Schneider, Hilmar; Stein, Dieter:

Personalpolitische Strategien deutscher Unternehmen zur Bewältigung demografischer bedingter Rekrutierungsengpässe bei Führungskräften, (IZA Research Report, No. 6), Bonn 2006, 48 S. (Graue Literatur; URL: http://www.iza.org/ProductFunctions/publication/reports/mp_entries/1139923279.54/dokumentFile/IZA6.pdf)

INHALT: Der bevorstehende demografische Wandel in der Bundesrepublik Deutschland stellt eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die unternehmerische Personalpolitik dar. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie von 2005 in Form einer Unternehmensbefragung das Problembewusstsein und mögliche Lösungsstrategien. Im Durchschnitt ist kurzfristig - d.h. innerhalb der nächsten fünf Jahre - von einem weitgehend gleich bleibenden Bedarf der Unternehmen an Führungskräften auszugehen. Langfristig sehen sich über drei Viertel der befragten Unternehmen vom demografischen Trend betroffen, wenn auch eher durchschnittlich. Ein knappes Viertel von ihnen sieht sogar größere Probleme auf sich zukommen. Als Lösungsalternativen werden vier personalpolitische Vorgehensweisen beschrieben: (1) Verlängerte Beschäftigung von älteren Managern, (2) Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, (3) verstärkte Nachwuchsförderung sowie (4) Erhöhung des Anteils ausländischer Führungskräfte. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die sich abzeichnenden demografischen Probleme zwar einerseits gravierend, andererseits aber durchaus lösbar sind. Ihre Bewältigung setzt jedoch voraus, dass die Weichenstellungen möglichst frühzeitig vorgenommen werden. Wenn die Probleme einmal in der Gegenwart angekommen sind, ist es für eine kurzfristige Korrektur zu spät. (ICG2)

[85-L] Sozialverband VdK Deutschland e.V. Landesverband Bayern (Hrsg.):

Medizinstudium mit 60?: Antworten auf Alterung und Rückgang in den Gesundheitsberufen ; VdK-Forum, Evangelische Akademie Tutzing, 11./12. Februar 2004, München 2004, 80 S. (Standort: IAB-96-220-70 BP 842; Graue Literatur)

INHALT: Das VdK-Forum 2004 beschäftigte sich mit der Frage, welche Herausforderungen die Alterung der Gesellschaft insbesondere an das Gesundheitswesen stellt. Steigende Lebenserwartung und zunehmende Produktivität im Alter fordern eine höhere Eigenverantwortung der Patienten bis hin zum Erwerb medizinischer Qualifikationen. Inhaltsverzeichnis: Albrecht Engel: Begrüßungsrede; Walter Hirrlinger: Gesundheitliche Qualifizierung der Älteren: Angebote und Beiträge des Sozialverbandes VdK Deutschland zu einer demographiegerechten

Gesundheitsversorgung; Jan Schulze: Mehr Gesundheitsversorgung mit weniger Mediziner? Anmerkungen zur Alterung und zum Rückgang bei Ärztinnen und Ärzten; Norbert Walter: Eine Weltmehrheit der Älteren entsteht in den Entwicklungsländern: Globale Alterung der Bevölkerungen erzwingt neue Wege der Gesundheitsversorgung und Sozialsicherung; Günther Wachtler: Die Älteren als Humankapital der Wirtschaft: Produktion und Innovation werden nur durch die Qualifizierung der Älteren garantiert; Johannes Siegrist: Gesundheit und Produktivität im dritten Lebensalter - neue Erkenntnisse und Herausforderungen; Albrecht Goeschel: Zentren für Älterengesundheit an Allgemeinkrankenhäusern: Ein Beitrag der Krankenhauswirtschaft zur gesundheitlichen Aus- und Weiterbildung von Älteren; Giulia Morosetti: Das Mini Med Studium in Südtirol; Walter Paris: Gesundheitsstudium mit 60? Ja! Neun Anmerkungen für eine zeitgemäße Öffnung des Gesundheitswesens zur medizinischen Selbstversorgung nebst neuen Interventionsstrategien zur Prävention und Rehabilitation im demographischen Wandel; Ingrid Kern: Artabana - lokale Solidargemeinschaften für gesundheitliche Selbstverantwortung. (IAB)

[86-F] Sporket, Mirko (Bearbeitung); Frerichs, Frerich, Dr. (Leitung):

Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitnehmer und demografischer Wandel - eine vergleichende Studie von Politikansätzen in Großbritannien und Deutschland

INHALT: Seit einiger Zeit versuchen die Regierungen der beiden untersuchten Länder, die Aufmerksamkeit stärker auf die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer zu lenken und durch unterschiedliche Maßnahmen die Erwerbsbeteiligung dieser Gruppe zu erhöhen. Das Ziel der Studie ist es, an diese Programme, Politikansätze und Initiativen anzuknüpfen, ihren Inhalt näher zu beschreiben, ihre Reichweite und die Ausrichtung entsprechender Maßnahmen zu analysieren und - wenn dies möglich ist - die jeweiligen Auswirkungen und Ergebnisse zu untersuchen. Gegenstand der Studie sind insbesondere folgende Aspekte: Strategien und Praktiken, um Altersbarrieren auf dem Arbeitsmarkt zu überwinden und die (Wieder-)Eingliederung und Qualifizierung älterer Arbeitnehmer zu unterstützen; Sichtweisen und Perspektiven von Regierung, Sozialpartnern und nicht-staatlichen Organisationen bezogen auf die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer; Verknüpfung zwischen nationalen Politikansätzen der genannten Akteure mit Empfehlungen und Richtlinien auf EU-Ebene. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Um die empirische Basis hierfür zu liefern, sollen folgende Untersuchungsschritte durchgeführt werden: detaillierte Analyse der gegenwärtigen Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer; Beschreibung, Analyse und Bewertung öffentlich geförderter Qualifizierungs- und Vermittlungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer; Ausmaß und Förderung der selbständigen Tätigkeit von älteren Erwerbstätigen; Bewertung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um die (Wieder-)Einstellung bzw. die (Weiter-)Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern zu fördern; soziale Absicherung und Lohnsubventionen für ältere Arbeitslose und ihre Auswirkungen auf die soziale Lage und die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben; die Haltung von Gewerkschaften und Arbeitgebern bezüglich der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer im allgemeinen und bezüglich der Notwendigkeit und der notwendigen Ausrichtung einer Arbeitsmarktpolitik für diese Gruppe; Gründe und Zugänge zu Arbeitslosigkeit bzw. Frühverrentung, einschließlich der Analyse von Invaliditätsrenten und gleitenden Übergängen in den Ruhestand; Trends bezogen auf die Verabschiedung von Gesetzen gegen die Altersdiskriminierung. Die Untersuchung stützt sich primär auf die sekundäranalytische Auswertung von vorhandenen nationalen und internationalen Studien/ Daten und Programmen sowie auf eine Literaturanalyse. Zusätzlich werden mit ausgewählten Ex-

perten Interviews durchgeführt um vertiefende Informationen zu bekommen bzw. vorhandene Erkenntnislücken aufzufüllen. Im einzelnen werden folgende Arbeitsschritte durchgeführt: Literaturanalyse der gegenwärtigen Diskussionsansätze bezogen auf die Förderung älterer Arbeitnehmer und Dokumentenanalyse entsprechender Reformvorschläge, Gesetze und Verordnungen (z.B. Hartz-Papier u.a. in Deutschland); Sichtung nationaler Förderprogramme und nationale Aktionspläne zur Beschäftigungsförderung unter besonderer Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer; Sekundäranalyse von Datensätzen bezogen auf die Erwerbsbeteiligung und Fördermaßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt (z.B. New Deal 50 plus im Vereinigten Königreich); Analyse nationaler und internationaler Studien bezogen auf das Erwerbsverhalten Älterer, die Einstellung von Arbeitgebern gegenüber dieser Beschäftigtengruppe und ähnlichem; Auswertung relevanter nationaler, EU-, OECD and ILO-Berichte, Daten und Statistiken bezüglich der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer; Experteninterviews mit Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und nicht-staatlichen Organisationen. Kooperationspartner: Cambridge Interdisciplinary Research Centre on Ageing

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2003-09 *ENDE:* 2004-04 *AUFTRAGGEBER:* Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund (Evinger Platz 13, 44339 Dortmund)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0231-728488-17, e-mail: frerichs@pop.uni-dortmund.de)

[87-L] Spross, Cornelia:

Deutschland im internationalen Vergleich, in: Jutta Allmendinger, Werner Eichhorst, Ulrich Walwei; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit -IAB- (Hrsg.): IAB Handbuch Arbeitsmarkt : Analysen, Daten, Fakten, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 255-291, ISBN: 3-593-37936-8

INHALT: Kapitel F des IAB Handbuchs Arbeitsmarkt enthält Zeitreihen zur Erwerbstätigkeit, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit/ Langzeitarbeitslosigkeit in 20 OECD-Ländern. (IAB)

[88-F] Stemmann, Ute, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Dieckheuer, Gustav, Prof.Dr. (Betreuung):

Der Zusammenhang zwischen demografischen Prozessen und Humankapitalentwicklung - eine theoretische und empirische Untersuchung für Deutschland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: mikroökonomische Partialmodelle; Ansätze der Wachstumstheorie *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse masch.-lesbarer Daten.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2002-01 *ENDE:* 2006-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Industriegewirtschaftliche Forschung (Universitätsstr. 14-16, 48143 Münster)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0251-142591, Fax: 0251-83-22924, e-mail: 09utst@wiwi.uni-muenster.de)

[89-L] Stiller, Silvia:

Welfare effects of demographic changes in a Ramsey Growth Model, (HWWA Discussion Paper, 107), Hamburg 2000, 31 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20010106054; Graue Literatur; URL: http://www.hwwa.de/Forschung/Publikationen/Discussion_Paper/2000/107.pdf)

INHALT: "In Deutschland sind die Alterung und der drastische Rückgang der Bevölkerung unausweichlich. Im Zuge dieser Entwicklung werden, insbesondere wegen des Arbeitskräfte-rückgangs, negative Auswirkungen auf die Ökonomie erwartet. In diesem Zusammenhang wird häufig auf die Möglichkeiten verwiesen, den potentiellen negativen ökonomischen Effekten der Alterung durch Zuwanderung von Menschen im Erwerbsalter oder durch einen Fertilitätsanstieg entgegenzuwirken. Zwar sind sowohl höhere Fertilität als auch Zuwanderung geeignet, die demographische Alterung zu reduzieren. Aber Zuwanderung und steigende Fertilität sind aus ökonomischer Sicht nicht gleichwertig, weil sie den Bevölkerungsaufbau und das Arbeitsangebot sehr unterschiedlich beeinflussen. Dieses Diskussionspapier konzentriert sich auf einen hiermit verbundenen Aspekt. Es wird anhand von Simulationsrechnungen untersucht, wie sich unterschiedliche Bevölkerungsszenarios auf die Konsummöglichkeiten und deshalb die Wohlfahrt einzelner Kohorten auswirken. Die Analyse basiert auf einem Ramsey Wachstumsmodell und bezieht sich auf die demographische Situation in Deutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wohlfahrt von Kohorten mit einer Lebenserwartung bis 50 Jahre ohne Zuwanderung höher ist als mit Zuwanderung. Für Konsumenten mit einer höheren Lebenserwartung als 50 Jahre und für zukünftig geborene Kohorten, beeinflusst Zuwanderung die individuelle Wohlfahrt positiv. Unabhängig von seiner Lebenserwartung und seinem Geburtsjahr sinkt die Wohlfahrt eines Konsumenten, wenn die Fertilität steigt." (Autorenreferat)

[90-L] Walwei, Ulrich; Fuchs, Johann; Schnur, Peter; Zika, Gerd:

Der deutsche Arbeitsmarkt: Gestern, Heute, Morgen, in: Bundesarbeitsblatt : Arbeitsschutz Bundesversorgungsblatt Arbeits- und Sozialstatistik, 2006, H. 1, S. 4-12 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa 00904/001; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Redaktion/Pdf/Publikationen/Bundesarbeitsblatt/2006/bundesarbeitsblatt-01-2006.property=pdf,bereich=bmas,sprache=de,rwb=true.pdf>)

INHALT: "Seit Mitte der 70er Jahre erreicht die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer wieder neue Rekordhöhen. Den vorläufigen Höhepunkt mit erstmals über fünf Millionen registrierten Arbeitslosen markierte der Beginn des Jahres 2005. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte sich die gesamte Unterbeschäftigung einschließlich der Stillen Reserve auf knapp sechs Mio. Personen belaufen. Dieser Beitrag befasst sich mit der Entwicklung und den Perspektiven des deutschen Arbeitsmarktes vor dem Hintergrund der Annahmen und Ergebnisse der Langfristprojektionen des Arbeitskräftebedarfs und des Arbeitskräfteangebots." (Textauszug)

[91-F] Werding, Martin, Dr.; Wößmann, Ludger, Dr.; Holzner, Christian; Jäckle, Robert (Bearbeitung):

Die Entwicklung des Humankapitals in Deutschland: Wachstum, Strukturen und Nutzung

INHALT: Aus ökonomischer Sicht stellt das in einer Volkswirtschaft verfügbare Humankapital - als Inbegriff der zum Erwerb von Arbeitseinkommen vermarktbareren Fähigkeiten der Erwerbsbevölkerung - eine zentrale Determinante der Entwicklung des wirtschaftlichen Woh-

Istandes jedes Landes dar. Die empirische Messung des Humankapitalstocks einer Volkswirtschaft stößt gleichwohl auf eine Reihe von Problemen, die von den zu diesem Zweck verwendeten Methoden bisher nicht umfassend und befriedigend gelöst wurden. In einer aktuellen Arbeit von R.H. Haveman, A. Bershadker und J.A. Schwabish ("Human Capital in the United States from 1975 to 2000: Patterns of Growth and Utilization", Upjohn Institute: Kalamazoo 2003) wird ein neuartiger Ansatz zur detaillierten Messung der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Humankapitalbildung und -verwertung vorgeschlagen und durch Berechnungen für die Vereinigten Staaten im Zeitraum von 1975 bis 2000 umfassend entfaltet. Ziel des vom ifo Institut durchgeführten Projekts ist es, auf der Basis des von Haveman et al. (2003) entwickelten Ansatzes Berechnungen zur langfristigen Entwicklung des Humankapitals in (West-)Deutschland von etwa Anfang der 1970er Jahre bis zur Gegenwart, einschließlich der wesentlichen Trends und Strukturen seiner Entwicklung und effektiven Nutzung, anzustellen. In Kooperation mit Robert Haveman soll das Konzept dabei in einigen Aspekten weiter entwickelt werden. Angestrebt werden darüber hinaus zum einen detaillierte Vergleiche mit den für die USA auf gleicher Grundlage ermittelten Resultaten, zum anderen wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen, die insbesondere auf mögliche institutionelle Determinanten der im Zeitablauf zu beobachtenden Unterauslastung des Humankapitals in Deutschland zielen. *ZEITRAUM:* ab etwa Anfang der 1970er Jahre *GEOGRAPHISCHER RAUM:* (West-)Deutschland

METHODE: Kern der von Haveman et al. (2003) vorgeschlagenen Methodik sind ökonometrische Schätzungen der individuell erzielbaren Lohnsätze in Abhängigkeit von diversen individuellen und haushaltsbezogenen Merkmalen (u.a. Geschlecht, Alter, Nationalität, formelle Qualifikationen, Berufserfahrung, Familienstand und Kinderzahl) nach dem von Heckman (1979) entwickelten zweistufigen Verfahren, das mögliche Verzerrungen durch die Unbeobachtbarkeit von Löhnen für Nicht-Erwerbspersonen vermeidet. Die Ergebnisse erlauben es, unter Zuhilfenahme einiger ergänzender Annahmen und Normierungen die Erwerbseinkommenskapazität ("Earnings capacity") der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu ermitteln, ein Maß, das sich eng an der ursprünglichen Definition von Humankapital als ökonomischem Analysekonzept orientiert und konzeptionelle Schwächen anderer, in der empirischen Wachstumsforschung gängiger Indikatoren vermeidet. Datenquellen: Im Falle (West-)Deutschlands bieten sich zwei Datensätze als Basis für die ökonometrischen Schätzungen an, die im Mittelpunkt der angestrebten Berechnungen stehen: die Daten der amtlichen Mikrozensus, die für entsprechende Auswertungen etwa ab Mitte der 1970er Jahre verfügbar gemacht werden können, oder die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), die in einigen für die Analyse bedeutsamen Aspekten detaillierter sind, allerdings erst für den Zeitraum ab 1984 zur Verfügung stehen. Geplant ist vorläufig, alternative Berechnungen mit Hilfe beider Datensätze anzustellen, soweit der Vorteil der größeren zeitlichen Reichweite der Mikrozensus-Daten für das Projekt auch im Lichte des effektiven Zugangs zu den erhobenen Mikro-Daten voll zum Tragen gebracht werden kann.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2005-07 *ENDE:* 2006-10 *AUFTRAGGEBER:* Fritz Thyssen Stiftung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität München (Postfach 860460, 81631 München)

KONTAKT: Werding, Martin (Dr. Tel. 089-9224-1607, Fax: 089-9224-1608, e-mail: werding@ifo.de)

[92-L] Wilkens, Ingrid:

Weiterbildung/ lebenslanges Lernen und soziale Segmentation, in: Soziologisches Forschungsinstitut an der Univ. Göttingen e.V.; Institut f. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit; Institut f. Sozialwiss. Forschung e.V.; Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland : Arbeit und Lebensweisen ; erster Bericht, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 505-521, ISBN: 3-531-14316-6

INHALT: Dem Ausbau der Weiterbildung kommt eine besondere Rolle bei der Umsetzung des Konzepts des lebenslangen Lernens zu. Der Bericht geht von der Überlegung aus, dass sich kontinuierliche Weiterbildung von den Mitgliedern der Gesellschaft zwar fordern lässt, sie jedoch nur dann realisiert werden wird, wenn die Motivation des einzelnen die Barrieren einer Teilnahme übersteigt bzw. wenn 'Kosten' und 'Nutzen' in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Die Weiterbildungsbereitschaft der Deutschen gilt als groß, die Beteiligung an der (beruflichen) Weiterbildung liegt im internationalen Vergleich jedoch nur im Mittelfeld. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligung wird ein Blick auf Ziele, Motivation und in der Bevölkerung empfundene Barrieren geworfen. Ziel des Berichtes ist es, Wandlungstendenzen im Weiterbildungsverhalten der Bevölkerung, in den Motiven, Interessen wie auch Barrieren in den letzten Jahren deutlich zu machen. Der Fokus liegt dabei auf der beruflichen Weiterbildung, da die Muster der Beteiligung an der allgemeinen Weiterbildung den für die berufliche Weiterbildung herausgearbeiteten entsprechen. Die Analyse zeigt, dass fast alle betrachteten demographischen Gruppen ihre Teilnahme über die Jahre erhöhen konnten und dass die benachteiligten Gruppen dabei beinahe durchweg aufgeholt haben. Beunruhigend ist allerdings die hohe Nichtteilnahmequote und die Stagnation bzw. der in mehreren Studien festgestellte Rückgang der Weiterbildungsteilnahme seit Ende der 1990er Jahre. (IAB)

4 Familienpolitik unter veränderten Vorzeichen

[93-L] Baclet, Alexandre; Dell, Fabien; Wrohlich, Katharina:

Verteilungseffekte der staatlichen Familienförderung: ein empirischer Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich ; Kurzexpose, (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 9), Berlin 2005, 39 S., ISBN: 3-9809852-8-8 (Graue Literatur; URL: http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diwkompakt/docs/diwkompakt_2005-009.pdf)

INHALT: "Gegenstand der vorliegenden Kurzexpose ist die empirische Analyse der Umverteilungswirkungen der Einkommensteuer und ihrer familienpolitischen Komponenten in Deutschland und Frankreich. Ein Vergleich der Steuertarife in Deutschland und Frankreich zeigt, dass sowohl die Grenz- als auch die Durchschnittsbelastung in beiden Ländern ähnlich verläuft, wobei die durchschnittliche Belastung im französischen Tarif im oberen Einkommensbereich höher ist als im deutschen Tarif. Die steuerliche Behandlung von Ehepaaren ist in beiden Ländern durch das Splittingverfahren geregelt. Ein Vergleich des 'Splittingvorteils' in beiden Ländern zeigt, dass die Entlastungswirkungen durch diese Form der gemeinsamen Besteuerung sehr ähnlich verlaufen. Im Gegensatz zu Deutschland, wo Kindergeld und Kinderfreibetrag wahlweise gewährt werden, können in Frankreich das Kindergeld und die steuerliche Förderung durch das so genannte Familiensplitting gleichzeitig bezogen werden. Die

Ausgestaltung dieser familienpolitischen Komponenten in der Einkommensteuer führt dazu, dass Familien mit geringen Einkommen im deutschen System stärker profitieren als im französischen. Die Förderung für Kinder ist in Frankreich stärker nach der Anzahl der Kinder gestaffelt als in Deutschland, so dass im oberen Einkommensbereich Familien mit drei Kindern in Frankreich deutlich stärker entlastet werden als in Deutschland. Ein aussagekräftiger Vergleich der Entlastungswirkungen der familienpolitischen Komponenten der Einkommensteuer in Frankreich und Deutschland muss jedoch auch die empirische Einkommensverteilung der Haushalte und die unterschiedliche Definition des zu versteuernden Einkommens berücksichtigen. In unserer empirischen Analyse, für die wir zwei repräsentative Mikrodatensätze heranziehen, berechnen wir die effektive Durchschnittsbelastung auf Basis vergleichbarer Definitionen von Vor-Steuer und Nach-Steuer Einkommen. Die empirische Analyse zeigt, im Gegensatz zu der Vermutung auf Basis eines Vergleichs der Steuertarife, dass in Deutschland durch die Einkommensteuer mehr Umverteilung stattfindet als in Frankreich. Dies trifft sowohl auf die Umverteilung zwischen Haushaltstypen als auch auf die Umverteilung zwischen Einkommensgruppen zu. Würde Deutschland das französische System übernehmen, wären die 'Gewinner' einer solchen Reform Paare mit Kindern in den oberen zwei Dezilen der Vor-Steuer Einkommensverteilung. Die Ergebnisse der Analyse - größere Umverteilungswirkungen in Deutschland, stärkere Förderung für kinderreiche Familien in Frankreich - zeigen, dass in beiden Ländern die familienpolitischen Instrumente der Einkommensteuer mit der generellen Zielsetzung der Familienpolitik übereinstimmen. Im Vergleich zu Frankreich, wo Bevölkerungspolitik stärker im Vordergrund steht als in Deutschland, ist das primäre Ziel der deutschen Familienpolitik horizontale und vertikale Umverteilung zugunsten von Haushalten mit Familien. Dieses Ziel wird mit dem deutschen Familienlasten- bzw. -leistungsausgleich eher erreicht als mit dem französischen System der Familienförderung." (Autorenreferat)

[94-L] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.):

Zukunft: Familie: Ergebnisse aus dem 7. Familienbericht, (Workshop 7. Familienbericht, 2005, Berlin), Berlin 2005, 26 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/ergebnisse-7.-familienbericht,property=pdf.pdf>)

INHALT: Der Beitrag präsentiert die wesentlichen Ergebnisse und Vorschläge bzw. Thesen des 7. Familienberichts 2005. Im ersten thematischen Abschnitt werden Erkenntnisse und Daten zu folgenden Aspekten der sozialen Institution 'Familie' bereitgestellt: (1) Familienpolitik verstanden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, (2) Familien und Familienpolitik im europäischen Vergleich, (3) innerfamiliäre Dynamiken sowie (4) die demografische Entwicklung in familienarmen Städte. Um dem demografischen Rückgang entgegenzutreten, erörtert der zweite Abschnitt eine Reihe von Zukunftsszenarien einer nachhaltigen Familienpolitik, die sich insbesondere mit dem Thema der Zeitorganisation und den daraus resultierenden Aspekten einer neuen Zeitpolitik beschäftigt. Dazu gehören (1) das Aufbrechen des traditionellen Lebensverlaufs durch Optionszeiten, (2) kommunale Infrastrukturen für Familien, (3) die Einführung einer Familienkasse, (4) ein einkommensabhängiges Elterngeld nach skandinavischem Vorbild sowie (5) Forschung nach dem Vorbild der USA. (ICG2)

[95-L] Dickmann, Nicola:

Demographischer Wandel: Geburtenraten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends : Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jg. 30/2003, H. 1, S. 45-56 (Standort: USB Köln(38)-XG2323; Kopie über den Literaturdienst erhältlich;

URL: <http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends01-03-1.pdf>)

INHALT: "Die Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Dekaden schrumpfen und altern. Die mittleren Varianten verschiedener Bevölkerungsprojektionen gehen von einem Rückgang um über 12 Millionen auf rund 70 Millionen Einwohner im Jahr 2050 aus. Das Medianalter in der Bevölkerung wird gleichzeitig von heute 40 auf etwa 50 Jahre steigen. Die demographische Entwicklung hängt von der Fertilität, der Mortalität und der Zuwanderung ab. Aber selbst ein Zuwanderungsüberschuss in Höhe von 200.000 Personen pro Jahr würde bei weitem nicht ausreichen, die Auswirkungen der steigenden Lebenserwartung und der seit fast 30 Jahren konstant niedrigen Geburtenraten auszugleichen. Eine Analyse zeigt, dass sich hinter den stabilen Geburtenraten in Deutschland die Familienstrukturen deutlich verschieben. Im Gegensatz zu anderen Industrieländern ist hier eine Polarisierung zu beobachten. Einerseits nimmt der Anteil der Familien mit nur einem Kind ständig ab, und der Anteil der Frauen, die zeitlebens keine Kinder gebären, ist mit 26 Prozent auf weltweit einmalige Höhen gestiegen. Andererseits wird der dadurch ausgelöste Geburtenrückgang durch eine höhere Anzahl von Kindern in Großfamilien gemildert." (Autorenreferat)

[96-L] Grünheid, Evelyn:

Junge Frauen in Deutschland: bei hoher Ausbildung kinderlos?, in: Psychosozial, Jg. 27/2004, H. 1 = Nr. 95, S. 35-46 (Standort: USB Köln(38)-XG5196; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen hohem Ausbildungsniveau und Kinderlosigkeit bei Frauen auf der Basis von Mikrozensusdaten aus den Jahren 1991, 1996 und 2001. Unterschiedliche Kohorten werden bezüglich der Entwicklung der Geburtenzahlen im Zusammenhang mit dem Ausbildungsstatus und dem Herkunftsgebiet identifiziert, die These einer bimodalen Verteilung von Kinderzahlen wird diskutiert und es wird nach Konsequenzen für die weitere demographische Entwicklung gefragt. Neben den fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen kommt als erklärender Faktor hinzu, dass die Unsicherheit des Arbeitsplatzes durch häufige Vergabe von zeitlich befristeten Stellen zugenommen hat. Diese zeitliche Begrenzung erlaubt nur schwer eine längerfristige Planung des eigenen Lebens und lässt Kinder verstärkt zum finanziellen Risiko werden. Dieser Tatbestand wird durch folgende Daten belegt: Der Anteil befristeter Arbeitsverträge lag in Westdeutschland bei Frauen mit akademischer Ausbildung vor allem in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen - also in der Phase aktiver Familiengründung - mit knapp 19 % rund drei Mal so hoch wie bei Frauen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung. Erst mit steigendem Alter nimmt der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse ab, aber auch in den höheren Altersgruppen ist er von 1991 auf 2001 deutlich angestiegen. (ICA2)

[97-L] Hank, Karsten; Andersson, Gunnar; Duvander, Ann-Zofie; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, Katharina C.:

Öffentliche Kinderbetreuung und individuelle Fertilitätsentscheidungen in Deutschland und Schweden, in: Psychosozial, Jg. 27/2004, H. 1 = Nr. 95, S. 47-57 (Standort: USB Köln(38)-XG5196; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: An den Fertilitätsentscheidungen in Deutschland und in Schweden wird in der vorliegenden Studie der Zusammenhang zwischen öffentlicher Kinderbetreuung und individuellem Geburtenverhalten in zwei sehr unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen und demographischen Kontexten analysiert. Auf der Basis von Mikrodaten und Informationen über die regionale Versorgung mit öffentlicher Kinderbetreuung werden für die zweite Hälfte der 1990er Jahre Übergangswahrscheinlichkeiten für die Geburt eines Kindes in beiden Ländern geschätzt. Es zeigt sich, dass weder in Deutschland noch in Schweden regionale Unterschiede in der Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung des individuellen Geburtenverhaltens liefern. Es ist also nicht davon auszugehen, dass Änderungen im Betreuungssystem einen Effekt auf das Familiengründungsverhalten haben. Vielmehr bedarf es eines durch parallele Maßnahmen in anderen familienpolitisch relevanten Bereichen flankierten, umfassenden Angebots an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersgruppen, um erwerbsorientierten Frauen zu signalisieren, dass Kind und Beruf miteinander vereinbar sind - und dass dies auch gesellschaftlich erwünscht ist. Insgesamt verweist dies auf die Notwendigkeit, spezifische familienpolitische Maßnahmen und Institutionen im Kontext des gesamten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements eines Landes zu analysieren. (ICA2)

[98-L] Hank, Karsten; Kreyenfeld, Michaela; Spieß, C. Katharina:

Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 33/2004, H. 3, S. 228-244 (Standort: USB Köln(38)-XG01232; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Eine zentrale Rolle in der Diskussion um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt die Versorgung mit bedarfsgerechter Kinderbetreuung. Eine umfassendes Angebot an Betreuungsplätzen fördert jedoch nicht nur die Müttererwerbstätigkeit, sondern könnte sich auch positiv auf Fertilitätsentscheidungen auswirken. Im vorliegenden Beitrag untersuchen wir auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik den Einfluss der regionalen Verfügbarkeit von Kinderbetreuung auf das Geburtenverhalten west- und ostdeutscher Frauen in den Jahren 1996 bis 2000. Zentrales Ergebnis unserer Analyse ist, dass in den östlichen Bundesländern die Verfügbarkeit institutioneller Kinderbetreuung den Übergang zum ersten Kind positiv beeinflusst, während sich in den westlichen Bundesländern allein die Verfügbarkeit informeller Betreuung durch Großmütter als statistisch signifikant erweist. Verantwortlich hierfür dürfte in erster Linie das unterschiedliche Niveau der öffentlichen Betreuungsinfrastruktur in Ost und West sein, was sich insbesondere bei der Versorgung im Krippen- und Hortbereich sowie bei der Verfügbarkeit von Ganztagsplätzen zeigt." (Autorenreferat)

[99-L] Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth:

Familienreport 2005: T. 1, Situation von Familien in Deutschland; T. 2, Familienpolitische Best-Practice-Modelle im Vergleich ausgewählter Bundesländer, (Arbeitspapier / Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 151), Sankt Augustin 2006, 117 S., ISBN: 3-937731-70-9 (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_7767_1.pdf)

INHALT: Die Ergebnisse des Familienreports betreffen die derzeitige Lebenssituation von Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Es handelt sich dabei um eine rein statistische Auswertung aktueller Erhebungen des Mikrozensus 2004, des Datenreports 2004 des Statistischen Bundesamtes sowie ausgewählter aktueller Erhebungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Eurostat und zahlreicher weiterer Statistiken. Im ersten Teil der Studie werden Angaben zu folgenden Aspekten geliefert: (1) Haushaltsformen der Privathaushalte in Ost- und Westdeutschland, (2) Familiengründung und Familienentwicklung, (3) demographischer Wandel bis 2050, (4) Familie und Erwerbstätigkeit, (5) Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen, (6) wirtschaftliche Situation der Familien sowie (7) materielle Familienleistungen des Staates. Der zweite Teil umfasst familienpolitische Best-Practice-Modelle aus Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. (ICG2)

[100-L] Höhn, Charlotte; Ette, Andreas; Ruckdeschel, Kerstin:

Kinderwünsche in Deutschland: Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Stuttgart 2006, 85 S., ISBN: 3-922934-99-4 (Graue Literatur; URL: http://www.beruf-und-familie.de/files/dldata/e28f34906c0c631e11b1b0490f5f1338/rbs_kinderwunschstudie.pdf)

INHALT: Bei der Klage über die niedrigen Geburtenzahlen in Deutschland bleibt meistens unerwähnt, ob sich die Menschen überhaupt Kinder wünschen. Dabei entscheiden sich in Deutschland mittlerweile fast jeder vierte Mann und jede siebte Frau grundsätzlich für ein Leben ohne Kinder. Vor diesem Hintergrund beleuchtet die Studie die Ausgestaltung und Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik. Die Ausführungen beruhen in erster Linie auf den Daten einer repräsentativen Studie von 2005, dem "Generations and Gender Survey". Rund 10000 Menschen, darunter etwa 5500 Personen im Alter zwischen 20 und 49 werden zu ihrer Lebenssituation, zu ihren Vorstellungen von Familie und Ehe und dazu befragt, was (weitere) Kinder in ihrem Leben verändern würden und welche Erwartungen sie an die Familienpolitik haben. Die Umfrage zeigt, dass es immer noch die Frauen sind, die die stärksten Einschränkungen durch Kinder erfahren. Das gilt nicht nur für ihren persönlichen Freiraum, sondern im Hinblick auf ihre finanzielle Unabhängigkeit und die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. Schließlich wünschen sich fast alle UntersuchungsteilnehmerInnen unabhängig von ihrer Kinderzahl ein weniger starres Arbeitszeitkorsett. Das geringe Ansehen, das Familien nach Ansicht der Befragten haben, tut ein übriges, um viele Kinderwünsche gar nicht erst entstehen zu lassen oder die Gründung von Mehr-Kinder-Familien zu erschweren. Die Konsequenzen für die Familienpolitik sind eindeutig: Nötig ist mehr Gleichberechtigung, eine stärkere Unterstützung für unterschiedliche Lebensentwürfe und eine Flexibilisierung des Zeitmanagements für Familien. Dabei wird ebenfalls deutlich, dass es keine einzelne Leistung gibt, die allen (potentiellen) Eltern hilft; vielmehr brauchen unterschiedliche Zielgruppen eine spezifische Mischung aus finanzieller Unterstützung, besseren Betreuungsmöglichkeiten und flexiblerer Zeiteinteilung. (ICG2)

[101-L] Hullen, Gert (Hrsg.):

Living arrangements and households: methods and results of demographic projections, (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 109), Wiesbaden 2003, 169 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20030107304; Graue Literatur;

URL: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft109.pdf>)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Gert Hullen: Projections of living arrangements, household and family structures (Modellrechnungen der Lebensformen, Haushalts- und Familienstrukturen) (7-44): Die Ergebnisse von Modellrechnungen der Lebensformen, Haushalts- und Familienstrukturen in Deutschland werden vorgestellt. Die Bevölkerung wurde dabei sowohl nach vier Familienständen (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) als auch nach fünf Stati unterteilt, indem die nichtehelichen Lebensgemeinschaften berücksichtigt wurden. Die Berechnungen erfolgten mit dem Makrosimulationsprogramm ProFamy. Zeng Yi, James W. Vaupel, Wang Zhenglian: Household projection using conventional demographic data (Haushaltsvorausberechnungen mit herkömmlichen demographischen Daten) (45-70): Mit dem dargestellten Modell und der dafür bereitstehenden Software ProFamy werden die Verfahren der Vorausberechnung von Haushaltsstrukturen weiterentwickelt. Maarten Alders, Dorien Maning: Household scenarios for the European Union, 1995-2025 (Haushalts-Modellrechnungen für die Europäische Union 1995-2025) (71-96): In diesem Beitrag wird über drei Haushalts-Modellrechnungen für die Länder der EU berichtet. Heinz Rothgang: Providing long-term care for the elderly in Germany - projections on public long-term care insurance financing (Die Aufrechterhaltung des Pflegeleistungsangebots für die Älteren in Deutschland - Projektionen der Finanzierung der gesetzlichen Pflegeversicherung) (97-118): In diesem Beitrag werden die finanziellen Auswirkungen für die gesetzliche Pflegeversicherung in Deutschland untersucht. Auf der Basis eines Simulationsmodells wird zunächst die Entwicklung der Zahl der Pflegebedürftigen berechnet. Unter Zuhilfenahme von Daten über die Ausgaben pro Leistungsfall und Vorausberechnungen über die Gesamtsumme der beitragspflichtigen Einnahmen wird dann der zur Finanzierung im Umlageverfahren benötigte Beitragssatz ermittelt. Die Berechnungen zeigen, dass der demographische Wandel nicht nur die Zahl der Leistungsempfänger erhöht, sondern auch zu einer Verschiebung der Pflegearrangements von der familialen zur professionellen Pflege beiträgt, die ebenfalls ausgabensteigernd wirkt. Peter Fehr: Housing and services for seniors - on the response of housing associations to the demographic ageing process (Wohnungsversorgung und Hilfsdienste für Senioren - zur Antwort von Wohnungsunternehmen auf die demographische Alterung) (119-128): Der Beitrag geht kurz auf die Wohnsituation der Senioren in Deutschland ein, und er beschreibt, mit welchen Maßnahmen Wohnungsunternehmen auf die demographische Alterung antworten. Es werden ausgewählte Ergebnisse einer Fallstudie dargelegt, die zeigen, dass Unterschiede zwischen bestimmten Altersgruppen und Lebensformen bei der gegenwärtigen Inanspruchnahme von Hilfen nicht einhergehen müssen mit entsprechenden Unterschieden bezüglich der Dienstleistungsnachfrage nach Serviceangeboten des Wohnungsunternehmens. Harald Simons, Katharina Maschke: Cohort-models - a tool for household projections (Kohorten-Modelle - ein Instrument für Haushalts-Modellrechnungen) (129-144): In dem Beitrag werden die Bedeutung von Alters- und Kohorteneinflüssen für Haushaltsvorausberechnungen diskutiert. Mit Querschnittsdaten der Einkommens- und Verbrauchs-Stichprobe (EVS) für Westdeutschland 1978, 1983, 1988 und 1993 werden Quasi-Kohorten gebildet, um Alters-, Perioden- und Kohorteneffekte zu trennen. Francesco C. Billari: Sequence analysis in demographic research and applications (Die Sequenzanalyse in der Demographie und ihre Anwendungen) (145-160): Der Autor gibt einen Überblick und diskutiert Ansätze der Sequenzanalyse in der Untersuchung von Lebensverläufen, mit speziellem Schwerpunkt auf demographischen Fragestellungen.

[102-L] Kahlert, Heike:

Emanzipation in der schrumpfenden Gesellschaft: der Geburtenrückgang im Fokus der aktuellen Debatten über den demographischen Wandel im deutschen Wohlfahrtsstaat, in: Berliner Debatte Initial : Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal, Jg. 17/2006, H. 3, S. 9-23 (Standort: UB Bonn(5)-Z90/76; USB Köln(38)-M XA01655; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://www.berlinerdebatte.de/initial/pdf%20laden.htm>)

INHALT: Die Verfasserin dekonstruiert das Verhältnis von Staat und Familie und dessen tradierte gesellschaftliche Codierung. Sie macht die wechselseitige und paradoxe Abhängigkeit beider Institutionen deutlich und zeigt, dass der beiden Institutionen zugrunde liegende Gesellschaftsvertrag unter einem Wandlungsdruck steht, der mit der Frauenemanzipation einher geht. Die Verfasserin diskutiert die Emanzipationskonzepte Gleichheit und Differenz und die verschiedenen Strategien einer Frauen- und Gleichstellungspolitik, die der politischen Förderung der Frauenemanzipation dient. Auf dieser Basis wird das Spannungsverhältnis zwischen Frauen- und Familienpolitik behandelt. Dabei wird ein zweifacher, geschlechterpolitisch bedeutsamer Paradigmenwechsel deutlich: zum Einen ein Wechsel innerhalb der Gleichstellungspolitik, der als Wechsel von der Frauenpolitik zum Gender Mainstreaming beschrieben werden kann, zum anderen ein Wechsel von der Frauenpolitik zur Familienpolitik. Die Verfasserin macht abschließend deutlich, dass die politische Förderung der Frauenemanzipation die einzige Chance für eine schrumpfende Gesellschaft ist. (ICE2)

[103-L] Leipert, Christian (Hrsg.):

Demographie und Wohlstand: neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, (Europäischer Kongress "Demographie und Wohlstand - neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft", 2002, Berlin), Opladen: Leske u. Budrich 2003, 304 S., ISBN: 3-8100-3738-9

INHALT: "Gegenstand des Buches ist der Bedeutungsgewinn der Familienpolitik angesichts der demographischen Herausforderungen der Zukunft in Europa. Die zukünftigen Belastungen der Gesellschaft - insbesondere im System der Sozialversicherungen - durch das anhaltend niedrige Geburtenniveau begründen eine Renaissance der Familienpolitik in Europa. Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf der Herausarbeitung der Leistungen, die Familien beim Aufziehen der Kinder erbringen und auf die die Gesellschaft auch und gerade in Zukunft dringlich angewiesen bleibt. Diese familiären Leistungen bilden die wichtigste Quelle des Humanvermögens einer Gesellschaft, das wiederum heute der wichtigste Bestimmungsfaktor des langfristigen Wirtschaftswachstums und der Produktivitätsentwicklung eines Landes ist." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Herwig Birg: Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa (27-56); Hans-Werner Sinn: Das demographische Defizit. Die Fakten, die Folgen, die Ursachen und die Politikimplikationen (57-88); Gary S. Becker: Die Bedeutung der Humanvermögensbildung in der Familie für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft (89-102); Paul Kirchhof: Der verfassungsrechtliche Auftrag zu einer familiengerechten Wirtschafts- und Steuerordnung (103-110); Georg Milbradt: Demographischer Wandel ist auch eine Chance (111-118); Carsten Stahmer und Christian Leipert: Zeit für Kinder (119-142); Gerard-Francois Dumont: Anhaltend niedrige Geburtenraten und ihre Folgen (143-152); Josef Schmid: Für eine Richtungsänderung in der Familienpolitik (153-157); Helmuth Schattovits: Leistungsausgleich für gesellschaftlich relevante Arbeit - Konzept und Umsetzung (159-173); Christine Bruneau: Für einen neuen Feminismus (175-178); Claus Kretz: Neue Wege der Familienförderung (179-184); Jerzy Kropiwnicki: Geringe

Geburtenraten - soziale und wirtschaftliche Konsequenzen (185-189); Peter Wippermann: Weniger Kinder - andere Welt: das Vordringen der 'Ich-AG' (191-193); Laila Davoy: Das norwegische Betreuungsgeld (195-199); Hans Geisler und Simone Wenzler: Familienpolitische Antworten auf die demographische Entwicklung (201-206); Christa Stewens: Familie ist unsere Zukunft - die bayerische Familienpolitik (207-210); Harald Schartau: Demographie als Herausforderung - Antworten der Arbeitspolitik (211-215); Jaques Bichot: Die familiäre Erziehung als Quelle der Kompetenz und des Erfolgs (217-221); Maximilian B. Torres: Familie, Humankapital und Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft (223-237); Ulrike Horn: Zum Wert der emotionalen Erziehung in der Familie (239-241); Josef Kraus: Ohne Erziehungsoffensive keine Bildungsoffensive (243-245); Wolfgang Tietze: Zur Bedeutung pädagogischer Qualität in der familialen und außerfamilialen Betreuung für die Entwicklung von Kindern im Vorschulalter (247-256); Norbert Hocke: Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung - Bildung von Anfang an (257-263); Jean-Didier Lecaillon: Die Familie als Grundpfeiler einer nachhaltigen Entwicklung (265-270); Mechthild Löhr: Argumente zur Familienförderung aus Unternehmenssicht (271-273); Thomas Müller-Kirschbaum: Wirtschaftliche Zukunft braucht Familien (275-277); Michel-Edouard Leclerc: Für eine neue Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Familie (279-281); Anne Meurer: Alterssicherung und Erziehungsarbeit im demographischen Wandel. Herausforderungen an die gesetzliche Rentenversicherung (283-288); Jürgen Liminski: Zeit, Geld, Bildung. Was Familien und Kinder heute brauchen - Anmerkungen nach dem Kongress 'Demographie und Wohlstand' (293-301).

[104-L] Lüscher, Kurt:

Soziologische Annäherungen an die Familie, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 26/2001, H. 2, S. 173-201 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Angesichts der weitreichenden sozialen Veränderungen stellt sich in vielen Disziplinen die Frage nach dem 'Eigensinn' von Familie. Ein wichtiger Ausgangspunkt der soziologischen Annäherung an das aktuelle Verständnis von Familie sind die demographischen Daten. Dem Rückgang der Geburtenziffer und der Verlängerung der Lebenserwartung kommt ein besonderer Stellenwert zu. Beides verweist im Kern auf einen Wandel der öffentlichen und der privaten Bedeutung des Kindes und - allgemeiner - der Generationenverhältnisse. Darum bietet es sich an, die Gestaltung der Generationenbeziehungen ins Zentrum familiensoziologischer Analyse zu setzen. Es lässt sich anthropologisch und historisch begründen, dass Generationenbeziehungen den Umgang mit Ambivalenzen erfordern. In dem Ausmaß, in dem dies gelingt, lässt sich auch die These begründen, der spezifische Eigensinn von Familie liege in ihrem Potenzial für verlässliche Beziehungen. Das ist eine Umschreibung, welche die in der Familienrhetorik weit verbreiteten entweder einseitig idealisierenden oder dekonstruktiven Charakterisierungen zugunsten einer pragmatischen Sichtweise familialer Aufgaben und Leistungen zurückweist." (Autorenreferat)

[105-L] Marbach, Jan H.:

Familiale Lebensformen im Wandel, in: Walter Bien, Jan H. Marbach (Hrsg.): Partnerschaft und Familiengründung : Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey, Opladen: Leske u. Budrich, 2003, S. 141-187, ISBN: 3-8100-3558-0

INHALT: Der Beitrag geht von dem Befund aus, dass die verbreitete Annahme, der Umbruch der politischen Verhältnisse in den neuen Bundesländern habe eine Erosion der sozialen Beziehungen in Ostdeutschland ausgelöst, im Licht systematisch erhobener Daten (u.a. des DJI-Familiensurveys) keine Bestätigung findet. Weder ließ sich zwischen 1990 und 1996 ein genereller Rückgang von Beziehungen im Umfeld der Familie nachweisen, noch blieben Veränderungen innerhalb der Beziehungsnetzwerke auf Ostdeutschland beschränkt. Sie werden von den Autoren daher eher als Folgen des sozialen Wandels in Deutschland als einer auf die neuen Bundesländer zentrierten "Transformation" interpretiert. Mit der vorliegenden Untersuchung knüpft der Autor an die Frage nach der Resistenz des Familienlebens gegenüber gesellschaftlichen Umbrüchen an, um sie aber in zwei Richtungen zu verallgemeinern. Zum einen geht es um Entwicklung privater Lebensformen, in deren Kontext familiäre Lebensformen eine demographische - und biographische - Teilmenge bilden. Zum anderen wird das spezielle Phänomen der Transformation Ostdeutschlands in den weiteren Zusammenhang eines sozialen Wandels, der zu gleicher Zeit die Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern beeinflusst hat, gestellt. Zeitlicher Bezugsrahmen der Untersuchung ist die letzte Dekade des 20. Jahrhunderts. Sie wird an Hand der drei Wellen des Familiensurveys empirisch erfasst und hinsichtlich der Forschungsfrage interpretiert. (ICA2)

[106-L] Pöttsch, Olga:

Unterschiedliche Facetten der Geburtenentwicklung in Deutschland: differenzierte Betrachtung der Geburtenstatistik als Grundlage für die Annahmen zu Bevölkerungsvorausberechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, 2005, H. 6, S. 569-581 (Standort: UB Bonn(5)-4Z50/35; USB Köln(38)-TXZ126; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung ging von einer Konstanz der zusammengefassten Geburtenziffer in Deutschland auf dem Niveau von 1,4 Kindern je Frau ab dem Jahr 2011 aus. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde eine Angleichung der Geburtenhäufigkeit in den neuen Ländern an das etwas höhere und stabile westdeutsche Niveau vorausgesetzt. In der öffentlichen Diskussion traten in diesem Zusammenhang immer wieder folgende Fragen auf: Wie kommt das Statistische Bundesamt zu dieser Annahme? Verbirgt sich hinter der Konstanz der zusammengefassten Geburtenziffer auch ein Stillstand in der Geburtenentwicklung insgesamt? Was bedeutet der Anstieg des durchschnittlichen Gebäralters für das künftige Geburtenniveau? Ist eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern überhaupt realistisch? Im folgenden Beitrag werden die Tendenzen in der Geburtenhäufigkeit in Ost und West aufgezeigt. Die Ausführungen basieren auf einer detaillierten Analyse der zur Verfügung stehenden statistischen Informationen und gehen nicht auf sozioökonomische Ursachen ein. Ein besonderes Augenmerk wird auf das Geburtenverhalten der deutschen Frauen gelegt. Das Ziel des Beitrags besteht neben der Erörterung der o.g. Fragen auch im Skizzieren möglicher Alternativszenarien für künftige Bevölkerungsvorausberechnungen." (Autorenreferat)

[107-L] Ruckdeschel, Kerstin:

Determinanten des Kinderwunsches in Deutschland, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie*, Jg. 29/2004, H. 3-4, S. 363-386 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Kinderwunsch ist ein seit langem bekanntes und umstrittenes Maß zur Prognose von Geburtenzahlen. Als sicher kann gelten, dass er Informationen über die grundlegende Bereitschaft, Kinder zu bekommen liefert. Diese Bereitschaft ist in den letzten 15 Jahren zurückgegangen, wobei vor allem die gewünschte Kinderlosigkeit zugenommen hat. Insgesamt lässt sich ein Polarisierungsphänomen beobachten, das dem tatsächlichen Geburtenverhalten gleicht und für die alten Bundesländer stärker ausgeprägt ist als für die neuen. Untersucht man die Determinanten eines Kinderwunsches, so bestätigt sich zunächst der aus der Literatur bekannte Einfluss soziodemographischer Faktoren. Hinzu kommt der starke Einfluss individueller Orientierungen und Werthaltungen, wobei vor allem eine positive Einstellung gegenüber Partnerschaft und Kindern den Kinderwunsch fördert, während Selbstverwirklichungsbestrebungen, der Wunsch nach einer egalitären Partnerschaft oder Wohlstandsdenken ihn eher verhindern. Schließlich zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Kinderwunsch und der Bewertung von familienpolitischen Maßnahmen derart, dass erst ein positiver Kinderwunsch die Beschäftigung mit den Rahmenbedingungen veranlasst. Ist diese Situation gegeben, dann werden vor allem finanzielle Maßnahmen und flexiblere Arbeitszeitregelungen befürwortet." (Autorenreferat)

[108-L] Schmidt, Renate (Verf.v.Geleitworten,u.ä.); Rogowski, Michael (Verf.v.Geleitworten,u.ä.); Hüther, Michael (Verf.v.Geleitworten,u.ä.):

Bevölkerungsorientierte Familienpolitik - ein Wachstumsfaktor, Berlin 2004, 22 S. (Graue Literatur; URL: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/strategie-papier-wachstumsfaktor-bev_C3_B6lkerungsorientierte-familienpolitik.pdf)

INHALT: Vor dem Hintergrund einer zu niedrigen Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland mit ihren negativen sozialen Auswirkungen und ökonomischen Problemen präsentiert das Strategiepapier die Grundzüge einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik als Wachstumsfaktor. Das erste Kapitel liefert die demographischen Fakten für den Zeitraum 2002 bis 2050, unterteilt in die Aspekte Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderung. Im Anschluss folgt eine Erörterung des Zusammenhangs zwischen Demographie und ökonomischem Wachstum, indem die Folgen des demographischen Rückgangs hinsichtlich sinkender Wachstumsraten und der Auswirkungen auf die Erstellung des Sozialprodukts dargelegt werden. Auf dieser Grundlage beschreibt das dritte Kapitel die Eckpfeiler einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik und ihrer möglichen Auswirkungen. In diesem Zusammenhang werden insbesondere der Arbeitsmarkt und der Bildungsbereich beschrieben. Ferner wird der Zusammenhang zwischen der Familienpolitik und der Geburtenrate in anderen europäischen Ländern vorgestellt. In einem Fazit wird darauf hingewiesen, dass die Familienpolitik in Deutschland vor neuen Herausforderungen steht. Dabei muss sie sich zwar nicht neu erfinden, sie muss aber dringend neu ausgerichtet und stärker an bevölkerungspolitischen Erfordernissen orientiert werden. So müssen etwa Geldleistungen und infrastrukturelle Unterstützung sorgfältig tariert werden. (ICG2)

[109-L] Schröder, Jette:

Frauenenerwerbstätigkeit - ein Hemmnis für die Fertilität?: eine Analyse des Effekts der Erwerbstätigkeit auf den Übergang zur ersten Geburt in Deutschland, (Arbeitspapiere / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Nr. 93), Mannheim 2006, 37 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-93.pdf>)

INHALT: "Im Fokus dieses Beitrags steht die Frage, ob in Westdeutschland die Erwerbsbeteiligung von Frauen einen Einfluss auf den Übergang zum ersten Kind hat. Datengrundlage für die Analysen ist der Familiensurvey 2000. Eine multivariate Ereignisdatenanalyse zeigt, dass erwerbstätige Frauen deutlich geringere Übergangsraten zum ersten Kind haben als nicht erwerbstätige Frauen. In weiteren Analysen wird untersucht, ob es sich bei diesem Effekt tatsächlich um einen kausalen Effekt handelt - ob also die Erwerbsbeteiligung die Ursache für die geringere Übergangsrate erwerbstätiger Frauen ist oder ob der Unterschied lediglich auf Selbstselektion zurückzuführen ist. Hierzu werden zwei indirekte Kausalitätstests durchgeführt. Die Analysen liefern starke Hinweise darauf, dass der Effekt nicht oder zumindest nur teilweise kausal ist." (Autorenreferat)

[110-L] Schulz, Erika:

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Familienstandsstruktur: Entwicklung 1991 bis 1999 und Vorausschätzungen bis 2005, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft : Demographie, Jg. 27/2002, H. 2, S. 213-245 (Standort: UB Bonn(5)-Z77/240; USB Köln(38)-FHM XG02134; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Entwicklung der Einwohnerzahl ist für fast alle gesellschaftlichen Bereiche von Bedeutung. Bei einigen Fragestellungen ist jedoch auch zusätzlich der Familienstand von Interesse. Genannt seien hier beispielsweise das Steueraufkommen oder die häusliche Betreuung von Pflegebedürftigen. In diesem Beitrag werden die Entwicklung der Bevölkerung nach dem Familienstand in der Vergangenheit aufgezeigt, eine Methode zur Vorausschätzung des Familienstandes vorgestellt und die darauf resultierenden Ergebnisse diskutiert. Zwischen 1991 und 1999 war ein Rückgang des Anteils Verheirateter und ein entsprechender Anstieg des Anteils Lediger zu verzeichnen. In Ostdeutschland fiel diese Verschiebung höher aus als in Westdeutschland. Die Veränderung zwischen 1991 und 1999 kann in drei Komponenten zerlegt werden: den Altersstruktureffekt, den Verhaltenseffekt und den Niveaueffekt. Es wird deutlich, dass der Verhaltenseffekt die Entwicklung in diesem Zeitraum am stärksten geprägt hat. Insbesondere in Ostdeutschland schlägt die umbruchbedingte Änderung des Eheschließungs- und Ehescheidungsverhaltens zu Buche. Mit Hilfe der vorausgeschätzten Bevölkerung und den Eheschließungs-, Ehescheidungs- und familienstandsbezogenen Sterbeziffern erfolgte eine Fortschreibung der Bevölkerung nach dem Familienstand bis 2005. Nach diesen Berechnungen wird es bei einer fast gleich bleibenden Einwohnerzahl weiterhin eine Verschiebung zwischen Verheirateten und Ledigen geben. Während die Zahl der 'aktiven' Bevölkerung, die zum Großteil zum Einkommensteueraufkommen beitragen, um 560.000 sinken wird, wirkt die Erhöhung des Anteils Lediger dem entgegen. Insbesondere die Zunahme lediger Frauen im Alter von 20 bis 60 Jahren um 660.000, die eine wesentlich höhere Erwerbsbeteiligung aufweisen als verheiratete Frauen, trägt hierzu bei. In den älteren Altersjahren wird sich der Anteil Verheirateter erhöhen. Damit steigen die Chancen, im Falle der Pflegebedürftigkeit durch den Ehepartner versorgt werden zu können." (Autorenreferat)

[111-F] Selch, Heidi, Dipl.-Hdl. (Bearbeitung):

Familienpolitische Lösungsansätze zur Problematik des Bevölkerungsschwundes in Deutschland

INHALT: Die Arbeit beinhaltet hauptsächlich eine Analyse der gegenwärtigen Sozialstruktur Deutschlands in Hinsicht auf das als äußerst problematisch anzusehende Problem des Bevöl-

kerungsschwunds. Eine der Hauptursachen, nämlich die Entwicklung des Familienbildes unter dem Einfluss der gesellschaftlichen Teilsysteme (Wirtschaft, Kultur, Politik etc.), wird hierbei kritisch unter dem Gesichtspunkt familienpolitischer Lösungsansätze betrachtet.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland

ART: keine Angabe *BEGINN:* 2001-10 *ENDE:* 2002-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie (Findelgasse 7-9, 90402 Nürnberg)

[112-F] Universität Potsdam:

Sterilisationen im Osten Deutschlands: "Gebärstreik" - Widerstandsform - Individualisierungsschub? (Teilprojekt im Rahmen des internationalen Projekts "The politics of reproduction. Women, gender and the transition in Eastern Europe")

INHALT: Die Transformationen in den ehemals sozialistischen Staaten haben auch zu z.T. einschneidenden Veränderungen in der Bevölkerungspolitik sowie im Gebärverhalten geführt. Das Projekt analysiert zum einen, wie in der Pressekampagne der sogenannte Sterilisationskandal in Sachsen-Anhalt einen medialen Diskurs auslöste, dessen Be-Deutungen weit über das diskursive Ereignis hinausgingen. Zum anderen wurde in einer empirischen Untersuchung im Land Brandenburg den Motiven der Frauen nachgegangen, sich sterilisieren zu lassen. Diese Motive werden in den biografischen und aktuellen Lebenszusammenhang dieser Frauen gestellt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Ostdeutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Hahn, Daphne; Scholz, Sylka: Anpassung oder Eigensinn: Sterilisation im Kontext gesellschaftlicher Wandlungsprozesse. in: Diedrich, Ulrike; Strecker, Heidi (Hg.): Veränderungen - Identitätsfindung im Prozeß. Bielefeld: Kleine 1997, S. 67-98. +++ Scholz, Sylka: "Als die ganze Lavine anrollte im Betrieb" - gesellschaftliche und biographische Hintergründe der Sterilisationsentscheidung. Eine Fallrekonstruktion. in: Diedrich, Ulrike; Strecker, Heidi (Hg.): Veränderungen - Identitätsfindung im Prozeß. Bielefeld: Kleine 1997, S. 99-122.+++Dölling, Irene; Hahn, Daphne; Scholz, Sylka: Wie Sterilisation in einer Pressekampagne diskutiert wurde und welche Motive ostdeutsche Frauen hatten, sich sterilisieren zu lassen. in: Potsdamer Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, 2, 1998, H.1. +++Dölling, Irene; Hahn, Daphne; Scholz, Sylka: Birth strike in the New Federal States: is sterilization an act of resistance? in: Gal, Susan; Klingman, Gail (eds.): Woman, gender and the transition. The politics of reproduction in Eastern Europe. A comparative study. Princeton: Univ. Press 2000, S. 118-147. *ARBEITSPAPIERE:* Hahn, Daphne: Auswirkungen gesellschaftlicher Transformationsprozesse auf das reproduktive Verhalten Brandenburger Frauen unter besonderer Berücksichtigung irreversibler Schwangerschaftsverhütung. Bericht für das MASGF, 1994.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur für Frauenforschung, Soziologie der Geschlechterverhältnisse (August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam)

[113-L] Wingen, Max:

Die Bedeutung der Familie angesichts der demographischen Entwicklung: Vortrag im Rahmen des Bundesverbandstags des DFV am 10. Mai 2002 in Berlin, (Bundesverbandstag, 2002, Berlin), Berlin 2002 (Graue Literatur; URL: [http://www.deutscher-familienverband.de/index.php?id=1062&no_cache=1&sword_list\[\]=Die&sword_list\[\]=Bedeutung&sword_list\[\]=der&sword_list\[\]=Familie&sword_list\[\]=angesichts&sword_list\[\]=der&sword_list\[\]=demographischen&sword_list\[\]=Entwicklung](http://www.deutscher-familienverband.de/index.php?id=1062&no_cache=1&sword_list[]=Die&sword_list[]=Bedeutung&sword_list[]=der&sword_list[]=Familie&sword_list[]=angesichts&sword_list[]=der&sword_list[]=demographischen&sword_list[]=Entwicklung))

INHALT: Der aus der zurückliegenden Entwicklung her programmierte Rückgang der deutschen Bevölkerung ist durch eine so genannte "demografische Trägheit" gekennzeichnet, deren Auswirkungen in ihrer gesamten Tragweite oft nicht erkannt werden. Wenn junge Paare ein grundlegendes Recht haben, frei, verantwortlich und informiert über die Zahl ihrer Kinder zu entscheiden, dann muss die Gesellschaftspolitik die dazu passenden Rahmenbedingungen im wirtschaftlich-sozialen Feld schaffen. Neben ökonomischen Maßnahmen muss in den Unternehmen eine familienbewusste Personal- und Sozialpolitik initiiert werden. Zudem muss das Schulsystem neu strukturiert werden. Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik wird in Zukunft keine Anhebung des Geburtenniveaus bis auf das Bestandserhaltungsniveau der Bevölkerung erreichen können. Ein "realistisches Utopiequantum" wird etwa in der Mitte zwischen dem gegenwärtigen Niveau und dem replacement level liegen. Schon vor 10 Jahren hätte die Politik beginnen müssen, dem starken Geburtenrückgang entgegenzutreten. Die Entscheidungs- und Handlungsspielräume junger Paare und Familien sollten von staatlicher Seite so erweitert werden, dass die generativen Entscheidungen mit den geplanten persönlichen Lebensentwürfen in Übereinstimmung gebracht werden können. (ICF)

[114-L] Wingen, Max:

Aktuelle Aspekte der Familienpolitik als bevölkerungsbewusste Gesellschaftspolitik, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 53/2002, H. 381, S. 94-104 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.hss.de/downloads/politische_studien_381.pdf)

INHALT: Der vorliegende Beitrag untersucht die Möglichkeiten einer Beeinflussung der demografischen Entwicklung durch die Gesellschafts- und Familienpolitik. Zunächst beschreibt der Autor die Problemlage, die mit einer abwärtsgerichteten demographischen Entwicklung verknüpft ist. Im zweiten Kapitel wird ein Fazit aus dem demographischen Befund abgeleitet. Ziel sollte dabei sein, darauf hinzuwirken, dass sich das Geburtenniveau in Richtung auf das für ein stabiles Null-Wachstum der Bevölkerung erforderliche Niveau (Generationsrate - NRR - von 1,0) anhebt. Daneben werden wahrscheinlich vielfältige Anpassungsmaßnahmen an einen dann zwar abgefederten, aber immer noch verbleibenden Rückgang der Bevölkerung nötig sein. Damit den Veränderungen in Entwicklung und Struktur der Bevölkerung aber nicht nur reaktiv begegnet wird, sind verschiedene Maßnahmen notwendig. Im dritten Kapitel werden die Aufgaben und Grenzen einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik vorgestellt. Kapitel vier untersucht die Bedeutung der Wertorientierung in diesem Kontext. Im fünften Kapitel nennt der Autor einige Eckpunkte einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik. (ICD)

[115-F] Wrohlich, Katharina; Baclet, Alexandre; Dell, Fabien (Bearbeitung); Steiner, Viktor, Prof.Dr. (Leitung):

Verteilungseffekte der staatlichen Familienförderung - ein empirischer Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich

INHALT: In diesem Projekt sollen die Verteilungseffekte der Familienförderung im Sinne monetärer Leistungen in Deutschland auf Basis von Mikrodatensätzen empirisch analysiert und mit der Situation in Frankreich verglichen werden. Unsere Analysen sollen unter anderem Aufschluss darüber geben, welche Haushalte die Gewinner und Verlierer einer Übertragung des französischen Systems auf Deutschland wären. Kontext/ Problemlage: Die finanzielle Förderung von Familien nimmt in der finanz- und sozialpolitischen Diskussion einen wichtigen Stellenwert ein. Dabei stehen in der praktischen Wirtschaftspolitik meist die vermuteten Verteilungseffekte durch das Steuer- und Transfersystem im Mittelpunkt. Diese werden häufig durch Berechnungen auf der Basis von Einzelfallbetrachtungen illustriert, detaillierte empirische Untersuchungen auf der Basis repräsentativer Datensätze liegen für Deutschland bisher kaum vor. Auch besteht Forschungsbedarf zu den potenziellen Verteilungseffekten von Reformalternativen der staatlichen Familienförderung. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang der Vergleich mit anderen Ländern, deren Familienförderung als Alternative zum bestehenden deutschen System angesehen werden kann. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich erscheint von besonderem Interesse, da das französische Steuer- und Transfersystem als besonders stark auf die Förderung von Familien mit Kindern ausgerichtet gilt. Fragestellung: In dieser Kurzexpertise sollen Verteilungseffekte der staatlichen Familienförderung in Deutschland empirisch analysiert und mit der Situation in Frankreich verglichen werden. Dazu sollen u.a. die folgenden konkreten Fragestellungen untersucht werden: Wie wirkt sich das französische Familiensplitting im Vergleich zum deutschen Ehegattensplitting auf die Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen aus? Welche Verteilungseffekte ergeben sich aus der unterschiedlichen Ausgestaltung der familienpolitischen Leistungen in Form monetärer Transfers in den beiden Ländern? Welche Einkommens- und Bevölkerungsgruppen wären die Gewinner und Verlierer einer Übertragung des französischen Systems familienpolitischer Leistungen auf Deutschland? Wie sind die beiden Systeme der finanziellen Familienförderung hinsichtlich der Verteilungseffekte insgesamt zu beurteilen und in welchem Ausmaß werden die familienpolitischen Zielsetzungen in den beiden Ländern erreicht? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Frankreich, Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Einfache Vergleiche der Einkommensverteilungen vor und nach Berücksichtigung der staatlichen finanziellen Familienförderung zwischen den beiden Ländern erscheinen uns nicht ausreichend um die von uns formulierte Fragestellung zu untersuchen. Eine methodisch befriedigende Untersuchung ist nur auf Basis repräsentativer und möglichst vergleichbarer Mikrodatensätze für die beiden Länder möglich. Die Unterschiede in der Verteilung der Haushaltseinkommen bzw. der Äquivalenzeinkommen zwischen den beiden Ländern sollen mittels der gängigen Ungleichheitsmaße dargestellt und auf strukturelle Unterschiede zurückgeführt werden. Bei diesen soll zwischen den einzelnen hier betrachteten familienpolitischen Leistungen (Besteuerung, monetäre Transfers) einerseits und der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur unterschieden werden. Hinsichtlich letzterer sollen auch die unterschiedlichen Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern berücksichtigt werden.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Staat (Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin)

KONTAKT: Leiter (e-mail: vsteiner@diw.de)

5 Migration als demographischer Faktor

[116-F] Aydin, Hayrettin, M.A. (Leitung):

Heiratsmigration bei Türkinnen und Türken in Deutschland

INHALT: Datenermittlung zur Heiratsmigration; soziodemographische Merkmale bei Heiratsmigranten sollen ermittelt werden; Ermittlung und Nutzung integrationsorientierter Maßnahmen (z.B. Sprachkurse) bei Heiratsmigranten. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Nordrhein-Westfalen

METHODE: zweistufiges empirisches Vorgehen: 1. qualitative Befragung von Heiratsmigranten und Ehepartnern; 2. quantitative Befragung von Heiratsmigranten und Ehepartnern *DATEN-GEWINNUNG:* Qualitatives Interview (Stichprobe: 60; Heiratsmigranten aus der Türkei und Ehepartner). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 200; Heiratsmigranten aus der Türkei und Ehepartner). Multiplikatoren-Interviews. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Auftragsforschung *ENDE:* 2002-12 *AUFTRAGGEBER:* Land Nordrhein-Westfalen Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Stiftung Zentrum für Türkeistudien Institut an der Universität Duisburg-Essen (Altendorfer Str. 3, 45127 Essen)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0201-3198-104, e-mail: aydin.zft@uni-essen.de)

[117-L] Bade, Klaus J.; Bommers, Michael:

Integrationspotentiale in modernen europäischen Wohlfahrtsstaaten: der Fall Deutschland, in: Klaus J. Bade, Michael Bommers, Rainer Münz (Hrsg.): Migrationsreport 2004 : Fakten - Analysen - Perspektiven, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 11-42, ISBN: 3-593-37478-1

INHALT: Die Verfasser umreißen in ihrem den Migrationsreport 2004 einleitenden Beitrag zunächst die unterschiedlichen Vorstellungen, die sich im Begriff der Integration von Zuwanderern bündeln. Sie konzentrieren sich sodann auf die Zuwanderungsländer Mittel-, West- und Nordwesteuropas, die sie mit drei Problemstellungen sozialer Integration konfrontiert sehen: (1) der Integration der zweiten Generation, (2) bevölkerungspolitischen Aspekten im Kontext der demographischen Entwicklung und (3) der Einschränkung von Freizügigkeit durch die nationalen Wohlfahrtsstaaten. Wie sich diese Probleme in einzelnen Ländern jeweils unterschiedlich stellen und wie sie bearbeitet werden, wird am Beispiel der Niederlande, Frankreichs und Großbritanniens gezeigt. Für Deutschland werden zunächst die empirischen Resultate in Bezug auf die soziale Integration von Zuwanderern referiert, um dann die jahrzehntelangen politischen Auseinandersetzungen um die Frage nachzuzeichnen, ob die Bundesrepublik ein Einwanderungsland sei oder nicht. Vor diesem Hintergrund stellen die Verfasser abschließend die einzelnen Beiträge des Sammelbandes kurz vor. (ICE)

[118-L] Baumgratz-Gangl, Gisela:

Vorsorgen statt kurieren!: Förderung der Bildungschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis : Zeitschrift des Bundesinstitut für Berufsbildung, Jg. 35/2006, H. 1, S. 29-33 (Standort: USB Köln(38)-XG1673; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Initiativstelle Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten im Bundesinstitut für Berufsbildung (IBQM) ist seit Beginn des Programms 'Kompetenzen fördern - Berufliche Qualifizierung von Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf' (BQF-Programm) des BMBF im November 2001 für die fachliche Beratung und wissenschaftliche Begleitung der auf dieser Grundlage geförderten Projekte und Netzwerke zuständig. Der Artikel beleuchtet Probleme und Perspektiven einer Umsetzung der bildungs- und berufsbildungspolitischen Ziele des Programms im Rahmen der Projekte. Es wird deutlich, dass Migrantenjüngliche unter dem dramatischen Rückgang des Ausbildungsplatzangebots und dem verschärften Verdrängungswettbewerb besonders zu leiden haben; es zeigt sich aber auch ihre Chance, vorhandene kommunikative, soziale und kulturelle Kompetenzen auf dem internationalisierten Arbeitsmarkt verstärkt einzubringen." (Autorenreferat)

[119-L] Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Urheber):

Sechster Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland: Unter- richtung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages / Drucksachen, 2005, Dr. 15/5826, 360 S. (Standort: USB Köln(38)-LS R932; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: <http://dip.bundestag.de/btd/15/058/1505826.pdf>)

INHALT: Die Beauftragte der Bundesregierung Migration, Flüchtlinge und Integration stellt in dem Bericht die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland dar, wobei Schwierigkeiten, Erfolge und Fehlentwicklungen skizziert werden und aus der Perspektive der integrationspolitischen Erfordernisse Handlungsmöglichkeiten für Politik und gesellschaftliche Akteure aufgezeigt werden. In Fortschreibung des 5. Berichts umfasst der Berichtszeitraum die Zeit von September 2002 bis Ende 2004. Ein Schwerpunkt liegt auf der Berichterstattung zu Themenfeldern der Integration von Migrantinnen und Migranten. Besonderen Stellenwert misst die Beauftragte der Integration in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt bei. Thematisiert werden zudem die Integration in den Sozialraum, die interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste und Regeleinrichtungen, die Integration zugewanderter Religionsgemeinschaften, das gesellschaftliche und politische Engagement von Migrantinnen und Migranten sowie auch Aspekte, die gesellschaftlicher Integration entgegenstehen, wie Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, Kriminalität und familiäre Gewalt. Darüber hinaus werden Fragen der Bildung, des Arbeitsmarktes, der sozialen Situation, der interkulturellen Öffnung, der Integrationsförderung, der Religion, des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts sowie Flüchtlingsfragen und Menschenrechtsprobleme dargestellt. Im Anhang werden amtliche Statistiken zum Migrationshintergrund sowie Daten zur demographischen Struktur der ausländischen Bevölkerung präsentiert. (IAB)

[120-L] Bergouignan, Christophe; Jourdan, Virginie:

Demographie und Migration: die Rolle der Zu- und Abwanderung in Deutschland und Frankreich, in: Dokumente : Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Jg. 61/2005, H. 5, S. 42-49 (Standort: USB Köln(38)-EWA Z297; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Bevölkerungsentwicklung in Frankreich und Deutschland weist seit 1954 bis heute deutliche Unterschiede auf. Das Hexagon erfreut sich über die gesamte Periode hinweg größerer Fruchtbarkeitsraten. Der andauernde Babyboom hat dazu geführt, dass es seit 1972 ständig deutlich mehr Frauen im gebärfähigen Alter gibt als in Deutschland. Ohne die Zu-

wanderung hätte Deutschland heute 2,5 Millionen Einwohnerweniger als 1954, nicht 11,5 Millionen mehr. In Frankreich wird das Bevölkerungswachstum durch Geburtenüberschüsse durch die Migration zusätzlich verstärkt." (Autorenreferat)

[121-F] Bomsdorf, Eckart, Prof.Dr.; Babel, Bernhard, Dipl.-Kfm. (Bearbeitung); Bomsdorf, Eckart, Prof.Dr. (Leitung):

Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland?

INHALT: In der Diskussion um die demografische Entwicklung in Deutschland wird immer wieder danach gefragt, welche Maßnahmen möglich bzw. erforderlich sind, um den Bevölkerungsumfang bzw. die Altersstruktur der Bevölkerung auch längerfristig auf einem für die Stabilität der Gesellschaft angemessenen Niveau zu halten. In welchem Umfang wird die Bevölkerungsentwicklung durch ihre drei wichtigsten Komponenten Fertilität, Mortalität und Migration beeinflusst? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0221-4702982, e-mail: Bomsdorf@wiso.uni-koeln.de)

[122-L] Bomsdorf, Eckart; Babel, Bernhard:

Wie viel Fertilität und Migration braucht Deutschland?, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 85/2005, H. 6, S. 387-394 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag untersucht anhand von Daten des Statistischen Bundesamtes, in welchem Umfang die Bevölkerungsentwicklung durch ihre drei wichtigsten Komponenten Fertilität, Mortalität und Migration beeinflusst wird. Dabei wird von einer konstanten Fertilitätsrate von 1,35, einer Nettozuwanderung von 150.000 Personen jährlich und einer Zunahme der Lebenserwartung auf 86,6 Jahre für Frauen und 81,1 Jahre für Männer bis zum Jahr 2050 ausgegangen. Der Bevölkerungsumfang wächst bei Zunahme der Fertilität, der Lebenserwartung bzw. der Migration und er fällt, wenn diese Komponenten zurückgehen. Die Modellrechnungen ergeben für Ende 2050, dass a) eine Steigerung der Fertilitätsrate um 0,1 zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 2,48 Millionen führt, b) eine Steigerung der Lebenserwartung um ein Jahr zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 0,95 Millionen führt, c) eine Steigerung der jährlichen Nettozuwanderung um 50.000 Personen zu einer Zunahme um 2,81 Personen und d) eine Steigerung der jährliche Sockelwanderung zu einer Zunahme des Bevölkerungsumfangs um 0,41 Millionen führt. Für die Entwicklung des Jugendquotienten haben die Änderung der Lebenserwartung bzw. die der Wanderung einen vernachlässigbaren Einfluss. Die Berechnungen gestatten die Aussage, dass eine Steigerung der Fertilität, der Nettozuwanderung und der Sockelwanderung den Altersquotienten deutlich in seiner Zunahme dämpfen kann. (IAB)

[123-F] Brücker, Herbert, Dr.; Trabold, Harald, Dr.; Trübswetter, Parvati; Weise, Christian, Dr. (Bearbeitung):

Migration: Potenzial und Effekte für den deutschen Arbeitsmarkt

INHALT: Die Beurteilung der freien Arbeitskräftemigration ist in der wissenschaftlichen und politischen Debatte umstritten. Aus Perspektive der ökonomischen Theorie sind von der Migration von Arbeitskräften grundsätzlich Einkommensgewinne für die Einwanderungsländer zu erwarten. Allerdings kann die Zuwanderung unter bestimmten Bedingungen zu sinkenden Löhnen für den Faktor Arbeit und einer wachsenden Ungleichverteilung der Einkommen in den Einwanderungsländern führen. Schließlich können sich Beschäftigungsverluste ergeben, wenn die Löhne nicht auf eine durch die Migration bedingte Veränderung der Angebots- und Nachfragebedingungen reagieren. Die vorliegende Studie leistet in vier Schritten einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen für Deutschland: Zunächst werden der Umfang der Zuwanderung sowie die ökonomischen und institutionellen Bedingungen für die Zuwanderung in der Nachkriegszeit analysiert. Im zweiten Teil wird auf Grundlage eines ökonometrischen Modells das Wanderungspotenzial für die wichtigsten Herkunftsländer geschätzt. Im dritten Teil werden die Effekte der Migration für den Arbeitsmarkt untersucht. Der vierte Teil schließlich hat die spezifischen Probleme des Bausektors zum Gegenstand. Im historischen Verlauf ist die Nettozuwanderung starken Schwankungen ausgesetzt: während die Nettozuwanderung sich in den 1960er und 1970er Jahren auf rund 240 000 Personen p.a. belief, ist diese Zahl nach dem ersten Ölpreisschock von 1973 auf rund 140 000 Personen p.a. in den 1970er und 180.000 Personen p.a. in den 1980er Jahren gesunken, um dann nach dem Fall der Mauer in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auf 260.000 Personen p.a. anzusteigen. Im Zuge der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung ist die Nettozuwanderung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf fast Null gesunken. Die restriktive Einwanderungspolitik nach dem ersten Ölpreisschock ist folglich mit einem deutlichen Rückgang der Zuwanderungszahlen verbunden. Ein deutlicher Anstieg der Zuwanderung aus Griechenland, Portugal und Spanien ist nach Einführung der Freizügigkeit im Zuge der Süderweiterung der EU nicht zu beobachten. Diese auf den ersten Blick möglicherweise überraschenden Ergebnisse stehen in Übereinstimmung mit einer Reihe jüngerer empirischer Studien, die sich ebenfalls auf mikroökonomische Analysen stützen. Die Ergebnisse können innerhalb von Standardmodellen der Außenwirtschaftstheorie erklärt werden, nach denen sich offene Volkswirtschaften an eine Ausweitung des Arbeitsangebotes durch verstärkten Handel und eine Veränderung der Produktions- und Handelsstrukturen anpassen, ohne dass sich der relative Preis für Arbeit oder die Beschäftigungschancen verringern. Für eine offene Volkswirtschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland sind diese Modelle von hoher Relevanz. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die Analyse der ökonomischen und institutionellen Determinanten der Wanderungsbedingungen zeigt, dass 1. die Brutto- und Nettozuwanderung prozyklisch mit der Konjunktur schwankt, 2. eine positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsentwicklung im Zielland und der Zuwanderung besteht, während die Beschäftigungsentwicklung im Herkunftsland die Migration kaum beeinflusst, 3. die Nettozuwanderung mit der Konvergenz der pro-Kopf-Einkommen stetig abnimmt. Die ausländische Bevölkerung in Deutschland ist im Durchschnitt erheblich jünger und geringer qualifiziert als die deutsche Bevölkerung. Sie ist allerdings deutlich besser ausgebildet als der Durchschnitt der Bevölkerung in den Herkunftsländern. Die Schätzung des Wanderungspotenzials stützt sich auf ein Fehlerkorrekturmodell, mit dessen Hilfe das Migrationspotenzial im langfristigen Gleichgewicht wie auch die Geschwindigkeit der Anpassung an dieses Gleichgewicht geschätzt werden können. Als erklärende Variablen werden die Pro-Kopf-Einkommen in den Ziel- und Herkunftsländern, die Beschäftigungsraten, und eine Reihe von institutionellen Faktoren wie Gastarbeiteranwerbung, Freizügigkeit, Diktaturen und Bürgerkriege in den Herkunftsländern usw. herangezogen. Die Datenbasis stützt sich auf die Zuwanderung nach Deutschland aus mehr als 40 Herkunftsländern. Die Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass die ausländische Wohnbe-

völkerung in Deutschland nur geringfügig von gegenwärtig 7,3 Millionen auf rund 8 Millionen Personen in den nächsten drei Dekaden steigen wird, wobei unter Berücksichtigung der Schätzunsicherheit mit großer Wahrscheinlichkeit von einem Intervall von 6 bis 10 Millionen Personen ausgegangen werden kann. Nach den Schätzungen ist ein deutlicher Rückgang der ausländischen Bevölkerung aus den südeuropäischen Herkunftsländern (Griechenland, Italien, Spanien) zu erwarten, eine Stagnation der ausländischen Bevölkerung aus den west- und nordeuropäischen Herkunftsländern sowie ein Anstieg aus den außereuropäischen OECD-Ländern (bei geringem Ausgangsniveau). Ein deutlicher Anstieg ist bei der Zuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten, der Türkei und den außereuropäischen Entwicklungs- und Schwellenländern zu erwarten. Die Szenarien beruhen auf der Annahme, dass alle zehn Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa der EU beitreten werden, nicht jedoch die Türkei und die Mitglieder der GUS. Alle Schätzungen des Migrationspotenzials sind mit großer Ungewissheit behaftet, weil das Verhalten der Migranten über Zeit und Raum zum Teil starken Unterschieden unterliegt. Dies gilt insbesondere für eine Prognose außerhalb der Stichprobe, wie sie für die Länder des ehemaligen Ostblocks vorgenommen werden muss. Die Schätzungen sind deshalb als Szenarien zu verstehen, nicht als Prognose im herkömmlichen Sinne. Auf Grundlage der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden die Effekte der Migration für Löhne, Arbeitsmobilität und Beschäftigungsrisiken einheimischer Arbeitskräfte in den Jahren von 1984 bis 1995 geschätzt. Die Schätzungen kommen zu dem Ergebnis, dass der Anstieg des Ausländeranteils für Löhne und Beschäftigung weitgehend neutral ist: Die Erhöhung des Ausländeranteils in einer Branche um 1% bewirkt 1. einen Anstieg der Löhne einheimischer Arbeitskräfte um 0,01 bis 0,04%, 2. keinen signifikanten Anstieg der Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden und 3. ebenfalls keinen signifikanten Anstieg der Wahrscheinlichkeit, die Branche zu wechseln.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Brücker, H.; Trabold, H.; Trübswetter, P.; Weise, Chr.: Migration: Potential und Effekte für den deutschen Arbeitsmarkt. Zusammenfassung. Berlin, März 2000. S. http://www.diw-berlin.de/deutsch/projekte/docs/wlt_migration_zusammenfassung.pdf.
ARBEITSPAPIERE: Brückner, Herbert u.a.: Migration: Potenzial und Effekte für den deutschen Arbeitsmarkt. Gutachten. Endbericht. Berlin, März 2002. (Publikation im Erscheinen).
ART: gefördert **ENDE:** 2002-03 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Hans-Böckler-Stiftung
INSTITUTION: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Weltwirtschaft (Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin)
KONTAKT: Brücker, Herbert (Dr. Tel. 030-89789-442, Fax. 030-89789-108, e-mail: hbruecker@diw.de); Trabold, Harald (Dr. Tel. 030-89789-282, Fax. 030-89789-200, e-mail: htrabold@diw.de)

[124-L] Chahrokh, Haleh:

Demographic developments and migration in Europe and the U.S. and resulting consequences, in: Gustav E. Gustenau, Otmar Höll, Thomas Nowotny (Eds.): Europe - USA: diverging partners, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2006, S. 171-204, ISBN: 3-8329-1397-1 (Standort: UB Siegen(467)-31PDXC1572)

INHALT: Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung unter Einschluss der Migration in den USA und in Westeuropa wird in vergleichender Perspektive analysiert. Für die USA werden ein deutlicher Anstieg des Bevölkerungswachstums und Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung prognostiziert. In der EU werden ein Rückgang der Bevöl-

kerungszahl und ein Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung erwartet, sofern die Geburten- und Immigrationsraten auf dem bisherigen Niveau verharren. Bis ungefähr 1960 kamen die meisten Immigranten in den USA aus Europa. Seitdem ist dieser Anteil zugunsten der Immigranten aus Asien und Lateinamerika deutlich zurückgegangen. Auf der anderen Seite haben Immigrantenströme vor allem aus Nordafrika und den postkommunistischen Ländern nach Westeuropa deutlich zugenommen. Im Vergleich mit der Entwicklung der Weltbevölkerung wird die Bevölkerung sowohl die USA als auch Westeuropa in Zukunft geringere Anteile zu verzeichnen haben. (GB)

[125-L] Dresel, Irene:

Migration: eine theoretische und ökonometrische Analyse der Wanderungsbewegungen in Deutschland und der Europäischen Union, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 3134), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 314 S., ISBN: 3-631-53970-3 (Standort: LB Koblenz(929)-2006408)

INHALT: "Die Migration von Personen und Arbeitskräften zwischen den heutigen Mitgliedstaaten der EU unterliegt keinerlei Beschränkungen. In der vorliegenden Arbeit sollen die Bestimmungsgründe von Umfang und Richtung sowohl internationaler Personen- bzw. Arbeitskräftewanderung innerhalb der EU unter Freizügigkeitsbedingungen, als auch die der intranationalen Wanderungsströme innerhalb der Bundesrepublik Deutschland untersucht werden mit dem Ziel, das geringe Wanderungsvolumen sowohl innergemeinschaftlich als auch auf nationaler Ebene zu erklären. Dabei ist es nicht ausreichend, die Erfahrungen und Entwicklungen im europäischen Raum darzustellen und zu beschreiben. Es muss zudem versucht werden, die Kausalbeziehungen zwischen den Variablen, welche die Migration beeinflussen und von der diese beeinflusst wird, klarzustellen. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Konstruktion eines Wanderungsmodells. Mit Hilfe dieses Modells wird das Wanderungsverhalten sowohl für die Migration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als auch die Binnenmigration in Deutschland erklärt. Außerdem wird die Migration aus den verschiedenen europäischen Mitgliedstaaten der EU 15 in die verschiedenen deutschen Bundesländer untersucht. Die in den Modellen formulierten Hypothesen über die Bestimmungsgründe der Wanderung werden mit Methoden der Regressionsanalyse empirisch überprüft. Die Ergebnisse dieser Analysen bilden die Grundlage für die anschließende Erklärung des geringen Wanderungsvolumens sowie für die Prognose zukünftiger Wandertrends und wirtschaftspolitischer Implikationen für Europa und Deutschland. Das erste Kapitel (Teil A) führt unter besonderer Berücksichtigung des Konzeptes des europäischen Binnenmarktes mit einer Darstellung des europäischen Integrationsprozesses in den Themenbereich ein. Die anschließenden allgemeinen Überlegungen zur wirtschaftlichen Integration bilden den Rahmen für die theoretische Analyse von Migrationsdeterminanten. Im zweiten Teil (Teil B) wird zunächst ein historischer Überblick über das Wanderungsgeschehen in Europa gegeben und die Bevölkerungsentwicklung dargestellt. Die anschließenden Kapitel zeigen das Wanderungsgeschehen in Deutschland auf und die verschiedenen Zuwanderergruppen nach Deutschland werden genauer beschrieben. Teil B soll dazu dienen, die Größenordnungen der internationalen Wanderungsbewegungen sowohl in die Europäische Gemeinschaft, als auch nach Deutschland zu erörtern und damit gleichzeitig die Notwendigkeit der Zuwanderung - insbesondere nach Deutschland - deutlich machen. Nach der Spezifikation des Wanderungsmodells wird in Teil C eine Analyse der Bestimmungsgründe der Migration zwischen den Mitgliedstaaten der EU und der Binnenmigration in Deutschland, sowie eine weitere Analyse der Bestimmungsgründe der Wanderung aus den EU-Ländern nach Deutschland durchgeführt.

Dabei wird der Versuch unternommen, das makroanalytische Modell mit einem mikroökonomischen Erklärungsansatz zu begründen. Mit Hilfe einer multiplen Regressionsanalyse werden die Hypothesen über die Bestimmungsgründe der Migration getestet. Auf der Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse erfolgen abschließend ein Erklärungsversuch der geringen Wanderungsvolumina und eine Einschätzung der künftigen Wanderungsbewegungen." (Autorenreferat)

[126-L] Galonska, Christian; Berger, Maria; Koopmans, Ruud:

Über schwindende Gemeinsamkeiten - Ausländer- versus Migrantenforschung: die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels zur Erforschung ethnischer Minderheiten in Deutschland am Beispiel des Projekts "Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin", (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung, 2004-401), Berlin 2004, 78 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040107004; Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2004/iv04-401.pdf>); Forschungsbericht/-Nummer: SP IV 2004-401

INHALT: "Das Bild ethnischer Minderheiten in Deutschland beruht vornehmlich auf der medialen Darstellung, der politischen Perzeption und der sozialstatistischen Erfassung von 'Ausländern'. Dabei sind Ausländer im formellen Sinne spätestens seit der verstärkten Zuwanderung 'volksdeutscher' Spätaussiedler und verschiedener Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts in den neunziger Jahren nur noch eine, zudem schrumpfende, Teilmenge der Wohnbevölkerung nichtdeutscher Herkunft. Eine wissenschaftlich bisher zu wenig diskutierte Frage ist, ob man Erkenntnisse, die auf der Untersuchung von Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft beruhen, auf die eigentlich im Fokus der politischen Diskussion stehenden Gruppe, die hier zusammenfassend 'Migranten' genannt wird, noch verallgemeinern kann. Das Projekt 'Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin' berücksichtigt die veränderten Rahmenbedingungen, indem es die politische und zivilgesellschaftliche Integration von 'Allochthonen' untersucht. Diese amtliche niederländische Definition bezeichnet alle Personen, die entweder selbst oder von denen mindestens einer ihrer Elternteile außerhalb ihres momentanen Aufenthaltslandes geboren wurden. Basis des vorliegenden Papiers ist die Feldarbeit der Berliner Teilstudie des Projekts in Form einer telefonischen Befragung von Deutschen, Türken, Italienern und Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, einschließlich deutschstämmiger Aussiedler und jüdischer Kontingentflüchtlinge. Es wird die Frage erörtert, ob eine solche Perspektivenerweiterung bei der Bestimmung der Grundgesamtheit, mit der Folge methodischer Innovationen bei Stichprobenkonzept und Befragungstechnik, inhaltlich notwendig ist, um die politische und zivilgesellschaftliche Integration ethnischer Minderheiten realitätsnah abbilden zu können. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass auf Basis von Ausländerbefragungen gewonnene Erkenntnisse nicht länger repräsentativ für die in Deutschland lebenden Migranten sind." (Autorenreferat)

[127-L] Haug, Sonja; Diehl, Claudia (Hrsg.):

Aspekte der Integration: Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 35), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 360 S., ISBN: 3-531-14772-2

INHALT: "Der Sammelband enthält die Auswertungen des 'Integrations surveys' des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Bei diesem Survey handelt es sich um eine thematisch breit angelegte Befragung deutscher, türkischer und italienischer junger Erwachsener. Anhand dieser Daten wird ein Überblick über den Status quo der Eingliederung dieser zwei großen Zuwanderergruppen in Bereichen wie dem Migrationsverhalten, der schulischen und beruflichen Bildung, den Familien- und Freundschaftsbeziehungen, und der gesellschaftlichen und politischen Partizipation gegeben." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Claudia Diehl: Der Integrations survey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (11-22); Ulrich Mammey: Der Integrationsbegriff in der deutschsprachigen Sozial- und Politikwissenschaft (23-49). Sozialstruktur und Migrationsverhalten - Sonja Haug: Familienstand, Schulbildung und Erwerbstätigkeit. Eine Analyse der ethnischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten (51-75); Sonja Haug: Arbeitsmigration, Familiennachzug, Heiratsmigration - die zweite Einwanderergeneration und ihre Migrationsbiographie (77-95). Schulische und berufliche Bildung - Susanne von Below: Die schulische Bildung von Migranten. Zum Einfluss von sozialstrukturellen, regionalen und subjektiven Merkmalen (97-131); Heike Diefenbach: Determinanten des Bildungserfolgs unter besonderer Berücksichtigung intergenerationaler Transmission (133-157); Claudia Diehl: Die Auswirkungen längerer Herkunftslandaufenthalte auf den Bildungserfolg türkisch- und italienischstämmiger Schülerinnen und Schüler (159-178); Susanne von Below: Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher (179-194). Familien- und Freundschaftsbeziehungen - Sonja Haug: Zur Erklärung ethnischer Unterschiede in der Partnerwahl und im generativem Verhalten (195-225); Sonja Haug: Soziale Integration durch soziale Einbettung in Familie, Verwandtschafts- und Freundesnetzwerke (227-250); Sonja Haug: Interethnische Kontakte, Homogenität und Multikulturalität der Freundesnetzwerke (251-275); Susann Rabold, Claudia Diehl: Migration und familiäre Konflikte (277-290). Gesellschaftliche und politische Partizipation - Claudia Diehl: Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen (291-308); Claudia Diehl: Wer wird Deutsche/r und warum? Bestimmungsfaktoren der Einbürgerung türkisch- und italienischstämmiger junger Erwachsener (309-335); Sonja Haug: Fazit (337-350).

[128-L] Jaeger, Franz; Stier, Winfried (Hrsg.):

Migration und Wirtschaftswachstum, Diessenhofen: Rüegger 2002, 119 S., ISBN: 3-7253-0726-1 (Standort: UB Konstanz(352)-wru137j12k)

INHALT: "Viele europäische Länder, allen voran die Schweiz, weisen zunehmend angebotsseitige Wachstumsdefizite auf. Die wichtigsten Gründe hierfür lassen sich einerseits bei der - regulierungsbedingten - Limitierung der Produktivitätspotenziale und andererseits bei der beschränkten Verfügbarkeit vor allem hoch qualifizierter Arbeitskräfte orten. Schon während der Rezession der 1990er-Jahre fehlten diese an allen Ecken und Enden. Überlagert wird das Phänomen durch eine Überalterung unserer Gesellschaften, die mit Blick auf die langfristige Finanzierung von Rentenansprüchen und Krankenkassen auch die Schweiz beunruhigen muss. Dass man zur Bewältigung solcher Probleme - unter anderem - um eine Neuausrichtung nicht nur der Familien-, sondern auch der Einwanderungspolitik nicht herumkommt, wird immer deutlicher. Klar auch, dass es dabei in erster Linie darum geht, die dramatischen Lücken auf dem Arbeitsmarkt durch eine gelenkte Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften zu schließen, die auch bereit sind, sich mit ihren Familien in der neuen Gesellschaft zu integrieren. Denn vieles deutet darauf hin: Während die frühere strukturerhaltende Immigrationspolitik den wirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt hemmte, trägt die heutige

Migration von IT Spezialisten, technischen und wissenschaftlichen Fachkräften und Führungskräften, zur Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen bei. Sie erschließt neue Produktivitätspotenziale und bremst den demographischen Überalterungsprozess. In diesen Segmenten werden zudem durch die Zuwanderungen keine einheimischen Arbeitskräfte verdrängt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Franz Jaeger: Vorwort (5-6); Migration und Wachstum: Bernd Schips: Demographie, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung - Einige eher unerfreuliche Feststellungen (11-30); David Syz: Die Bedeutung der Ausländerpolitik für das Wirtschaftswachstum (31-38); Thomas Straubhaar: Migration: Was lehrt uns die Empirie? 39-58). Gesellschaftliche Aspekte der Migration: Beat Kappeler: Ab und Auf im Arbeitsmarkt: die Rolle der Ausländer (61-68); Rebekka Ehret: From fakes to facts - Warum eine Versachlichung der Integrationsthematik Not tut (69-82); Serge Gaillard: Mindestlöhne statt polizeiliche Kontrolle der Immigrantinnen und Immigranten (83-97). Migration und Ökonomie: Die Politik ist gefordert: Joseph Deiss: Migration und Ökonomie: Die Politik ist gefordert (101-112).

[129-F] Kaufmann, Margit, Dr. (Bearbeitung):

Assistierte Reproduktion bei deutschen Paaren und bei Paaren in der Migration

INHALT: keine Angaben

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 09 Kulturwissenschaften, Bremer Institut für Kulturforschung -bik- (Postfach 330440, 28334 Bremen)

[130-F] Kloke, Susanne; Becker-Reuter, Maria; Uske, Hans; Kaewnetara, Eva (Bearbeitung):

Älterwerden in Deutschland. Schritte zur Öffnung des Pflegeversorgungssystems für hilfs- und pflegebedürftige MigrantInnen; Entwicklung/ Erprobung von interkulturellen Qualifizierungskonzepten für Beschäftigte der Altenpflege

INHALT: Probleme und Ziele: Einer der großen demographischen Umbrüche der nächsten Jahre wird die Veränderung der Altersstruktur der Migrantinnen und Migranten in Deutschland sein. Die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer kommen zunehmend ins Rentenalter, und sie werden mehrheitlich nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Seit ein paar Jahren wird in Fachkreisen diskutiert, welche Folgen dieser Umbruch für das Pflegeversorgungssystem hat. Erste Studien und Pilotprojekte existieren bereits, in der politischen Diskussion wird Handlungsbedarf angemeldet. Die wenigen vorhandenen Konzepte zu Angeboten für Migrantinnen und Migranten innerhalb alltäglicher Praxis bestehender Einrichtungen liefern eine erste allgemeine Grundlage. Mit dem Projekt soll ein Beitrag dazu geleistet werden, diese auf die jeweils spezifischen Bedürfnislagen vor Ort (Wuppertal) auszuwerten und anzuwenden. Altenpflegerinnen und -pfleger müssen auf den Kontakt mit MigrantInnen in ihrem Berufsalltag vorbereitet werden, indem sie über den Erwerb von Kenntnissen der kulturellen Hintergründe ihrer Kunden und Klienten hinaus, kultursensibles Handeln einüben können. Sie müssen lernen, mit kulturell verschiedenen Auffassungen von Gesundheit, Krankheit, Alt werden, Leben und Sterben von alten Migrantinnen und Migranten umgehen zu können, ethnisch begründete Konflikte zu erkennen und adäquat zu handeln. Schließlich müssen sie diese Kenntnisse und Erfahrungen weitergeben können. Gegenüber deutschen Bewohnerinnen und Bewohnern von Altenheimen werden sie die Aufgabe bekommen, Multiplikatoren dieser Kenntnisse aufgrund ihres richtungsweisenden Handelns zu sein. In dem Projekt sollen migrati-

onsthematische Module für die Weiterbildung von Pflegekräften im Bereich der Altenhilfe entwickelt und erprobt werden. Das Projekt wird federführend durchgeführt vom Berufsbildungswerk des DGB (bfw) Wuppertal. Die wissenschaftliche Begleitung übernimmt die Projektgruppe Logistik und Dienstleistung im Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung an der Gerhard-Mercator-Universität-Gesamthochschule Duisburg. Projektort ist das Fachseminar für Altenpflege im Berufsbildungswerk des DGB (bfw) in Wuppertal. Kooperationspartner in Wuppertal sind: das St. Lazarus-Haus in Wuppertal, der Altenpflegeverbund der Bergischen Diakonie in Aprath, der Alten- und Krankenpflegedienst Ute Zemaitis in Wuppertal, das Lutherstift, Seniorenzentrum Elberfeld, Ambulante Pflege Wuppertal.

ART: gefördert *BEGINN:* 2000-01 *ENDE:* 2001-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Stadt Wuppertal

INSTITUTION: Berufsbildungswerk - Gemeinnützige Bildungseinrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH -bfw- (Schimmelbuschstr. 55, 40699 Erkrath); Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. -RISP- an der Universität Duisburg-Essen (Heinrich-Lersch-Str. 15, 47057 Duisburg)

KONTAKT: Kloke, Susanne (Tel. 02363-979324, Fax: -979334); Uske, Hans (Dr. Tel. 0203-3630331, Fax: -3632596, e-mail: hans.uske@uni-duisburg.de)

[131-F] Lederer, Harald, Dipl.-Soz.; Rühl, Stefan, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Heckmann, Friedrich, Prof.Dr. (Leitung):

Migrationsbericht 1999. Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland

INHALT: Der Migrationsbericht behandelt das Migrationsgeschehen der 90er Jahre in Deutschland, insbesondere für die Jahre 1997 und 1998. Migration wird zu diesem Zweck hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer Alters-, Geschlechts-, Ziel- und Herkunftsländerstruktur analysiert. Darüber hinaus werden die einzelnen Migrationsarten in ihren Größenordnungen detailliert dargestellt. Für die Jahre 1997 und 1998 lässt sich feststellen, dass es - im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre - zu einer "Beruhigung" des Migrationsgeschehens gekommen ist. So ist zum einen sowohl die Zahl der Asylantragsteller als auch die Zahl der Spätaussiedler im Jahr 1998 auf den niedrigsten Stand seit 1987 gesunken. Zum anderen ist der Rückgang darauf zurückzuführen, dass 1997 und 1998 deutlich mehr Ausländer aus Deutschland weg- als zugezogen sind. Die Analyse zeigt, dass der größte Teil der ausländischen Zuwanderer der 90er Jahre sich nicht auf Dauer in Deutschland niedergelassen hat; insbesondere Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien haben Deutschland wieder verlassen. Weitere wichtige Ergebnisse sind: verglichen mit Anfang der 90er Jahre sank die Zahl der Asylantragsteller sowie der Spätaussiedler auf jeweils circa 100.000 Neuzugänge im Jahr 1998 ab; die EU-Binnenmigration (Wanderungen zwischen Deutschland und der Europäischen Union) sowie der Ehegatten- und Familiennachzug haben an der Gesamtwanderung nur einen relativ geringen Anteil und blieben in den vergangenen Jahren konstant; die Beschäftigungskontingente für Werkvertragsarbeitnehmer wurden kontinuierlich reduziert, so dass 1998 nur circa 30.000 Personen auf Basis dieser Regelung in Deutschland arbeiteten; die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sinkt von ehemals 350.000 im Jahr 1996 kontinuierlich; dennoch hat Deutschland, über die gesamten 90er Jahre betrachtet, im europäischen Vergleich hinter Luxemburg und der Schweiz die dritthöchste Pro-Kopf-Zuwanderung zu verzeichnen. Wie weiterhin aus dem vorliegenden Bericht hervorgeht, ist die statistische Erfassung von Wanderungsbewegungen methodisch unbefriedigend. So lässt beispielsweise die bisherige amtliche Zu- und Fortzugsstatistik keine Differenzierung nach einzelnen Zuwanderergruppen zu. Daher dient der vorliegende Migrationsbe-

richt auch dazu, einige konkrete Anregungen zur Beseitigung der Defizite der amtlichen Statistik zu geben. *ZEITRAUM*: 1990-1999 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland
ART: Auftragsforschung; Gutachten *BEGINN*: 1999-06 *ENDE*: 1999-12 *AUFTRAGGEBER*:
 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration *FINANZIERER*:
 Institution; Auftraggeber
INSTITUTION: europäisches forum für migrationsstudien -efms- Institut an der Universität
 Bamberg (Katharinenstr. 1, 96052 Bamberg)
KONTAKT: Lederer, Harald (Tel. 0951-932020-16,
 e-mail: harald.lederer@sowi.uni-bamberg.de)

[132-F] Mammey, Ulrich, Dr. (Bearbeitung):

Die demographischen Charakteristiken der Immigranten-Bevölkerung in Deutschland

INHALT: Die 'Group of specialists on the demographic characteristics of immigrant populations (PO-S-MIG)' des Europarats hat die Aufgabe, im Zeitraum zwischen Januar 1999 und Dezember 2001 Länderberichte über die demographischen Charakteristiken der Einwanderungsbevölkerungen von 10 ausgewählten europäischen Ländern sowie einen Synthesebericht hierzu zu erarbeiten. Im Rahmen der Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe hat das BiB die Aufgabe übernommen, den Länderbericht für Deutschland zu erstellen. Hierzu sind nach einer von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Gliederung u.a. Analysen über den historischen Hintergrund der Einwanderung, über Wanderungsmuster, über den Einfluss der Migration auf die Gesamtbevölkerung, über die Struktur der Einwanderungsbevölkerung, ihre Fertilitätsmuster, Heiratsverhalten und Mortalität sowie über den Wandel ihrer Haushalts- und Familienstrukturen anzufertigen. Schwerpunktmäßig sollen in den Länderberichten die Migrantengruppen aus nichteuropäischen Ländern, vor allem aus der Türkei und aus Nordafrika, behandelt werden. *ZEITRAUM*: 1945-2001 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland
METHODE: Literatur- und Datenanalyse; Daten der amtlichen Statistik *DATENGEWINNUNG*:
 Daten der amtlichen Statistik
VERÖFFENTLICHUNGEN: Geplant durch Europarat.
ART: Auftragsforschung *BEGINN*: 1999-01 *ENDE*: 2001-12 *AUFTRAGGEBER*: Europarat *FINANZIERER*: Institution
INSTITUTION: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BIB- (Postfach 5528, 65180 Wiesbaden)

[133-L] Meier-Braun, Karl-Heinz; Kilgus, Martin A. (Hrsg.):

Migration 2000 - Perspektiven für das 21. Jahrhundert: 5. Radioforum Ausländer bei uns,
 Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1998, 153 S., ISBN: 3-7890-5542-5

INHALT: Beiträge zum '5. Radioforum Ausländer bei uns', das unter dem Motto 'Ausländer, Politik und Medien' im Jahre 1997 vom SDR veranstaltet wurde. Inhaltsverzeichnis: Karl-Heinz Meier-Braun: Neue Völkerwanderung? Internationale Migrations- und Wanderungsbewegungen werden oft falsch eingeschätzt (19-27); Franz Nuscheler: Migration und Konfliktpotentiale im Jahr 2000 (29-38); Herwig Birg: Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung von Einwanderungen (39-51); Bernd Knabe: Neue Völkerwanderung aus Osteuropa? Wanderungspotential und Formen der politischen Steuerung (53-69); Ursula Mehrländer / Carsten Ascheberg / Jörg Ueltzhöffer: Integrationsprozeß: Deutsche Sprachkenntnisse, Mediennutzung, Freizeitverhal-

ten, Erfahrungen mit Ausländerfeindlichkeit, Aufenthaltsdauer und Lebensplanung in Deutschland (71-87); Dietrich Thränhardt: Gleichberechtigung, Eigenart und Zusammenarbeit. Sozialarbeit und Interessenvertretung in einem pluralistischen Deutschland (89-107); Ulrich Neuwöhner / Georg Ruhrmann: Das Interesse der Radiohörer an Ausländerthemen. Ergebnisse einer repräsentativen Studie in Baden-Württemberg (109-131). (ZPol, NOMOS)

[134-L] Pflugbeil, Stephan Dirk:

Auswirkungen der internationalen Migration auf die Bundesrepublik Deutschland: theoretische und empirische Analysen vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung, Regensburg 2005, VII, 257 S. (Graue Literatur; URL: http://www.opus-bayern.de/uni-regensburg/volltexte/2005/565/pdf/Pflugbeil_Auswirkungen%20der%20internationalen%20Migration.pdf)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit untersucht wissenschaftlich anhand eines theoretischen Modells, wie sich internationale Migration auf die Volkswirtschaft des Aufnahmelandes auswirkt - nicht nur im Rahmen der EU-Osterweiterung. Kapitel eins enthält neben einer Hinführung zum Thema einen allgemeinen Überblick über Migration. In Kapitel zwei werden Arbeitsmarktauswirkungen von Zuwanderung aus theoretischer Sicht untersucht. Nach einer Ausführung über die bedeutendsten Migrationsmodelle erfolgt die Beschreibung eines Modells mit unvollkommener Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, das um die Möglichkeit der Migration erweitert wird, um daraufhin die Auswirkungen der Migration von qualifizierten oder unqualifizierten Arbeitnehmern zu analysieren. Im dritten Kapitel werden die Auswirkungen internationaler Migration anhand der Erfahrungen Deutschlands dargestellt: Republikflüchtlinge, Gastarbeiter, Aussiedler, Spätaussiedler und Asylsuchende. Anschließend werden die demografischen Auswirkungen, Arbeitsmarkteffekte, Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage, fiskalischen und sozialen Effekte dieser Zuwanderergruppen beschrieben. Kapitel vier befasst sich mit der Personenfreizügigkeit in der EU seit der Osterweiterung. Es wird kurz der Prozess der Osterweiterung beschrieben. Des Weiteren wird die Personenfreizügigkeit thematisiert. Anschließend werden die bis heute veröffentlichten Prognosen über die erwartete Zuwanderung dargestellt und Kritikpunkte an derartigen Prognosen aufgezeigt. Daran schließt sich eine Diskussion über die Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutschen Sozialversicherungssysteme an. Das Kapitel endet mit einer Beschreibung der Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die alten und neuen Mitgliedsländer. Kapitel fünf beendet die Arbeit mit einer Schlussbetrachtung." (Autorenreferat)

[135-F] Rohrmann, Sabine, Dipl.-Ökotroph. (Bearbeitung); Razum, Oliver, Dr.med. (Leitung):

Morbidität von Migranten im Deutschen Sozio-ökonomischen Panel im Längsschnitt

INHALT: Migranten haben als Minoritäten ein höheres Gesundheitsrisiko als die deutsche Majoritätsbevölkerung. Andererseits sind (Arbeits-)Migranten bei der Einreise eine Gruppe mit besonders gutem Gesundheitsstatus. Es wird die Entwicklung des Gesundheitsstatus über die Zeit in Abhängigkeit von sozio-ökonomischen Co-Variablen untersucht. **ZEITRAUM:** 1984-1997 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** alte Bundesrepublik, ab 1990 Deutschland

METHODE: Messung selbst berichteter Morbidität sowie der Mortalität im Längsschnitt eines Panels. Untersuchungsdesign: Panel **DATENGEWINNUNG:** Sekundäranalyse von Individualdaten; Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Stichprobe: 3.833 -realisiert-; Herkunft der Daten: GSOEP Deutscher sozio-ökonomischer Panel; Auswahlverfahren: total).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Razum, O.; Zeeb, H.; Rohrmann, S.: The "healthy migrant effect". Not merely a fallacy of inaccurate denominator figures. in: *International Journal of Epidemiology*, 29, 2000, 1 (forthcoming).

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 1999-10 *ENDE:* 2000-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Medizinische Fakultät Heidelberg, Hygiene-Institut Abt. Tropenhygiene und Öffentliches Gesundheitswesen (Im Neuenheimer Feld 324, 69120 Heidelberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 06221-562578, e-mail: oliver.razum@urz.uni-heidelberg.de)

[136-F] Sauer, Martina, Dr. (Bearbeitung):

Die Bedeutung der Religion im Alltag türkischstämmiger Migranten in Deutschland

INHALT: 1. Welche Bedeutung hat die Religion im Alltag der Muslime? 2. Welche Einstellungen und Meinungen vertreten sie? 3. Inwieweit unterscheiden sich die Generationen? 4. Welche Dachorganisation vertritt die Muslime? *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Anhand einer telefonischen Befragung sollen soziodemographische Merkmale und Ausprägungen und Einstellungen untersucht werden. Vergleich mit Daten aus 2001. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe *DATENGEWINNUNG:* Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: 1.000; volljährige türkischstämmige Migranten in Deutschland; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2005-05 *ENDE:* 2005-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Stiftung Zentrum für Türkeistudien Institut an der Universität Duisburg-Essen (Altendorfer Str. 3, 45127 Essen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0201-3198-103, e-mail: sauer@zft-online.de)

[137-L] Statistisches Bundesamt (Urheber):

Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2003, Wiesbaden 2005, 166 S., ISBN: 3-8246-0739-5 (Standort: IAB; Graue Literatur)

INHALT: "Mit der Veröffentlichung wird ein statistisches Gesamtbild über die ausländische Bevölkerung in Deutschland dargestellt. Dafür wurden Daten zu Ausländerinnen und Ausländern aus verschiedenen Bereichen der amtlichen Statistik und aus Geschäftsstatistiken weiterer Institutionen - wie dem Bundesverwaltungsamt, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Bundesagentur für Arbeit ausgewählt und zusammengestellt. Die Daten beschreiben die Situation der ausländischen Bevölkerung in verschiedenen Lebensbereichen und vergleichen sie - soweit möglich - mit der Situation der deutschen Bevölkerung. Neben Daten zu demografischen und familiären Strukturen von Ausländerinnen und Ausländern finden sich auch Informationen über Zu- und Fortzüge, Wohnverhältnisse, Bildungs- und Ausbildungsstruktur, Erwerbstätigkeit, Sozialhilfe und Leistung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Schwerbehinderung, Straffälligkeit und Einbürgerung. Darüber hinaus werden Eckdaten zu verschiedenen Migrantengruppen wie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber dargestellt." (Autorenreferat)

[138-L] Swiaczny, Frank; Haug, Sonja (Hrsg.):

Neue Zuwanderergruppen in Deutschland: Vorträge der 7. Tagung des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Institut der Universität Erlangen in Erlangen am 25. November 2005, (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 118), (7. Herbsttagung "Neue Zuwanderergruppen in Deutschland", 2005, Erlangen), Wiesbaden 2006, 174 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft118.pdf>)

INHALT: "Der Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) veranstaltete seine nunmehr 7. Herbsttagung am 25. November 2005 in Erlangen zum Thema 'Neue Zuwanderergruppen in Deutschland'. Den Auftakt der Tagung bildete die historische Betrachtung der Integration deutscher Flüchtlinge und Vertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg. Es folgten Vorträge, die die aktuellen Entwicklungen bei 'älteren' Zuwanderergruppen, die neuen Zuwanderergruppen seit den 1990er Jahren und die internationalen Perspektiven der Wanderung zum Gegenstand hatten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Michael von Engelhardt: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs (7-24); Martin Kohls, Reiner H. Dinkel: Ehemalige Zuwanderer als heutige Rentenempfänger - Kaufkraftverlust oder -gewinn (25-40); Nina Rother: Migration innerhalb der EU: Wer zieht warum nach Deutschland - und mit welchem Erfolg? (41-54); Wolfgang Seifert: Eingebürgerte als "neue" Zuwanderungsgruppe am Beispiel von NRW (55-64); Sonja Haug, Michael Wolf: Jüdische Zuwanderer in Deutschland (65-82); Barbara Schramkowski: "Aber bei den Leuten angenommen zu sein, da fehlt es" (83-96); Wolfgang Bautz: Schrumpfende Regionen - schrumpfende Integration (97-108); Lenore Sauer: Zuwanderung aus den Staaten der GUS nach Deutschland (109-126); Frank Swiaczny: Internationale Migration als globales Phänomen und seine Auswirkungen auf den demographischen Wandel in den Industrie- und Entwicklungsländern (127-158); Holger Kolb: Internationale Mobilität von Hochqualifizierten - (k)ein Thema für die Migrationsforschung (159-174).

[139-L] Swiaczny, Frank; Haug, Sonja (Hrsg.):

Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration: Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration - Integration - Minderheiten der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Dt. Ges. f. Geographie in Bern, 2.10.2003, (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 112), (5. Herbsttagung "Migration", 2003, Bern), Wiesbaden 2004, 149 S. (Standort: UuStB Köln(38)-20040106962; Graue Literatur; URL: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft112.pdf>)

INHALT: "Der vorliegende Materialienband dokumentiert einen Teil der Vorträge, die am 2. Oktober 2003 bei der jährlichen Herbsttagung des Arbeitskreises 'Migration - Integration - Minderheiten' der Deutschen Gesellschaft für Demographie gehalten wurden. Die Herbsttagung fand bereits zum zweiten Mal in interdisziplinärer Kooperation statt, diesmal mit dem Arbeitskreis 'Bevölkerungsgeographie' der Deutschen Gesellschaft für Geographie anlässlich des 54. Deutschen Geographentags in Bern. Die Tagung stand unter dem Leitthema 'Migration'. Das Ziel einer möglichst breiten interdisziplinären Diskussion des Themenspektrums 'Migration - Integration - Minderheiten' wird bei der Herbsttagung 2004 unter dem Titel 'Migration in Europa' zusammen mit dem europäischen forum für migrationsstudien (efms) weiter verfolgt. Unter dem Leitthema 'Migration' wurden während der Tagung facettenreiche Aspekte bevölkerungsgeographischer und demographischer Forschungen diskutiert. Die Beiträge

beschäftigen sich mit Fragen der Integration von Migranten, der Selektivität von Migration sowie internationalen Fallstudien aus Indien und Russland. Neben unterschiedlichen Typen der Migration - international, inter- oder intraregional - wurden während der Tagung auch Fragen nach den Wanderungsmotiven, legalen und illegalen Migrationsformen oder den Auswirkungen der Wanderung in den Herkunfts- und Zielgebieten behandelt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I. Migration und Integration - Felicitas Hillmann: Sozialgeographische Perspektiven der Migration und Integration in Europa (7-26); Noelle Noyes: Die Integration der Spätaussiedler in den alten und neuen Bundesländern. Ein Vergleich der Städte Garbsen und Strausberg (27-52); Yvonne Langer: Die Rolle von Kultur und Identität im Integrationsprozess von Zuwanderern und ihre Implikationen für die kommunale Integrationspolitik (53-68). II. Migration und Selektivität - Heike Pethé: Die Migration von hochqualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland. Eine Untersuchung zur "Greencard" (69-94); Grit Beck: Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland (95-112). III. Internationale Wanderungsforschung - Jochen Mistelbacher: Wohnstandortwahl und innerstädtische Wanderungsbewegungen unterer Sozialschichten in der indischen Megastadt Delhi (113-130); Daniel Göler: Migration und Bevölkerungsentwicklung an der nördlichen Peripherie Russlands (131-149).

[140-L] Worbs, Susanne; Wolf, Michael; Schimany, Peter:

Illegalität von Migranten in Deutschland: Zusammenfassung des Forschungsstandes, (Working Paper / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2/2005), Nürnberg 2005, 24 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Migration/Publicationen/Forschung/wp2-Illegalitaet,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/wp2-Illegalitaet.pdf>)

INHALT: "Dieses Working Paper ist die überarbeitete Fassung eines Grundlagenpapiers, das für das Bundesministerium des Innern (Referat M I 1) im Januar 2005 erstellt wurde. Es stellt in knapper Form grundlegende Aspekte der Illegalität von Migranten in Deutschland dar. Dazu zählen die rechtlichen Rahmenbedingungen, eine Charakterisierung der bisher geleisteten Forschung und der Erkenntnisstand hinsichtlich Umfang, Zusammensetzung und Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe. Weiterhin werden die Standpunkte politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure zum Umgang mit Illegalität beschrieben und ausgewählte Fragen näher beleuchtet, die in der Praxis vor Ort eine große Rolle spielen (Gesundheitsversorgung, Einschulung von Kindern, illegale Beschäftigung)." (Textauszug)

6 Auswirkungen des demographischen Wandels auf Länder, Kommunen und Gemeinden

[141-L] Augurzky, Boris; Neumann, Uwe:

Ökonomische Ressourcen älterer Menschen: regionalwirtschaftliche und fiskalische Effekte einer Förderung der Seniorenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, (RWI-Materialien, H. 19), Essen 2005, 47 S., ISBN: 3-936454-50-7 (Graue Literatur; URL: http://www.rwi-essen.de/pls/portal30/docs/FOLDER/PUBLIKATIONEN/RWIMAT/RWI_MAT019/M_19_SENIOREN_SC.PDF; http://deposit.ddb.de/ep/netpub/50/23/57/975572350/_data_stat/M_19_Senioren_SC.pdf)

INHALT: "Angesichts der gesellschaftlichen Alterung ist es aus volkswirtschaftlicher Sicht unabdingbar, ältere Menschen stärker in das Wirtschaftsgeschehen zu integrieren, einerseits um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel bei Jüngeren entgegenzuwirken, andererseits um den Sozialstaat zu entlasten. Bisher fehlt es an Untersuchungen, die die volkswirtschaftlichen Effekte möglicher Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft quantifizieren und dadurch die Kosten der Nichtbeachtung dieser ökonomischen Ressourcen aufzeigen. In der vorliegenden Studie werden Auswirkungen seniorenwirtschaftlicher Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen geschätzt. Dabei werden die Veränderungen im Vergleich mit der zu erwartenden Entwicklung ohne entsprechende Eingriffe abgebildet. Die Prognose erfolgt mit Hilfe eines regional-ökonomischen Modells. Auf Basis dieser Berechnungen werden die Effekte auf Beschäftigung, BIP, Bevölkerung und zusätzliche Steuereinnahmen des Landes und der Kommunen in NRW geschätzt. Die untersuchten Handlungsoptionen beziehen sich auf das Erwerbsverhalten und Einkommen der Senioren, die Höhe und Verteilung ihres Konsums und ihr Migrationsverhalten. Sieben Szenarien zeigen anhand von zentralen wirtschaftlichen Kennziffern auf, welche Effekte infolge ausgewählter Impulse zur Förderung der Seniorenwirtschaft im Zeitraum von 2006 bis 2015 zu erwarten sind. Aufgrund der Ergebnisse lässt sich genauer beurteilen, welchen Beitrag ältere Menschen durch ihre Arbeitskraft bzw. als Konsumenten in den nächsten Jahren zusätzlich zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens leisten könnten. Bei Nutzung dieses Potenzials können die absehbaren negativen Wirkungen des Rückgangs der Bevölkerung und des Erwerbspersonenpotenzials zumindest abgeschwächt werden." (Autorenreferat)

[142-L] Birg, Herwig:

Die ausgefallene Generation: was die Demographie über unsere Zukunft sagt, München: Beck 2005, 157 S., ISBN: 3-406-53749-9

INHALT: "Alterung und Geburtenrückgang sind in den letzten Jahren zu zentralen gesellschaftspolitischen und kulturellen Themen aufgerückt. Die zugrundeliegenden Daten und Fakten verdanken wir der Bevölkerungsforschung, deren Ergebnisse man in Deutschland aus ideologischen Gründen jahrzehntelang nicht zur Kenntnis nehmen wollte. In einem 'Grundkurs Demographie' legt der weltweit renommierte Experte für Bevölkerungsfragen Herwig Birg das Handwerkszeug und die Resultate seiner Wissenschaft für jeden von uns verständlich dar. Er zieht in seinem neuen Buch die Summe dessen, was er über Bevölkerungsforschung zu sagen hat und was wir darüber wissen müssen, wollen wir erkennen, was die demographische Uhr geschlagen hat. Der schwerwiegendste Irrtum über die Natur der Bevölkerungsdynamik ist

der Glaube, daß uns kurzfristiges Handeln vor dem Eintreten der prognostizierten Folgen bewahren könnte." (Textauszug)

[143-F] Bomsdorf, Eckart, Prof.Dr.; Babel, Bernhard, Dipl.-Kfm. (Bearbeitung); Bomsdorf, Eckart, Prof.Dr. (Leitung):

Deutschlands Millionenstädte im demografischen Wandel

INHALT: Mit der Studie "Deutschlands Millionenstädte im demographischen Wandel - Fakten und Perspektiven bis 2040" werden Modellrechnungen für die Entwicklung der Bevölkerung in Köln sowie in Berlin, Hamburg und München dargestellt. Auf der Basis der Vergangenheit wird - ausgehend von je drei Varianten für die drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung - eine Vorausberechnung der Bevölkerung bis zum Jahr 2040 vorgenommen. *ZEITRAUM:* bis 2040 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Berlin, Hamburg, München, Köln

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0221-4702982, e-mail: Bomsdorf@wiso.uni-koeln.de)

[144-L] Bomsdorf, Eckart; Babel, Bernhard:

Deutschlands Millionenstädte im demografischen Wandel: Fakten und Perspektiven bis 2040, (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 116), Wiesbaden 2005, 100 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.bib-demographie.de/publikat/materialien/Heft116.pdf>)

INHALT: Die Studie präsentiert die empirischen Ergebnisse zur Entwicklung der Bevölkerung in den vier größten Städten Deutschlands - Berlin, Hamburg, München und Köln. Im Blickpunkt der Untersuchung stehen im Hinblick auf die betrachteten Städte drei Kernfragen: (1) Wie entwickelt sich der Umfang der Bevölkerung bis 2040? (2) Wie entwickelt sich die Altersstruktur der Bevölkerung bis 2040? (3) Welche Bevölkerungskomponente ist für die Bevölkerungsentwicklung langfristig die wichtigste? Oder globaler formuliert: Können Deutschlands Millionenstädte sich dem Gesamttrend des demografischen Wandels entziehen oder folgen sie ihm? Auf der Basis der Vergangenheit wird - ausgehend von je drei Varianten für die drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Geborene, Gestorbene, Wanderungsüberschuss) - eine Vorausberechnung der Bevölkerung bis zum Jahr 2040 vorgenommen. Die mittlere Variante der Modellrechnungen jeder Stadt geht in ihren Annahmen praktisch vom stadtabhängigen Status quo aus. Die niedrige bzw. die hohe Variante der Modellrechnungen für die Städte gehen von in allen Komponenten vom Status quo abweichenden Annahmen aus. Die Fertilitätsrate wird um den Wert 0,2, die Zuwanderung - bei weitgehender Konstanz der Sockelwanderung 3 - um 5 % gesenkt bzw. erhöht. Für jede Stadt werden die Basisdaten durch Modellrechnungen individuell ermittelt und es findet dem gemäß auch eine hinsichtlich ihrer Annahmen individualisierte Fortschreibung der Bevölkerung statt. Anschließend werden diese Resultate miteinander und mit Ergebnissen für Deutschland insgesamt verglichen. Dabei wird auch eine Bewertung der Entwicklung in den einzelnen Städten vorgenommen. So ist der demografische Wandel in den vier Städten durch einen (unterschiedlich zunehmenden) Alterungsprozess ihrer Bewohner geprägt. (ICG2)

[145-F] Breitenbacher, Katja (Bearbeitung); Peyke, Gerd, Prof.Dr. (Betreuung):

Seniengerechte Infrastruktur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung Deutschlands, dargestellt am Beispiel Bad Mergentheim

INHALT: Vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung in Deutschland Betrachtung der infrastrukturellen Ausstattung für Senioren in Bad Mergentheim (Verbesserungsvorschläge).

GEOGRAPHISCHER RAUM: Deutschland, Bad Mergentheim

METHODE: keine Angaben **DATENGEWINNUNG:** Standardisierte Befragung, face to face (Stichprobe: n=52; Bad Mergentheimer Senioren im Alter von 65 Jahren und älter, die nicht in Alten- oder Pflegeheimen leben; Auswahlverfahren: Quota).

ART: Diplom **BEGINN:** 2002-05 **ENDE:** 2002-11 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie (Postfach 3931, 90020 Nürnberg)

[146-L] Gürtler, Martin:

Demographischer Wandel - Herausforderung für die Kommunen: Auswirkungen auf Infrastruktur und Kommunalfinanzen, (TAURUS-Diskussionspapier, Nr. 8), Trier 2004, 48 S., ISBN: 3-931653-16-1 (Graue Literatur;

URL: <http://www.uni-trier.de/taurus/pdf/diskussionspapier8.pdf>)

INHALT: Der demographische Wandel wird in den kommenden Jahren Deutschland, aber auch die Mehrzahl der übrigen Industrienationen, vor große Herausforderungen stellen. Für Deutschland wird mit einem Rückgang der Bevölkerung von bis zu 15,39 Mio. Menschen gegenüber dem Jahr 2001 auf 67,04 Mio. im Jahre 2050 gerechnet. Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag ein Konzept vor, das es den Kommunen ermöglicht, sich frühzeitig an die Herausforderungen des demographischen Wandels anzupassen. Der sogenannte 'TAURUS-Zukunftcheck' ist ein Instrument, mit dem Kommunen die Folgen des demographischen Wandels für ihre Infrastruktur prognostizieren und analysieren können. Grundlegendes Element des TAURUS-Zukunftcheck ist eine kleinräumige Bevölkerungsprognose, die durch die Variation der zugrunde gelegten Modellannahmen einen Prognosekorridor möglicher Bevölkerungsentwicklungen in der Zukunft aufspannt. Auf den Prognoseergebnissen aufbauend werden im Rahmen einer Wirkungsanalyse die Folgen dieser Bevölkerungsentwicklung für ausgewählte kommunale Handlungsfelder wie kommunale Infrastruktur, Kommunalfinanzen und Schulinfrastruktur analysiert. Aufbauend auf diese Analyse ist es dann Aufgabe der Kommunen, ihre strategische Positionierung im demographischen Wandel festzulegen. Grundsätzlich bieten sich dafür zwei grundlegende strategische Optionen an: Einerseits können Kommunen mit einer Defensivstrategie auf den demographischen Wandel reagieren. Dabei würden sie nicht den Versuch unternehmen, Einfluss auf die weitere demographische Entwicklung in ihrer Gemeinde zu nehmen. Vielmehr würden sie sich auf die Flexibilisierung der Infrastruktur konzentrieren. Andererseits können sich Kommunen für eine offensive Strategie entscheiden und versuchen, die zukünftige demographische Entwicklung zu beeinflussen, um die negativen Folgen - beispielsweise für die kommunale Infrastruktur - zu begrenzen. Diese Vorgehensweise umfasst eine fertilitätsorientierte und/oder wanderungsorientierte Kommunalentwicklung. Die Anwendung dieses Instruments wird am Fallbeispiel einer rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde und der dort prognostizierte Entwicklung der Schulinfra-

struktur mit den entsprechenden Handlungsoptionen zur Infrastrukturflexibilisierung des Schulbereiches dargestellt. (ICG2)

[147-L] Häussermann, Hartmut; Siebel, Walter:

Schrumpfende Städte - schrumpfende Phantasie, in: Merkur : deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Jg. 58/2004, H. 8 = H. 664, S. 682-692 (Standort: USB Köln(38)-AP4481; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Vor dem Hintergrund eines absehbaren einschneidenden demographischen Rückgangs in der Bundesrepublik Deutschland erörtern die Autoren das Schrumpfen der Städte. Die Skizzierung der Folgen für die Stadt umfasst unter Hinzuziehung von Datenmaterial zur Stadtentwicklung seit dem 19. Jahrhundert sechs Dimensionen: (1) Wohnungsmarkt, (2) Stadtgestalt, (3) Segregation, (4) Infrastruktur, (5) Finanzen und (6) Urbanität. In diesem Zusammenhang werden auch die entsprechenden Ausrichtungen und Zielsetzungen der Raumordnungs- und Stadtpolitiken berücksichtigt. Derzeit, so scheint es, ist das Denken in Wachstumskategorien so verfestigt, dass jeder Rückgang, auch der Bevölkerung, als Verlust gedacht wird. Dabei beinhaltet das Schrumpfen auch Chancen hinsichtlich des größeren Platzangebotes im privaten und öffentlichen Raum. (ICG2)

[148-L] Kilper, Heiderose; Müller, Bernhard:

Demographischer Wandel in Deutschland: Herausforderung für die nachhaltige Raumentwicklung, in: Geographische Rundschau : Zeitschrift für Schulgeographie, Jg. 57/2005, H. 3, S. 36-41 (Standort: USB Köln(38)-FHMEa243; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der demographische Wandel in Deutschland ist durch Rückgang, Alterung und Wanderungsbewegungen der Bevölkerung gekennzeichnet. Diese Prozesse sind räumlich unterschiedlich stark ausgeprägt sind. Sie haben erhebliche Folgen für die Siedlungsentwicklung und die Siedlungsdichte, den Flächenverbrauch, die Mobilität sowie die technischen Infrastruktursysteme. Auch unter den veränderten Rahmenbedingungen gibt es zu einer nachhaltigen Raumentwicklung keine Alternative, will man die Umwelt- und Lebensqualität in unseren Städten und Regionen erhalten. Allerdings sind angesichts der mit dem demographischen Wandel verbundenen zukünftigen Herausforderungen bisherige Konzepte der nachhaltigen Raumentwicklung auf den Prüfstand zu stellen." (Autorenreferat)

[149-L] **Kreiszahlen - ausgewählte Regionaldaten für Deutschland: Ausgabe 2005 der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes**, Hannover 2006, 204 S., ISBN: 3-00-018195-4 (Standort: IAB-90-0DE0-000002 BS 380; Graue Literatur)

INHALT: Die Kreisdaten beziehen sich auf die Flächen und Bevölkerungsdichte, die Bevölkerung, natürliche Bevölkerungsbewegungen, Wanderungen und Bevölkerungsveränderungen, die Erwerbstätigkeit, Schulwesen und Qualifikation, Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Bautätigkeiten und Wohnungswesen, Gewerbemeldungen, Gastgewerbe und Tourismus, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen sowie Wahlen. (IAB)

[150-L] Müller, Bernhard; Siedentop, Stefan (Hrsg.):

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 1, Schrumpfung - neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/ Sachsen-Anhalt und Thüringen, (Arbeitsmaterial / Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 303), Hannover 2003, 154 S., ISBN: 3-88838-303-X (Standort: UB Hamburg(18)-B-51910; Graue Literatur)

INHALT: "In allen Teilen Deutschlands sind gegenwärtig mehr oder weniger deutliche Tendenzen und Auswirkungen eines Rückgangs der Bevölkerung sowie eines nachlassenden Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. Die damit verbundenen Entwicklungen stellen sich gerade in Ostdeutschland als ein besonders gravierendes Problem dar. Dazu zählt vor allem die umfangreiche Abwanderung der jungen, aktiven und gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen nach der Wende, der großflächige Leerstand von Wohngebäuden und -siedlungen, die Überkapazitäten der kommunalen Infrastruktur, das wachsende Defizit öffentlicher Haushalte aufgrund des Rückgangs kommunaler und staatlicher Einnahmen bei gleich bleibenden bzw. steigenden Ausgaben sowie das anhaltende Wegbrechen der industriellen Basis vieler Regionen und Kommunen mit einem gravierenden Verlust an Einkommen und an Arbeitsplätzen. Auch wenn die beschriebenen Trends nicht aufzuhalten oder gar umzukehren sind, bietet der Prozess der strukturellen Schrumpfung auch Chancen zum Umdenken und zur Neuorientierung der Stadt- und Regionalentwicklung. Ostdeutschland könnte gerade in dieser Hinsicht zu einem Vorreiter für einen neuen paradigmatischen Ansatz der Steuerung der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland werden. Mit den Beiträgen dieses Bandes werden solche Ansätze zur Steuerung und Begleitung von regionalen Schrumpfungsprozessen vorgestellt und diskutiert." (Autorenreferat)

[151-L] Niebuhr, Annekatriin; Stiller, Silvia:

Demographischer Wandel und Arbeitsmärkte in Norddeutschland, in: Wirtschaftsdienst : Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 85/2005, H. 5, S. 326-332 (Standort: USB Köln(38)-FHM Haa288; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die bevorstehenden demografischen Veränderungen werden sich auch auf den Arbeitsmarkt auswirken, wobei sich die Wirkungen je nach Ausgangsbedingungen innerhalb Deutschlands unterschiedlich stark zeigen werden. Der Beitrag befasst sich mit den quantitativen und altersstrukturellen Wirkungen des demografischen Wandels für die Erwerbsbevölkerung in den norddeutschen Bundesländern Bremen und Hamburg sowie Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und zeigt Handlungsnotwendigkeiten und -optionen auf. Bereits bis zum Jahr 2020 wird das Erwerbspersonenpotential in Norddeutschland spürbar zurückgehen und das Angebot an jüngeren Arbeitskräften, die nach dem neuesten Stand des Wissens ausgebildet wurden, sinken. Es ist davon auszugehen, dass sich Engpässe auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes nach 2020, im Zuge des sich beschleunigenden Rückgangs der Erwerbsbevölkerung, verschärfen werden. Folglich wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Lebensstandard eingeschränkt. Die Auswirkungen des demografischen Wandels erfordern umfassende Reformen auf Bundesebene, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme. Aber auch die Vertreter von Politik und Wirtschaft in den norddeutschen Bundesländern müssen den anstehenden Entwicklungstendenzen entgegenwirken und überfällige Reformen umsetzen. (IAB)

[152-L] Niebuhr, Annekatriin; Stiller, Silvia:

Demographischer Wandel in Norddeutschland - Konsequenzen und Handlungsbedarf, (HWWA-Report, 250), Hamburg 2005, 53 S. (Graue Literatur;

URL: <http://www.hwwa.de/Forschung/Publikationen/Report/2005/Report250.pdf>)

INHALT: Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wird sich in den nächsten Jahrzehnten erheblich verschieben. Vor diesem Hintergrund analysiert die Studie Dimension des demographischen Wandels und damit verbundene ausgewählte ökonomische Probleme auf der Ebene der norddeutschen Bundesländer bis zum Jahr 2020. Basierend auf den Ergebnissen räumlicher Bevölkerungsprognosen werden ausgewählte ökonomische Probleme der Bevölkerungsentwicklung für die Regionen Norddeutschlands, im Hinblick auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt, die öffentliche Infrastruktur und die öffentlichen Haushalte aufgezeigt. Im Anschluss hieran werden Reformbedarf und Handlungsoptionen auf Bundeslandebene und auf der Ebene der Kommunen diskutiert. Die Datengrundlage für den empirischen Teil der Untersuchung stellen Prognosen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung für die Bevölkerung, Erwerbspersonen und die Haushaltszahlen aus dem Jahr 2003 und 2004 dar. Zum norddeutschen Wirtschaftsraum zählen die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie die Flächenstaaten Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Bei der Analyse der ökonomischen Konsequenzen demographischer Probleme auf regionaler Ebene tritt ein Aspekt deutlich hervor: Während Lebenserwartung und Fertilität den demographischen Wandel auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene dominieren, sind die durch die niedrige Fertilität und die hohe Lebenserwartung bedingten demographischen Entwicklungstendenzen für einzelne Regionen keineswegs unausweichlich. Weil Wanderungen zwischen den Regionen innerhalb Deutschlands uneingeschränkt möglich sind, können Wanderungen die Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in einzelnen Regionen erheblich verstärken oder auch umkehren. In einem Fazit merken die Autoren an, dass die Entwicklungstendenzen bis zum Jahre 2020 erst den Anfang des demographischen Wandels in Norddeutschland markieren. Nach 2020 werden der Rückgang der Bevölkerung und der Umbruch in der Altersstruktur an Tempo gewinnen. Gleichmaßen werden sich dann auch die aus der Bevölkerungsentwicklung resultierenden ökonomischen Probleme verschärfen. Aus heutiger Sicht ist nicht mit Sicherheit zu sagen, wie sich die demographischen Veränderungen auf die Standortbedingungen, die Produktivität, die wirtschaftliche Dynamik und damit letztendlich auf den Lebensstandard niederschlagen werden. Unumstritten ist jedoch, dass die Gefahr negativer ökonomischer Konsequenzen der demographischen Veränderungen besteht - auch in naher Zukunft. Deshalb muss heute gehandelt werden, um möglichen negativen Auswirkungen des demographischen Wandels entgegen zu wirken. Die Auswirkungen des demographischen Wandels erfordern umfassende Reformen auf Bundesebene, etwa im Bereich der sozialen Sicherungssysteme und der Familienpolitik. Aber auch die Vertreter von Politik und Wirtschaft in den norddeutschen Bundesländern haben die Aufgabe und Möglichkeiten, den anstehenden negativen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken und Norddeutschland als einen Standort zu entwickeln, der die Herausforderungen des demographischen Wandels annimmt. (ICG2)

[153-L] Rohr-Zänker, Ruth:

Regionale Auswirkungen des demographischen Wandels in Niedersachsen, in: Land-Berichte : sozialwissenschaftliche Halbjahresschrift über ländliche Regionen, Jg. 7/2004, H. 2, S. 19-29

INHALT: Der Beitrag erörtert die Frage, wie der demografische Wandel auf räumliche Strukturen und die Auslastung sowie den Bedarf an Infrastruktureinrichtungen wirkt. Die Darstellung wird bis zum Jahr 2015 für das Land Niedersachsen begrenzt. Den Aussagen liegen die Bevölkerungs- und Haushaltsprognose des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturfor- schung der Universität Hannover zugrunde. Zunächst wird die Bevölkerungs-, Altersstruktur- und Haushalts-Entwicklung skizziert, um dann diese Entwicklungen regional zu differenzie- ren. Abschließend werden die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Siedlungs- flächenentwicklung erörtert. Fazit: der demografische Wandel wird die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung von Städten und Gemeinden bzw. Regionen nachhaltig ver- ändern. Durch die Kombination von Alterung und Bevölkerungsrückgang sind Gemeinden bzw. Regionen vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Sie sind jetzt mit Stagnation bzw. Rückgang und Alterung der Bevölkerung sowie mit wirtschaftlicher Stagnation und Abbau von Arbeitsplätzen konfrontiert. In diesem Prozess wird sich die Standortgunst bzw. die Be- wertung von Standortfaktoren von Städten und Gemeinden sowie von Regionen stark verän- dern. Die Auswirkungen werden sich auf Veränderungen im Verhalten der Bevölkerung im Bedarf und in der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, Wohnraum und Infrastruk- turleistungen beziehen. Aus dieser Entwicklung ergeben sich neue Fragestellungen und Pro- bleme für die gesellschaftliche und politische Bewertung der räumlichen Struktur und daraus folgend neue Fragen zu den Grundsätzen und Zielen und neue Herausforderungen für die Landesplanung sowie das planerische Handeln auf kommunaler und regionaler Ebene. (IAB)

[154-F] Seitz, Helmut, Prof.Dr. (Leitung):

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Haushalte in föderalen Systemen am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland (Teilprojekt im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms "Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie")

INHALT: Ziel des Forschungsprojektes ist die Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentlichen Budgetstrukturen, wobei insbesondere die Länder- und Ge- meindehaushalte im Vordergrund stehen. Der Schwerpunkt der Betrachtung wird auf die Fra- ge gelegt, welche Anpassungsnotwendigkeiten und -optionen sich infolge der Auswirkungen der Demographie auf die Ausgaben und Einnahmen für die fiskalischen Beziehungen zwi- schen den Gebietskörperschaften ergeben. Mit diesen Forschungsarbeiten sollen die bislang vorgelegten Studien, die sich primär auf die öffentlichen Zentralhaushalte bzw. den öffentli- chen Gesamthaushalt beziehen, um die Betrachtung der subnationalen Ebenen und die födera- len Beziehungen aller staatlichen Ebenen erweitert werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Technische Universität Dresden, Fak. Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl Empirische Finanzwissenschaft und Finanzpolitik (01062 Dresden)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0351-463-33272, e-mail: helmut.seitz@tu-dresden.de)

[155-L] **Statistik lokal: Daten für die Gemeinden und Kreise Deutschlands, Ausgabe 2005**, Stuttgart 2005, ISBN: 3-935372-82-5

INHALT: Die CD-ROM (hrsg. von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder) bietet einen Querschnitt aus folgenden Bereichen der amtlichen Statistik: Gebiet (Gebietsfläche und Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung); Bevölkerung (nach Altersgruppen und Geschlecht, Wanderungen über die Gemeindegrenzen); Arbeitslosigkeit (nach ausgewählten Personengruppen); Landwirtschaft; Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Gebäude und Wohnungen; Bautätigkeit; Tourismus; Öffentliche Finanzen; Wahlen. Insgesamt umfasst sie derzeit rd. 200 Merkmalsausprägungen. Der regionale Nachweis erfolgt für das Bundesgebiet sowie für alle Bundesländer, ggf. deren Regierungsbezirke, die Kreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden. Bei Niedersachsen und Rheinland-Pfalz erfolgt der Nachweis auch für Samt- bzw. Verbandsgemeinden und deren Mitgliedsgemeinden. (IAB)

[156-L] **Statistik regional: Daten für die Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands, Ausgabe 2005**, Stuttgart 2005, ISBN: 3-935372-84-1

INHALT: Die CD-ROM (hrsg. von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder) bietet einen Querschnitt aus folgenden Bereichen der amtlichen Statistik: Gebiet (Gebietsfläche und Bodenfläche nach Nutzungsart sowie Zahl der Gemeinden); Bevölkerung; Gesundheitswesen; Bildung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe; Wohnungen und Bautätigkeit; Tourismus; Verkehr; Sozialwesen; Öffentliche Finanzen; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Umwelt; Wahlen. Insgesamt umfasst sie derzeit rd. 1100 Merkmalsausprägungen. Der regionale Nachweis erfolgt für das Bundesgebiet sowie für alle Bundesländer, ggf. deren Regierungsbezirke, die kreisfreien Städte und Kreise. (IAB)

[157-L] Strubelt, Wendelin; Zimmermann, Horst (Hrsg.):

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?: gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR, (Forschungs- und Sitzungsberichte / Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 225), Hannover 2005, 152 S., ISBN: 3-88838-054-5 (Standort: UB Dortmund(290)-670-192-5; Graue Literatur)

INHALT: "Der langfristige Rückgang, die kontinuierliche Alterung und die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern lösen einen tief greifenden demographischen und sozialen Wandel aus. Dieser wird sich räumlich sehr differenziert auswirken. Ostdeutschland ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Die regionalen Verteilungskämpfe um demographische Potenziale werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Zuwanderungen werden diese Trends noch verstärken. Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raumentwicklung ergibt sich ein umfassender, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastrukturen. Insbesondere die Tragfähigkeit dünn besiedelter, ländlicher Räume ist gefährdet. Aber auch städtische Regionen sind mit starken Einwohnerrückgängen konfrontiert. Wegen der komplexen und weittragenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung hat die ARL ihre Arbeiten in diesem Themenbereich schon seit längerem intensiviert. Neben Forschungsaktivitäten gehört hierzu auch die Durchführung größerer Veranstaltungen. So haben die ARL und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Jahre 2004 in

Magdeburg eine gemeinsame Tagung zum Thema 'Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?' durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war eine breite Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung sowie die Abschätzung der Konsequenzen für die räumliche Politik und Planung. Der Band umfasst die Ergebnisse dieser in Wissenschaft und Fachöffentlichkeit vielbeachteten Veranstaltung." (Autorenreferat)

[158-L] Weizsäcker, Jakob von; Werding, Martin:

Werden wir immer älter?: die Umkehr der Beweislast, in: Ifo-Schnelldienst : Wochenberichte, Jg. 55/2002, H. 11, S. 42-45 (Standort: USB Köln(38)-FHM XG1454; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Nach einer neuen Arbeit der Bevölkerungswissenschaftler Jim Oeppen und James W. Vaupel steigt die Lebenserwartung von Frauen jedes Jahr um etwa 89 Tage, die Lebenserwartung von Männern um etwa 81 Tage. Gilt dies auch in Deutschland, dürfen wir auf eine Lebenserwartung von 93,1 Jahren für Frauen und 85,9 Jahren für Männer im Jahre 2050 hoffen. Die deutsche Rentenpolitik - und auch die Modellrechnungen des ifo Instituts - basieren bisher auf Vorausschätzungen wie der Variante 2 der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes. Dieses Szenario sieht bis 2050 lediglich einen Anstieg der Lebenserwartung um knapp vier Jahre von heute 80,5 Jahre für Frauen und 74,4 Jahre für Männer auf 84,5 Jahre bzw. 78,1 Jahre vor. Ersetzt man im ifo Modell diese Annahmen durch die von Oeppen und Vaupel ermittelten Trends, so verändern sich die Rechnungsgrundlagen für die Entwicklung von Rentenbeiträgen und Rentenniveau in der langfristigen Vorausschau dramatisch: Während der Alterslastquotient, also das Zahlenverhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 15- bis 64-Jährigen, bis 2050 schon im Szenario Statistisches Bundesamt von derzeit 25 Prozent auf 48 Prozent ansteigt, erreicht er im Szenario Trendfortschreibung zuletzt 64 Prozent. Nach Ansicht des ifo Instituts könnte eine Lösung zur Rentenfinanzierung in der Anknüpfung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung bestehen." (Autorenreferat)

7 Zukunftsaussichten und -prognosen

[159-L] Bauer, Peter:

Bevölkerungsprognosen für kreisfreie Städte und Landkreise in Bayern bis 2020 sowie Landesergebnisse bis 2050, in: Politische Studien : Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, Jg. 56/2005, H. 399, S. 37-65 (Standort: USB Köln(38)-POL2927; Kopie über den Literaturdienst erhältlich; URL: http://www.hss.de/downloads/Pol_Studien399.pdf)

INHALT: Wenn man über den "demografischen Wandel" spricht, den Rückgang der Bevölkerung und die Überalterung der Gesellschaft, sind tragfähige Datengrundlagen und zuverlässige Prognosen notwendig. Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung betrachtet es als wichtige Aufgabe, hier die Grundlagen für die Diskussion und die Planung in Staat und Kommunen zu liefern. Zusammen mit den anderen statistischen Ämtern des Bundes und der Länder hat das Landesamt an der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mitgearbeitet. Diese Prognose liefert sowohl Ergebnisse für Deutschland als auch für die einzelnen Bundesländer. Zu Grunde gelegt sind die zwischen den Ämtern abgestimmten Annahmen

sowie gleiche Berechnungsmethoden, um eine bundesweite Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Ausgehend von diesen abgestimmten Annahmen hat das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung auch für die bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte Bevölkerungsprognosen erstellt, welche in der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern zusammengefasst sind. Im vorliegenden Beitrag werden die Ergebnisse der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern präsentiert und im Anschluss daran die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Landkreise und kreisfreien Städte vorgestellt. (ICI2)

[160-L] Birg, Herwig:

Demographisch bedingter Verteilungsstress: ein zentrales Bevölkerungsproblem der Zukunft, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 5, S. 49-57 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Auf Grund des globalen Rückgangs der Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung zerfällt weltweit die Grundlage sozialer Sicherungssysteme. Der dadurch entstehende Verteilungsstress entfacht Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen, Ländern und Regionen. Kann Deutschland ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Dynamik und demographischer Stabilität finden oder drohen Entvölkerung und der unaufhaltbare wirtschaftliche Kollaps?" (Autorenreferat)

[161-L] Böhmer, Michael; Funke, Claudia; Gramke, Kai; Limbers, Jan; Schlesinger, Michael; Schüssler, Reinhard; Windhövel, Kerstin:

Prognos Deutschland Report 2030: Textband und Tabellenband mit CD-ROM - Daten, Basel 2006, 344, 261 S. (Standort: IAB-90-ODE0-101190 BS 299 (Textband); Graue Literatur)

INHALT: Ausgehend von den globalen Rahmenbedingungen, technologischen Veränderungen und politischen Weichenstellungen zeichnet der Deutschland Report 2030 ein konsistentes, aus Analysen, Prognosen, Texten und Daten bestehendes Bild der wahrscheinlichen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2030. Der Report beschränkt sich darauf, diejenige Entwicklung zu beschreiben, die aus heutiger Sicht wahrscheinlich ist. Neben der Prognose der Bevölkerung und wichtiger Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite enthält der Report erstmals ausführliche Analysen zu wichtigen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, die die Zukunft Deutschlands entscheidend beeinflussen werden: die Wachstumsschwäche, Reformbedarf und Reformkonzepte in der Steuer- und Sozialpolitik sowie die Globalisierung und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung von Outsourcing- und Offshoringaktivitäten analysiert. Der Report berücksichtigt Neuregelungen des Koalitionsvertrages der großen Koalition, von denen zu erwarten ist, dass sie angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen dauerhafter Natur sind. Zum Teil schreibt der Report Entwicklungen fort, die politische Eingriffe erfordern (z.B. bei der Pflegeversicherung), zum Teil greift er auch der Politik vor, indem er Maßnahmen implementiert (im Bereich der Arbeitsmarktpolitik), die in dieser Form noch nicht politisch und gesellschaftlich konsensfähig sind. Damit wird deutlich, wo ein Handlungsbedarf besteht, um das Ziel von mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Der Deutschland Report verzichtet auf eine Konjunkturprognose, allerdings wird auf einer CD-ROM eine Konjunkturprognose der wichtigsten Indikatoren bereitgestellt, die auf das Startjahr 2010 der

Deutschland Report Prognose abgestimmt ist. Damit wird für diese Indikatoren der Zeitraum 2005-2030 abgedeckt. (IAB)

[162-L] Dettling, Daniel; Hennecke, Hans Jörg:

Agenda 2020: Deutschland weiter denken!, in: Internationale Politik, Jg. 59/2004, Nr. 5, S. 85-89 (Standort: USB Köln(38)-LS G 09335; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Zu Beginn des Jahres 2004 lag das Wohlstandsniveau der einstigen Wirtschaftswundermacht Deutschland erstmals unter dem Durchschnitt der damals noch 15 EU-Länder. Auf diesem Hintergrund diskutiert der Beitrag die wesentlichen Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber gestellt sieht. Dies ist nicht nur der globale Wettbewerb, sondern auch die doppelte Herausforderung des Bevölkerungsrückgangs bei gleichzeitiger Alterung der Gesellschaft. Hier wird ein neues Denken erforderlich sein, das zukünftig auch der durch den Europäischen Rat beim Lissaboner Gipfel 2000 empfohlenen Neuorientierung staatlicher Innovationspolitiken gerecht werden muss. Dazu müssen Sozialsystem und Bildung tiefgreifend umgestaltet werden. In diesem Sinne stellt der Beitrag eine Liste der forschungs- und bildungspolitischen Prioritäten derjenigen Länder vor, die beim Thema Innovation vorne liegen und stellt fest, dass eine neue Vision mit der Revision von Bildungszielen beginnt. Daher steht nicht die Krise des "deutschen Modells" an, sondern seine Neugründung. (ICH)

[163-L] Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris:

Dramatischer Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials in den neuen Ländern bis 2050, in: Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V., Jg. 5/2006, Nr. 9, S. 6-7 (URL: <http://www.demographie-online.de/download/dgd0106.pdf>)

INHALT: Bis zum Jahr 2050 wird sich die Bevölkerung in Ostdeutschland in etwa halbieren. Nur noch 4,5 Millionen (von heute 10 Millionen) Erwerbsspersonen zwischen 15 und 64 Jahren werden dann vorhanden sein. Hauptursache ist der Geburtenausfall nach der Wende, der dazu geführt hat, dass jährlich nur noch 100.000 Jugendliche das erwerbsfähige Alter erreichen (früher im Schnitt das Doppelte). Der Abwanderungseffekt in den Westen spielt überraschender Weise keine große Rolle: Ohne Wanderung wäre die Bevölkerungszahl im Jahre 2050 nur im Promillebereich höher. Es wird prognostiziert, dass im Osten eine Abwärtsspirale bevorsteht. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten werden die Abwanderung der jungen, aktiven und gut qualifizierten Fachkräfte verstärken. Dies wird wiederum die Attraktivität für Investoren mindern, was wiederum die ökonomische Talfahrt beschleunigt. Auf kurze und mittlere Sicht kann der Bevölkerungsrückgang nur durch die Zuwanderung von In- und Ausländern gebremst werden. (IAB)

[164-F] Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gGmbH:

Querschnittsprojekt Deutschland 2030

INHALT: Das Querschnittsprojekt Deutschland 2030 analysiert langfristige Chancen und Risiken des makroökonomischen Strukturwandels, der demographischen Veränderungen und der Intensivierung der weltwirtschaftlichen Verflechtungen, um Empfehlungen hinsichtlich der strategischen Ausrichtung unterschiedlicher Politikbereiche und einzelwirtschaftlicher Entscheidungen aus deutscher Sicht abzuleiten. Projektschwerpunkte: Demographischer Wandel:

Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft; Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft weltweite Integrationsprozesse und das Voranschreiten der Globalisierung.
GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Strategie 2030 - Immobilien. Teil 3. Hamburg 2006.+++Strategie 2030 - Ernährung und Wasser. Teil 2. Hamburg 2005. +++Strategie 2030 - Energierohstoffe. Teil 1. Hamburg 2005.+++Downloads unter: <http://www.hwwi.org/Querschnittsprojekt.47.0.html?&L=0> .

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gGmbH (Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg)

KONTAKT: Institution (Tel. 040-340576-0, e-mail: info@hwwi.org)

[165-L] Henry-Huthmacher, Christine; Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von:

Deutschland im Umbruch: Delphi-Studie 2004/2005 ; Befragung ausgewählter Expertinnen und Experten über die Zukunft Deutschlands, Sankt Augustin 2005, 68 S. (Graue Literatur; URL: http://www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_7313_1.pdf)

INHALT: Deutschland befindet sich in einer Phase tiefgreifender Umbrüche mit weit reichenden Folgen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In dieser Situation werden mit Hilfe einer Delphi-Studie 2004/05 die wichtigsten Zukunftstrends untersucht. Die Befragung der Experten und Expertinnen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Industrie führt zur teilweisen Bestätigung schon lange diagnostizierter Tendenzen, aber auch teilweise zur Neubewertung der künftigen Entwicklungen. Die wichtigsten Ergebnisse zu den Themen (1) Wirtschaft, (2) Demographie und Familie, (3) Gesellschaft/Soziales, (4) Ausländer/Zuwanderung/Integration, (5) Politik sowie (6) Werte/Zusammenleben lassen sich wie folgt zusammenfassen: (1) Auf lange Sicht wird der Staatshaushalt nicht ohne Neuverschuldung auskommen. (2) Deutschland wird zukünftig eine grundlegende Veränderung der Arbeitswelt erleben. (3) Auch der Sozialstaat wird sich in seinen Grundstrukturen verändern. (4) Obwohl die Geburtenquote voraussichtlich auf niedrigem Niveau verharren wird, werden sich die Auswirkungen des demographischen Wandels zumindest bis 2020 in Grenzen halten. (5) Die beiden Volksparteien werden ihre Position zumindest mittelfristig voraussichtlich weitgehend halten können. (6) Trotz der verschärften Wettbewerbsbedingungen in der Wirtschaft, des Rückbaus des Sozialstaates und der immer weiter reichenden Anforderungen, die an den Einzelnen gestellt werden, das Leben in Zukunft viel stärker selbst zu meistern, wird Deutschland sich nicht zu einer rücksichtslosen Ellbogen-Gesellschaft entwickeln. (ICG2)

[166-L] Kröhnert, Steffen; Medicus, Franziska; Klingholz, Reiner:

Die demographische Lage der Nation: wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen, München: Dt. Taschenbuch Verl. 2006, 191 S., ISBN: 3-423-34296-X

INHALT: "Auf der Basis aktueller Zahlen und nach insgesamt 22 Indikatoren wie z.B. Kinderzahlen, Altersverteilung, Wanderungsbewegungen, Freizeitwert, Ausbildungsstand, Industriestatus usw. werden bundesweit die demografischen Entwicklungen dokumentiert und bewertet. Das Werk ist nach Bundesländern, Kreisen und kreisfreien Städten gegliedert." (Autorenreferat)

[167-L] Kröhnert, Steffen; Olst, Nienke van; Klingholz, Reiner:

Deutschland 2020: die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2005, 98 S. (Graue Literatur; URL: <http://www.berlin-institut.org/kompl.pdf>)

INHALT: Die Studie untersucht die demographische Entwicklung und damit die Zukunftsfähigkeit der 440 Landkreise und kreisfreien Städte in der Bundesrepublik Deutschland. Als zukunftsfähig gelten jene Regionen, in denen auch in 20 Jahren noch ausreichend Menschen leben, um wenigstens die bestehende Infrastruktur zu nutzen. Die Untersuchung basiert auf 22 Indikatoren für die Bereiche Demographie, Wirtschaft, Integration, Bildung, Familienfreundlichkeit und Flächennutzung. Zu diesen Aspekten werden Daten gesammelt, gegebenenfalls umgerechnet und einem Bedeutungsschlüssel unterworfen. Daraus ergibt sich für alle Kreise und kreisfreien Städte sowohl ein Muster aus 22 Einzelnoten, als auch eine Gesamtnote, die ein bundesweites, flächendeckendes Bild der Zukunftsfähigkeit erlaubt. Die zehn wichtigsten Ergebnisse lauten: (1) Deutschland hat zu wenig Kinder; (2) junge Frauen haben Deutschlands Osten verlassen; (3) Deutschland zieht von Osten nach Westen; (4) Deutschland schrumpft und altert; (5) Deutschland verliert Bevölkerung; (6) Deutschland bleibt geteilt; (7) Deutschland hat ein Bildungsproblem; (8) der Strukturwandel verändert Deutschland; (9) Deutschland hat ein Integrationsproblem; (10) Deutschland renaturiert. Gemäß der Grundaussage der Studie bestimmt in Deutschland die Ökonomie weitgehend die Demographie. Die Menschen zieht es primär dorthin, wo es Arbeit gibt. So erklärt sich die starke Binnenwanderung innerhalb Deutschlands, die in den letzten Jahren stattgefunden hat und weiter anhalten wird. Erst in zweiter Linie suchen die Menschen nach Ruhe, Freizeit- und Kulturangeboten und einer familienfreundlichen Umgebung. Ganz oben in der Deutschlandwertung stehen die beiden wirtschaftlich prosperierenden südlichen Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern. Die neuen Bundesländer im Osten schneiden bei dem Ranking hingegen schlecht ab, die beste Positionierung erlangt hier Mecklenburg-Vorpommern mit Platz 9. Zur Förderung der demographischen Zukunftsfähigkeit nennt die Untersuchung eine Reihe entsprechender Empfehlungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, der Bundesländerstruktur, des Bildungssystems, der Arbeitswelt, der Einwanderung und Integration von Ausländern, der Bürgergesellschaft sowie der Kinderfreundlichkeit. (ICG2)

[168-L] Land Mecklenburg-Vorpommern Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung; SÖSTRA Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH (Bearbeiter); trend marketing GmbH (Bearbeiter) (Hrsg.):

Perspektiven der Berufslandschaft Mecklenburg-Vorpommern 2010: Tendenzen und Größenordnungen voraussichtlicher Veränderungen in der Nachfrage nach Arbeitskräften ; Ergebnisbericht, (Forschungsberichte zur Arbeitsmarktpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern, 16), Schwerin 2001, 99 S. (Standort: UB Rostock(28)-QV200F732-16; Graue Literatur)

INHALT: "1. In Mecklenburg-Vorpommern entwickelt sich im Zeitraum 1998 bis 2010 eine beachtliche neue Nachfrage nach Arbeitskräften. Dieser Neubedarf wird voraussichtlich eine Größenordnung von 130.000 Personen (entspricht annähernd einem Fünftel des gegenwärtigen Erwerbstätigenbestandes) erreichen. Der Neubedarf zeichnet sich ab, obwohl für das Land ein Rückgang des Bestandes an Erwerbstätigen (um ca. 12.000 bzw. zwei Prozent der Erwerbspersonen) prognostiziert wird. Die Nachfragetendenzen ergeben sich vor allem aus zwei Bedarfskomponenten: Ein Fünftel des Neubedarfs ist auf Bestandserweiterungen an Arbeitsplätzen (wirtschaftsstrukturell bedingter Bedarf) zurückzuführen. Vier Fünftel des Neubedarfs resultieren aus dem Ersatzbedarf für altersbedingt ausscheidende Erwerbstätige (al-

tersbedingter Ersatzbedarf). Diese Nachfrage ist über ein relativ breites Spektrum beruflicher Tätigkeiten verteilt und schließt die weit überwiegende Mehrheit der 83 Berufsgruppen ein. Sie betrifft sowohl 'traditionelle' Berufe, die durch eine große Anzahl Erwerbstätiger ausgeübt werden (z.B. Büroberufe), als auch Berufe, die sich neu etablieren (z.B. IT-Berufe). 2. Zugleich hat der Abbau der Beschäftigung in mehreren Wirtschaftszweigen zur Folge, dass der Bestand an Erwerbstätigen in einigen beruflichen Tätigkeiten zurückgeht. Es gibt Berufsgruppen, in denen der Rückgang weitgehend der Größenordnung der altersbedingten Abgänge Erwerbstätiger entspricht. In anderen Berufsgruppen fällt der Bestandsrückgang so stark aus, dass zusätzlich zu den altersbedingten Abgängen insgesamt weitere 18.000-20.000 Erwerbstätige aus ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit ausscheiden müssen. 3. Die wirtschaftsstrukturell bedingten Entwicklungen des Erwerbstätigenbestandes der einzelnen Berufsgruppen werden die Berufslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns nicht grundsätzlich verändern. Die hohe Konzentration der Erwerbstätigen in relativ wenigen Berufsgruppen bleibt erhalten. Fünf Berufsgruppen, denen ein Drittel aller Erwerbstätigen im Land angehört, stehen im Prognosezeitraum weiterhin an der Spitze: Bürofach-, Bürohilfskräfte; Warenkäufer; Übrige Gesundheitsdienstberufe; Lehrer; Berufe des Landverkehrs. Die nächstfolgenden Berufsgruppen werden sein: Sozialpflegerische Berufe; Unternehmer, Wirtschaftsprüfer; Reinigungsberufe; Schlosser sowie trotz hoher Beschäftigungsreduzierung Maurer, Betonbauer. 4. Die sich für den Landesmaßstab abzeichnenden perspektivischen Tendenzen der Entwicklung in der Berufslandschaft vollziehen sich im Grundsatz auch auf der regionalen Ebene der Arbeitsamtsbezirke. Insbesondere bei den größeren Berufsgruppen stimmen die generellen Verlaufstrends auf Regional- und auf Landesebene überein. Regionale Differenzierungen in der Dimension des zu erwartenden Neubedarfs an Arbeitskräften resultieren aus gewachsenen Unterschieden in den gegenwärtig vorzufindenden anteiligen Bestandsgrößen bzw. in den Altersstrukturen. Bei den geringer besetzten Berufsgruppen können diese Schwankungen größer ausfallen; bei ihnen wirkt sich unterschiedliche regionale Präsenz weitaus stärker aus. Diese Besonderheiten und Differenzierungen machen das spezifische regionale Profil der Arbeitsamtsbezirke aus. 5. Der prognostizierte Neubedarf an Erwerbstätigen kann in einigen Berufsgruppen bei Beibehaltung der gegenwärtigen Strukturen des Angebotspotenzials nur unzureichend gedeckt werden. Trotz hoher Arbeitslosigkeit und trotz hoher Ausbildungsleistungen signalisieren bereits erste Schwierigkeiten bei der Akquisition von geeigneten Fachkräften Diskrepanzen in der Entwicklung von Nachfrage und Angebot an Arbeitskräften. Die Ressource der Arbeitslosen reicht in einer Reihe von beruflichen Tätigkeiten - selbst bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit - weder hinsichtlich der beruflichen Qualifikationen noch in Bezug auf ihre Altersstruktur und - bei mehreren Berufsgruppen - bezogen auf ihre Anzahl aus, um die bis 2010 prognostizierten Neubedarfe zu kompensieren." (Textauszug)

[169-L] Mai, Ralf; Müller-Kuller, Andre:

Projektion der Entwicklung der Erwerbspotentiale in der EU bis 2040: der demographische Zuwanderungsbedarf und die Effekte einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit, (Bamberger Materialien zur Bevölkerungswissenschaft), Bamberg 2001, 67 S. (Standort: UB Greifswald(9); Graue Literatur)

INHALT: In der Studie wird zunächst die demografische Entwicklung und die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots in den Ländern der EU bis 2040 projiziert und gezeigt, dass mit Ausnahme Irlands überall mit einem starken Rückgang und einer Altersstrukturverschiebung innerhalb des Erwerbpersonnenpotenzials zu rechnen ist. Anschließend werden die quantitati-

ven Effekte verschiedener kompensatorischer Maßnahmen berechnet, nämlich 1. einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, 2. der Erhöhung der Alterserwerbstätigkeit und 3. einer gezielten Zuwanderung. Die Ergebnisse belegen, dass eine einzelne Kompensationsmaßnahme nicht ausreicht, um die Alterung und Schrumpfung des Erwerbspotenzials auszugleichen. (I-AB)

[170-F] Meyer-Hubbert, Gerit K., M.A. (Bearbeitung); Börsch-Supan, Axel, Prof.Ph.D. (Betreuung):

Stochastische Bevölkerungsprognose für Deutschland

INHALT: Zeitreihenanalyse vergangener Geburten- und Sterbezahlen; stochastische Bevölkerungsprognose auf Basis der in der Zeitreihenanalyse gewonnenen Kenntnisse. *ZEITRAUM:* 1950-2001-2100 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland

METHODE: ökonometrische Zeitreihenanalyse; stochastische Bevölkerungsprognose *DATEN-GEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten (geplant: 1950-2000, Geburten-/ Sterbezahlen, Alter, Geschlecht, Ost/ West, deutsch/ ausld., 64.000 Datenpunkte; Herkunft der Daten: Fachserien des Statistischen Bundesamts).

ART: Dissertation; Eigenprojekt *BEGINN:* 2001-10 *ENDE:* 2002-10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Mannheim, Fak. für Rechtswissenschaft und VWL, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel -MEA- (68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-181-3476, e-mail: meyhub@econ.uni-mannheim.de)

[171-F] Schulz, Erika, Dr. (Bearbeitung):

Analyse und Vorausschätzung von Bevölkerung, Haushalten und Erwerbspersonen für Deutschland insgesamt sowie für Regionen

INHALT: Die Zahl der Einwohner und Haushalte sowie deren Strukturen sind nicht nur wesentliche Einflussgrößen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Arbeitskräfteangebotes, sie determinieren auch die Anforderungen an das soziale Sicherungssystem, das Bildungssystem und die soziale Sicherung des Wohnens. Angesichts dieser zentralen Bedeutung hat das DIW ein Bevölkerungsmodell entwickelt, auf dem aufbauend mit Hilfe eines Haushaltsmodells die Haushalte und mit Hilfe eines - insbesondere in Bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit differenzierten - Erwerbsverhaltensmodells die Erwerbspersonenzahl vorausgeschätzt werden kann. Die Modelle werden stetig gepflegt und weiterentwickelt. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen zurzeit u.a. zwei Bereiche, die unmittelbar Bezug zur demographischen Entwicklung in Deutschland haben: Zum einen die erwartete Verringerung des Arbeitskräfteangebotes und die Diskussion um notwendige Zuwanderungen, zum anderen die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherung angesichts des sich ändernden Verhältnisses von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern. Um die künftige Entwicklung im Bereich des Arbeitskräfteangebotes abzuschätzen, wird die Vorausschätzung der Erwerbspersonen in Hinblick auf die Qualifikationsstrukturen erweitert. Da das Bevölkerungsmodell zwischen Deutschen und Ausländern unterscheidet, bietet sich hier eine weitere Differenzierung. In Bezug auf die Finanzierbarkeit der sozialen Sicherung wird in einem ersten Schritt der demographische Einfluss auf die Entwicklung des stationären Versorgungsbedarfs sowie des Pflegebedarfs untersucht. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Staat (Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 030-89789-303, e-mail: eschulz@diw.de)

[172-F] Schulz, Erika (Bearbeitung):

Zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bis 2050

INHALT: Das DIW legt in unregelmäßigen Abständen Vorausberechnungen der Bevölkerungsentwicklung vor - zuletzt im Jahr 1995. Mit diesem Bericht erfolgte eine Aktualisierung und Erweiterung des Betrachtungshorizontes auf 2050. Die künftige Einwohnerzahl Deutschlands wird durch Geburten und Sterbefälle sowie Wanderungen determiniert. Grundlage der Berechnungen sind die Entwicklungen der einzelnen demographischen Komponenten in der Vergangenheit sowie die erkennbaren Veränderungen der Einflussgrößen dieser Komponenten. **ZEITRAUM:** 1995-2050 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Abschlußbericht.

ART: Eigenprojekt **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- (Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin)

[173-F] Schüssler, Reinhard, Dr. (Leitung):

Analyse der gegenwärtigen und Szenarien der künftigen Wohlstandsverteilung in Deutschland (2. Projektphase)

INHALT: Die Arbeiten zur Analyse der Geldvermögens- und Grundvermögensverteilung bezogen sich in der ersten Projektphase auf den Zeitraum von 1978 bis 1993. Für diesen Zeitraum sind in sich konsistente und vergleichbare Ergebnisse vorgelegt worden. Gegenstand der hier beschriebenen Arbeiten ist es, die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 aufzunehmen und die Analysen entsprechend zu aktualisieren. Das Hauptziel der Analyse ist es weiterhin, konsistente und vergleichbare Ergebnisse zu erarbeiten. Insbesondere die Ergebnisse der in der ersten Projektphase vorgenommenen Kohortenanalysen der Vermögensbestände werden durch die Aktualisierung sehr an Aussagekraft gewinnen. Mit den Kohortenanalysen wird zugleich die Grundlage für die im dritten Teil des Arbeitsvorschlages beschriebene Prognose gelegt. Das Ergebnis der Prognose ist eine Aussage darüber, ob die gegenwärtig wirkenden Trends in Zukunft die Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung verstärken oder abschwächen. Ferner wird als Ergebnis deutlich werden, welche Bevölkerungsgruppen voraussichtlich ihre Verteilungsposition im Hinblick auf die Vermögensverteilung und die Einkommensverteilung werden verbessern können, und welche sich (relativ) verschlechtern werden. Der Akzent der Prognose liegt auf den Wirkungen, die bei der Vermögensverteilung und der Verteilung der Einkommen aus Vermögen entstehen. Die Einkommen aus Vermögen werden im Kontext mit den anderen Einkommensarten betrachtet, und es wird im Einzelnen untersucht, welche Gewichtsverschiebungen sich zwischen den Einkommensarten voraussichtlich ergeben werden. Die anderen Einkommensarten außer den Einkommen aus Vermögen werden dabei mit standardmäßigen Annahmen über ihre künftige Entwicklung belegt. **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Prognos AG (Aeschenplatz 7, 4010 Basel, Schweiz)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Andersson, Gunnar 97
Augurzky, Boris 141
Auth, Diana 56
Aydin, Hayrettin 116

B

Babel, Bernhard 121, 122, 143, 144
Baclet, Alexandre 93, 115
Bade, Klaus J. 117
Baethge, Martin 1
Bartelheimer, Peter 1
Bauer, Peter 159
Baumgratz-Gangl, Gisela 118
Becker-Reuter, Maria 130
Bender, Stefan 83
Berger, Maria 126
Bergouignan, Christophe 120
Bielmeier, Josef 42
Birg, Herwig 2, 3, 4, 142, 160
Bode, Ingo 43
Böhmer, Michael 161
Bollmann, Stefan 44
Bommes, Michael 117
Bomsdorf, Eckart 5, 121, 122, 143, 144
Börsch-Supan, Axel 170
Bös, Mathias 6
Brähler, Elmar 35
Breiholz, Holger 7
Breitenbacher, Katja 145
Brücker, Herbert 123
Buchheim, Christoph 57
Büttner, Thomas 9

C

Chahrokh, Haleh 124
Clemens, Wolfgang 58
Cornetz, Wolfgang 59
Cromm, Jürgen 10

D

Dallinger, Ursula 45
Danielzyk, Rainer 11
Dell, Fabien 93, 115
Dettling, Daniel 162

Dickmann, Nicola 95
Dieckheuer, Gustav 39, 49, 88
Diehl, Claudia 127
Dohmen, Dieter 61
Dorbritz, Jürgen 12, 13
Dresel, Irene 125
Duschek, Klaus-Jürgen 7
Duvander, Ann-Zofie 97

E

Eichler, Kurt 11
Emmerich, Knut 62
Engstler, Heribert 38
Enste, Peter 63
Erlinghagen, Marcel 64
Esch, Christian 11
Ette, Andreas 100

F

Finkelstein, Maxim 14
Fischer, Malte 65
Flora, Peter 55
Frerichs, Frerich 86
Fuchs, Johann 15, 66, 67, 68, 69, 70, 71,
90, 163
Fuchs, Tatjana 1
Funke, Claudia 161

G

Galonska, Christian 126
Geißler, Rainer 16
Gerling, Vera 63
Gerster, Florian 72
Göschel, Albrecht 11
Gramke, Kai 161
Grünheid, Evelyn 96
Gürtler, Martin 146

H

Hank, Karsten 64, 97, 98
Hansch, Esther 7
Haug, Sonja 127, 138, 139
Hauser, Richard 47
Häussermann, Hartmut 147
Heckmann, Friedrich 131

- Heim, Susanne 17
Henke, Christina 73
Hennecke, Hans Jörg 162
Henry-Huthmacher, Christine 99, 165
Henssler, Patrick 18
Hoffmann, Elisabeth 99
Hoffmann, Elke 25
Höhn, Charlotte 20, 100
Holzner, Christian 91
Hoshikawa, Yasuyuki 41
Hullen, Gert 101
Hüther, Michael 108
- J**
Jäckle, Robert 91
Jaeger, Franz 128
Jagoda, Bernhard 74
Jones, Andrew 53
Jourdan, Virginie 120
- K**
Kaack, Ingrid 75
Kaewnetara, Eva 130
Kahlert, Heike 102
Kaufmann, Margit 129
Keuchel, Susanne 11
Kilgus, Martin A. 133
Kilper, Heiderose 148
Klingholz, Reiner 166, 167
Kloke, Susanne 130
Kocher, Eva 76
Kolland, Franz 19
Konle-Seidl, Regina 62
Koopmans, Ruud 126
Kratzer, Nick 1
Kreyenfeld, Michaela 97, 98
Kröhnert, Steffen 166, 167
Kurth, B.-M. 48
Kurz, Beate 77
- L**
Lederer, Harald 131
Lee, Robert W. 32
Leipert, Christian 103
Lengerer, Andrea 12
Limbers, Jan 161
Löbber, Holger 49
Lüscher, Kurt 104
- Luy, Marc 20
- M**
Mackensen, Rainer 21
Mai, Ralf 22, 50, 169
Maier, Heiner 33
Mammey, Ulrich 132
Marbach, Jan H. 105
Marschallek, Christian 51
Mayer, Karl Ulrich 23
Mayer, Tilman 24
Medicus, Franziska 166
Mehlich, Michael 78
Meier-Braun, Karl-Heinz 133
Menning, Sonja 25
Merbach, Martin 35
Merz, Monika 79
Meyer, Christian 11
Meyer, Thomas 16
Meyer-Hubbert, Gerit K. 170
Miegel, Meinhard 26
Müller, Bernhard 148, 150
Müller-Kuller, Andre 169
- N**
Neumann, Uwe 141
Niebuhr, Annetrin 151, 152
Nöthen, Manuela 7
- O**
Oberndörfer, Dieter 27
Oberndorfer, Ulrich 80
Oberreuter, Heinrich 42
Olst, Nienke van 167
Otto, Johannes 13
- P**
Pappert, Steffen 10
Peyke, Gerd 145
Pflugbeil, Stephan Dirk 134
Pötzsch, Olga 106
Promberger, Markus 83
- R**
Razum, Oliver 135
Reifner, Udo 52
Rhein, Thomas 62
Rice, Nigel 53
Roberts, Jennifer 53

Rogowski, Michael 108
Rohrmann, Sabine 135
Rohr-Zänker, Ruth 153
Romero de Weisbrod, Cecilia 28
Roseman, Mark 29
Ross-Strajhar, Gisela 30
Roters, Andreas 11
Ruckdeschel, Kerstin 12, 100, 107
Rühl, Stefan 131

S

Sauer, Martina 136
Schäfer, Holger 59
Schellhorn, Martin 53
Scherl, Hermann 77
Schimany, Peter 140
Schlesinger, Michael 161
Schmähl, Winfried 54
Schmid, Josef 18, 50
Schmid, Susanne 31
Schmidt, Renate 108
Schneider, Hilmar 84
Schneider, Michael C. 32
Schnur, Peter 90
Scholz, Rembrandt 33
Schommer, Martin 55
Schröder, Jette 109
Schulz, Erika 110, 171, 172
Schüssler, Reinhard 161, 173
Seitz, Helmut 154
Selch, Heidi 111
Siebel, Walter 147
Siedentop, Stefan 150
Söhnlein, Doris 15, 66, 163
Spieß, C. Katharina 98
Spieß, Katharina C. 97
Sporket, Mirko 86
Spross, Cornelia 87
Sproß, Cornelia 62
Stein, Dieter 84
Steiner, Viktor 80, 115
Stemmann, Ute 88
Stier, Winfried 128
Stiller, Silvia 89, 151, 152
Stöbel-Richter, Yve 35
Strubelt, Wendelin 157
Struck, Ernst 36
Stucki, Regula 10

Swiaczny, Frank 37, 138, 139

T

Tesch-Römer, Clemens 25, 38
Testorf, Lars 39
Tiffe, Achim 52
Tivig, Thusnelda 40
Trabold, Harald 123
Trübswetter, Parvati 123
Turner, Anke 52

U

Uske, Hans 130

V

Vaupel, James W. 14, 33
Vögele, Jörg 32

W

Wagner, Gert G. 64
Walke, Anja 41
Walwei, Ulrich 67, 90
Weber, Brigitte 66
Weise, Christian 123
Weizsäcker, Jakob von 158
Werding, Martin 91, 158
Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von 165
Wilkens, Ingrid 1, 92
Windhövel, Kerstin 161
Wingen, Max 113, 114
Wolf, Michael 140
Worbs, Susanne 140
Wößmann, Ludger 91
Wrohlich, Katharina 93, 115
Wurm, Susanne 38

Z

Zeman, Peter 25
Zika, Gerd 90
Zimmermann, Horst 157

Sachregister
A

- Abwanderung 120, 124
- Afrika 37
- Afrikaner 132
- AIDS 36
- aktivierende Arbeitsmarktpolitik 72, 74
- Akzeptanz 45
- allein erziehender Elternteil 7
- Alleinstehender 7
- Alltag 136
- alte Bundesländer 16, 33, 54, 77, 90, 91, 98, 99, 105, 107, 110, 139, 167
- Altenhilfe 130
- Altenpflege 101, 130
- Altenpfleger 130
- Alter 14, 28
- älterer Arbeitnehmer 58, 59, 62, 63, 67, 68, 69, 74, 76, 77, 78, 82, 83, 84, 85, 86, 141, 169
- alter Mensch 12, 19, 25, 28, 33, 38, 41, 54, 58, 63, 64, 85, 88, 101, 130, 141, 145
- Altern 19, 22, 38, 88, 101
- Alternative 115
- Altersgrenze 5, 53
- Altersgruppe 29, 88
- Altersstruktur 2, 5, 8, 9, 12, 15, 19, 20, 22, 24, 37, 46, 56, 59, 65, 66, 67, 69, 71, 76, 83, 85, 87, 89, 101, 108, 121, 122, 130, 144, 145, 151, 152, 153, 163, 166, 169
- Altersversorgung 2, 46, 52
- Altersvorsorge 51
- amtliche Statistik 3, 8, 20, 25, 32, 50, 75, 104, 149, 155, 156, 159
- Analyse 75
- Andenraum 28
- Änderung 112, 164, 172
- Angebot 49, 63, 66, 74
- Anreizsystem 82
- Antidiskriminierungsgesetz 76
- Arbeit 1, 72, 79, 82, 161
- Arbeiterklasse 16
- Arbeitgeber 74, 82
- Arbeitnehmer 52, 134
- Arbeitnehmerinteresse 74
- Arbeitsangebot 71, 84
- Arbeitsförderung 60
- Arbeitsgesellschaft 72
- Arbeitskosten 72
- Arbeitskraft 139
- Arbeitskräfte 73, 123, 127
- Arbeitskräfteangebot 15, 58, 66, 67, 68, 85, 90, 163, 169, 171
- Arbeitskräftebedarf 60, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 73, 74, 90, 121, 168
- Arbeitskräftenachfrage 68, 82, 90, 168
- Arbeitslosenunterstützung 34
- Arbeitsloser 60, 77, 78
- Arbeitslosigkeit 1, 34, 39, 60, 68, 72, 77, 78, 81, 82, 86, 87, 90, 149, 155, 156
- Arbeitsmarkt 1, 13, 39, 79, 108, 123, 128, 134, 139, 151, 152, 153, 166
- Arbeitsmarktentwicklung 15, 61, 66, 67, 68, 69, 90, 134, 151, 161, 163, 168
- Arbeitsmarktpolitik 26, 44, 60, 70, 72, 86
- Arbeitsmigration 167
- Arbeitspflicht 72
- Arbeitsplatz 72
- Arbeitsrecht 76
- Arbeitsstatistik 7, 34, 87, 90, 149, 155, 156
- Arbeitsteilung 56
- Arbeitsuche 7, 78
- Arbeitsverhältnis 1, 76, 84, 96
- Arbeitsvertrag 76
- Arbeitsvolumen 7, 69
- Arbeitswelt 165, 167
- Arbeitszeit 7, 65, 72, 73
- Arbeitszeitflexibilität 7
- Armut 16, 34, 142
- Arzt 85
- Asien 41, 87, 139
- Assimilation 119, 127
- Asylbewerber 81, 131, 134, 137
- Ausbildung 134
- Ausbildungserfolg 127
- Ausbildungsförderung 74, 84
- Ausbildungsplatz 74
- Ausgaben 80, 154

- Ausländer 12, 81, 118, 119, 126, 127, 129, 130, 131, 133, 135, 137, 140, 165, 167, 171
 Ausländerfeindlichkeit 119, 133
 Ausländerpolitik 128
 Ausländerrecht 81, 119
 ausländischer Arbeitnehmer 65, 69, 81, 84, 123, 128, 134
 Auslandsinvestition 161
 Auslandstätigkeit 127
 Außenwanderung 2, 149
 Auswanderung 20, 131
 Auswirkung 2, 39, 50, 54, 55, 56, 59, 66, 67, 74, 86, 153, 154, 157
- B**
- Baden-Württemberg 104
 Ballungsgebiet 157
 Baugewerbe 123, 149, 156
 Bayern 3, 143, 145, 159
 Bedarf 52, 121, 171
 befristetes Arbeitsverhältnis 96
 Begriff 75
 Behörde 32
 Belgien 87
 Benachteiligtenförderung 118
 Benachteiligung 74, 118
 Bereitschaft 92
 Bergbau 155
 Bericht 172
 Berlin 126, 143, 144
 Beruf 7, 56, 67, 85, 92, 97
 berufliche Integration 61, 81, 119, 127
 berufliche Reintegration 78
 berufliche Weiterbildung 34, 60, 85, 92
 Berufsaussicht 56, 59, 62, 78
 Berufsausstieg 53, 78, 82
 Berufsbildung 34, 73, 118, 127, 137
 Berufsbildungspolitik 74, 118
 Berufsmobilität 138, 151
 Berufsnachwuchs 74
 berufstätige Frau 7, 58
 Berufstätigkeit 108
 Beschäftigtenstruktur 59, 72, 83
 Beschäftigung 40, 123, 128, 141
 Beschäftigungsbedingungen 76
 Beschäftigungseffekt 59, 83, 161
 Beschäftigungsentwicklung 7, 59, 68, 74, 81, 87
 Beschäftigungsfähigkeit 82, 86
 Beschäftigungsförderung 67, 82
 Beschäftigungspolitik 62, 66, 72, 78, 82
 Betreuung 2, 98, 99, 100
 Betrieb 52, 60, 74
 Betriebsstillegung 75
 Betroffenheit 77
 Bevölkerung 3, 13, 18, 20, 22, 23, 24, 34, 36, 39, 41, 45, 46, 50, 57, 89, 101, 121, 132, 141, 145, 159, 170, 172
 Bevölkerungsdichte 11, 149
 Bevölkerungsentwicklung 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 11, 12, 15, 16, 17, 20, 22, 26, 31, 32, 34, 37, 38, 39, 40, 48, 49, 56, 57, 61, 68, 69, 74, 84, 86, 94, 95, 99, 101, 102, 103, 106, 108, 110, 111, 114, 120, 121, 122, 124, 128, 133, 138, 139, 142, 143, 144, 145, 146, 148, 149, 150, 151, 153, 154, 158, 159, 160, 161, 163, 164, 165, 166, 167, 171
 Bevölkerungspolitik 10, 23, 31, 32, 112, 114, 117, 167
 Bevölkerungsstatistik 7, 149, 155, 156
 Bevölkerungsstruktur 8, 11, 40, 57, 108, 114, 122, 124, 144, 151, 153, 166, 167
 Bevölkerungsverluste 4, 22, 27, 114, 124, 146, 160
 Bildung 1, 10, 34, 40, 60, 73, 80, 108, 167
 Bildungsabschluss 73
 Bildungsarbeit 61
 Bildungsbedarf 61, 67, 83
 Bildungsbeteiligung 81, 92
 Bildungschance 118
 Bildungsdefizit 61
 Bildungsertrag 73
 Bildungsinvestition 61, 73
 Bildungsniveau 61, 81, 166
 Bildungspolitik 44, 60, 61, 66, 108, 162
 Bildungsprogramm 61
 Bildungsreform 108
 Bildungsstatistik 149
 Bildungswesen 16, 60, 61, 156
 Binnenwanderung 2, 15, 149, 155, 156, 163, 166
 Biologismus 18
 Brandenburg 112
 Bremen 151, 152
 Bruttoinlandsprodukt 141, 161
 Bund 159

Bundesanstalt für Arbeit 72, 74
Bundesland 80, 154, 156, 166
Bundestag 51, 149
bürgerschaftliches Engagement 1, 63

C

Contrat Social 42

D

Dänemark 45, 87
Daten 25, 75, 104
Datendokumentation 34
Datengewinnung 75
Dauer 65, 73, 77
Dauerarbeitslosigkeit 78, 87, 90
DDR 16, 22
Defizit 72, 74
Delinquenz 137
Demographie 8, 9, 10, 11, 13, 14, 17, 21,
24, 27, 31, 32, 37, 48, 75, 80, 104,
109, 113, 134, 138, 142, 165
demographische Alterung 3, 6, 11, 22, 30,
35, 37, 39, 40, 41, 43, 51, 80, 84, 108,
120, 121, 141, 144, 160, 164, 167
demographische Faktoren 2, 4, 5, 8, 11,
12, 14, 15, 17, 19, 25, 36, 37, 40, 45,
47, 52, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 65, 66,
67, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 78, 80, 82,
83, 85, 89, 90, 92, 95, 108, 114, 116,
124, 132, 142, 150, 151, 153, 157,
159, 161, 162, 163, 164, 166, 167,
168, 169, 172
demographische Lage 11, 17, 20, 23, 40,
50, 57, 61, 88, 94, 108, 114, 121, 144,
145, 152, 167
demographischer Übergang 11, 40, 57, 61,
68, 94, 99, 105, 108, 109, 110, 114,
144, 146, 147, 152, 167
Demokratie 42
Deregulierung 72
Determinanten 92, 107
Deutscher 129, 135
Deutsches Kaiserreich 18
Deutsches Reich 10, 21, 22, 32
Deutschland 18, 29, 57
Dienstleistung 41, 63
Diskriminierung 81, 82, 119
Doppelrolle 7, 56
Drittes Reich 10, 21, 32

Dritte Welt 19
Dynamik 3

E

Ehe 116
Ehepaar 7
Ehepartner 127
Ehescheidung 8, 12, 110
Ehrenamt 63, 64
Einbürgerung 127, 137, 138
Einfluss 79
Einkommen 34, 53, 99, 123, 137, 141, 173
Einkommensteuer 93
Einkommensunterschied 54
Einkommensverhältnisse 54
Einkommensverteilung 40
Einnahmen 154
Einschulung 140
Einstellung 12, 45, 136
Einwanderung 6, 8, 12, 20, 44, 65, 81,
114, 117, 118, 119, 120, 121, 122,
124, 131, 132, 137, 140, 171
Einwanderungsland 117
Einwanderungspolitik 8, 65, 66, 72, 114,
128, 169
Einwohner 171
Elite 16, 162
Eltern 94
Eltern-Kind-Beziehung 29
Elternschaft 7
Emanzipation 102
Entscheidung 53
Entwicklung 13, 20, 23, 36, 38, 46, 50, 66,
68, 89, 92, 121, 151, 154, 161, 170,
172, 173
Entwicklungsland 19, 28, 37, 87, 138, 139
Erfolg 75
Erwachsenenalter 28
Erwachsener 28
Erwerbsbeteiligung 7, 59, 62, 66, 69, 82,
83, 86, 98
Erwerbsbevölkerung 5, 34, 50, 88, 151,
171
Erwerbslosigkeit 7
Erwerbspersonenpotential 15, 65, 66, 67,
68, 69, 70, 71, 151, 161, 163, 169
Erwerbstätiger 7
Erwerbstätigkeit 56, 70, 81, 87, 96, 97, 99,
127, 137, 149

- Erwerbsverhalten 83, 141, 151, 171
Erwerbsverlauf 1
Erziehung 10, 103
Ethik 4
ethnische Gruppe 16, 126, 127
EU 52, 64, 75, 99, 124, 125, 131, 134, 162, 169
EU-Erweiterung 134
Europa 4, 17, 25, 37, 50, 64, 94, 139
europäische Integration 72, 161
europäische Sozialpolitik 47
Europäisches Recht 76
EU-Staat 25
Evaluation 33
Exklusion 1
- F**
Fachkraft 60, 65, 66, 67, 68, 69, 73, 74, 90
Familie 7, 16, 24, 30, 50, 56, 94, 95, 97, 99, 101, 102, 103, 104, 105, 111, 113, 115, 127, 132, 137, 165, 167
Familie-Beruf 100
Familienarbeit 56
Familienbericht 99
Familienbildung 100, 114
Familienforschung 94
Familienfürsorge 94, 100
Familiengröße 7, 113, 114
Familiengründung 96, 99, 100, 104
Familienhilfe 99, 100
Familienlastenausgleich 100, 114
Familienplanung 12, 96, 129
Familienpolitik 2, 13, 93, 94, 96, 99, 100, 102, 103, 107, 108, 111, 113, 114, 115
Familiensoziologie 104
Familienstand 7, 110, 127
Familienzusammenführung 127
finanzielle Situation 63, 79, 146
Finanzierung 43, 45, 46, 60, 147, 158, 171
Finanzplanung 146
Finanzpolitik 154
Finnland 87
Fiskalismus 80
Flächennutzung 149, 167
Flexibilität 1, 146
Flüchtling 8, 81, 119, 131, 134, 137, 138
Föderalismus 44, 80, 154
Folgen 35, 50, 105, 115
Förderung 52, 60, 74, 86, 115
Förderungsmaßnahme 118
Forschung 139
Forschungspolitik 162
Forschungsprojekt 30
Forschungsstand 38, 140
Frankreich 43, 45, 87, 93, 115, 117, 120
Frau 56, 58, 67, 69, 70, 79, 96, 97, 102, 109, 112
Frauenerwerbstätigkeit 56, 58, 79, 84, 98, 109, 169, 171
Frauenförderung 84
Frauenpolitik 102
Freiwilligkeit 78
Freizeit 34
Freizügigkeit 52, 117
Fremdbild 28
Fruchtbarkeit 2, 5, 36, 79, 89, 95, 97, 98, 109, 121, 122, 132
frühkindliche Erziehung 61
Frustration 78
Führungskraft 84
- G**
Ganztagsschule 97
Gastgewerbe 149
Gebietskörperschaft 154
Geburt 14, 108, 109, 124, 172
Geburtenentwicklung 4, 5, 14, 20, 37, 40, 98, 103, 106, 113, 120, 144, 146, 152, 165, 166, 170
Geburtenfolge 109
Geburtenhäufigkeit 8, 15, 65, 106, 120, 122, 129, 137, 144, 146, 149, 163, 166
Geburtenrückgang 4, 5, 17, 35, 95, 103, 104, 113, 142, 144
Geld 173
Gemeinde 155
Gemeindehaushalt 154
gemeinnützige Arbeit 64
Gemeinschaft 29
Gender Mainstreaming 102
Generation 29, 30
Generationenverhältnis 2, 6, 12, 29, 30, 104
Generationenvertrag 2, 26, 30, 45, 46, 102, 142, 162
generatives Verhalten 29, 97, 98, 112, 113
Gerechtigkeit 30
Gerontologie 85

Geschlechterverhältnis 56, 102, 166
Geschlechterverteilung 87, 166
geschlechtsspezifische Faktoren 7, 16, 54, 56, 92
Gesellschaft 12, 38, 111, 121, 165
Gesellschaftspolitik 24
Gesetz 46
Gesetzgebung 52, 81
Gesundheit 25, 34, 40, 53, 135
Gesundheitsberuf 85
Gesundheitsversorgung 140
Gesundheitswesen 35, 44, 48, 85, 156
Gesundheitszustand 64, 140, 166
Gewalt 119
Gleichberechtigung 100
Gleichstellung 76
Globalisierung 8, 19, 42, 44, 72, 161, 162, 164
Großbetrieb 75
Großbritannien 53, 55, 57, 86, 87, 117
Großeltern 98
Großstadt 143, 144
Grundbesitz 173
Grundrente 45
GUS 138

H

Hamburg 143, 144, 151, 152
Handlungsorientierung 152
Handlungsspielraum 152
Handwerk 44, 74
Haushaltseinkommen 115
Haushaltsgröße 99
Heirat 8, 110, 116, 132, 137
Herkunftsland 127, 131, 137
historische Entwicklung 6, 17, 18, 21, 32, 72, 132, 138, 142
Historismus 18
Hochbetagter 33
hoch Qualifizierter 66, 73, 138, 139
Hochschulbildung 80
Hochschule 34, 80
Hochschulpolitik 80
Hochschulwesen 80
Hörfunk 133
Humankapital 40, 73, 88, 91, 103, 162

I

IAB 15

Identität 139
Identitätsbildung 29
Ideologie 2
illegale Beschäftigung 140
illegale Einwanderung 140
Illegalität 140
Implementation 49
Indien 139
Individualisierung 23, 47, 112
Individualismus 23
Individuum 38
Industriegesellschaft 35
industrielle Revolution 57
Industriestaat 37, 50, 79, 95, 138
Information 52
Informationsgesellschaft 60
Informatisierung 1
informelle Struktur 98
Infrastruktur 2, 145, 146, 147, 150, 152, 153, 157
Innovation 44, 162
institutionelle Faktoren 2
institutioneller Wandel 55
Integration 118, 126, 133, 139
Integrationspolitik 81, 117, 128, 139
Interaktion 29
Interesse 74
Interessenkonflikt 160
Interessenvertretung 133, 136
internationaler Vergleich 25, 41, 55, 59, 64, 87, 95, 126, 142, 169
internationaler Wettbewerb 66
internationale Verflechtung 123
internationale Wanderung 8, 37, 125, 127, 131, 142
internationale Zusammenarbeit 32
Irland 87
Italien 87
Italiener 127

J

Japan 41, 87
Jude 138
Jugend 29
Jugendlicher 28, 74, 81, 118, 127
junger Erwachsener 127

K

Kampagne 112

- Kanada 87
 Kapital 73
 Kapitalintensität 73
 Kapitalmarkt 39
 Kaufkraft 138
 Kausalität 109
 Kind 2, 81, 97, 98, 99, 100, 113, 140
 Kindergarten 114
 Kindergeld 100, 114
 Kinderlosigkeit 12, 96, 100, 104, 114
 Kindertagesstätte 61, 97, 99
 Kinderwunsch 97, 100, 107, 129
 Kinderzahl 7, 97, 100, 106, 107
 Kleinbetrieb 75
 Kollektivbewusstsein 29
 kollektive Identität 29
 Kommunalplanung 146
 Kommunalpolitik 139, 146, 147, 150
 Kommunalverwaltung 33
 Konflikt 6, 29
 Konfliktpotential 6
 Konfliktregelung 6
 Konfliktstruktur 6
 Konjunktur 161
 Konsum 41, 65, 99, 134, 141
 Konzentration 77
 Konzeption 52, 75, 161
 Kooperation 32
 Korruption 44
 Kosten 73
 Kraftfahrzeug 149
 Krankheit 48
 Kriminalität 119
 Kritik 17
 Kultur 11, 34, 139
 kulturelle Faktoren 11, 83, 119, 130
 Kulturgeschichte 29
 Kündigungsschutz 76
 Kurort 145
- L**
- Landesplanung 150, 153
 Landflucht 37
 Landkreis 149, 155, 156, 159
 ländlicher Raum 2
 Landwirtschaft 149, 155, 156
 Langlebigkeit 33
 Lateinamerika 28, 37
 Lebensalter 9, 14, 33, 64, 88, 92, 96
 Lebensarbeitszeit 65
 Lebensbedingungen 14, 16, 29, 140
 Lebensdauer 14
 Lebenserwartung 2, 5, 8, 9, 14, 19, 22, 35, 37, 85, 95, 104, 108, 110, 122, 142, 158, 166
 lebenslanges Lernen 1, 60, 69, 74, 83, 85, 92
 Lebenslauf 38, 94
 Lebensplanung 12, 94
 Lebenssituation 25, 34, 38, 78, 96, 127, 140
 Lebensstandard 57
 Lebensunterhalt 137
 Lebensweise 1, 7, 16, 40, 47, 101
 Leistungsanspruch 47
 Leistungsbewertung 52
 Leistungsfähigkeit 151
 Leitbild 111
 Lernen 92
 Lerninhalt 10
 Lohnnebenkosten 51
- M**
- Makroebene 39
 Manager 84
 Mann 7, 77
 Marketing 41
 Marktwirtschaft 44
 Massenarbeitslosigkeit 72, 90
 Maßnahme 60, 72, 86, 111, 116
 Mecklenburg-Vorpommern 151, 152, 168
 medizinische Versorgung 35, 85, 171
 Mehrgenerationenfamilie 30
 Meinung 136
 Meldewesen 33
 Messinstrument 91
 Messung 8, 91
 Methode 91, 126
 Methodik 31
 Methodologie 126
 Metropole 126, 143
 Migrant 117, 130, 132, 134, 136, 138, 140
 Migration 1, 6, 13, 15, 20, 24, 27, 35, 40, 95, 116, 120, 121, 123, 124, 125, 128, 129, 132, 133, 134, 135, 137, 138, 139, 141, 146, 149, 163, 166, 172
 Migrationsforschung 125, 126, 138
 Migrationspolitik 128

- Mikrozensus 7, 25
 Minderheit 126, 135, 138
 Mismatch 68
 Mittelbetrieb 75
 Mittelstand 16
 Modell 39, 171
 Modellrechnung 143
 Modernisierung 72
 Modernisierungstheorie 19
 Morbidität 135
 Morphologie 104
 Motiv 112
 Motivation 52, 139
 multikulturelle Gesellschaft 126
 Muslim 136
 Mutter 7, 98
- N**
- Nachfrage 39, 41, 49, 74
 Nachfrageentwicklung 168
 Nachkriegszeit 6, 123
 Nahrungsmittel 57
 Nationalismus 27
 Nationalsozialismus 21, 32
 Nationalstaat 27
 Netzwerk 118
 neue Bundesländer 15, 16, 33, 54, 90, 98,
 99, 105, 107, 110, 112, 139, 150, 157,
 163, 167
 Neuseeland 87
 nichteheliche Lebensgemeinschaft 7
 Nichterwerbstätigkeit 7, 67
 Niederlande 45, 87, 117, 126
 Niedersachsen 151, 152, 153
 Niedrigqualifizierter 60
 Nordamerika 37, 59, 87, 91, 94, 124
 Norddeutschland 151, 152
 Nordeuropa 64
 Nordrhein-Westfalen 116, 130, 138, 141,
 143
 Normativität 17
 Norwegen 87
 Nutzung 91, 116
- O**
- OECD 59
 öffentliche Ausgaben 152
 öffentliche Förderung 52, 115
 öffentliche Meinung 12
 öffentlicher Haushalt 34, 152, 154, 155,
 156, 165
 öffentlicher Sektor 147, 152
 Ökonomie 15, 153, 163, 166
 ökonomische Faktoren 54, 79, 167
 ökonomischer Wandel 164
 ökonomisches Modell 39
 Organisationsform 55
 Ostasien 41, 87
 Österreich 87
 Osterweiterung 124, 125, 134
 Ost-West-Wanderung 167
 Outsourcing 161
 Ozeanien 87
- P**
- Paradigma 126
 Parlamentsdebatte 51
 Parteipolitik 80
 Partizipation 25
 Pazifischer Raum 87
 Pendler 7
 Pensionierung 58
 Persistenz 90
 Personal 67, 74
 Personalabbau 83
 Personalbedarf 84, 168
 Personaleinstellung 83, 84
 Personalentwicklung 84
 Personalplanung 84
 Personalpolitik 59, 83, 84
 Personalreserve 69
 Peru 28
 Pflege 25, 40, 56, 101, 171
 Pflegeversicherung 43, 49, 101
 Planung 2
 Politik 13, 165
 politische Integration 34, 126
 politische Partizipation 119, 127
 politische Reform 42
 politische Steuerung 39
 Popularisierung 10
 Portugal 87
 postsozialistisches Land 139
 Preisniveau 161
 Presse 112
 privater Sektor 147
 private Vorsorge 51, 52

-
- Privathaushalt 7, 34, 99, 101, 132, 137, 171
Privatsphäre 105
Problem 36
Problemgruppe 92
Produkt 63
Produktgestaltung 41, 52
Produktionsfaktor 73
Produktivität 65, 151, 161
produzierendes Gewerbe 149, 156
Prognose 3, 5, 8, 15, 36, 49, 50, 66, 67, 68, 69, 70, 90, 95, 106, 110, 122, 142, 148, 153, 158, 159, 161, 163, 166, 169, 170, 173
Prognosemodell 171
Prognostik 85, 142, 168
psychosoziale Faktoren 35
psychosoziale Versorgung 35
Publikation 30
- Q**
Qualifikation 1, 60, 67, 72, 74, 130
Qualifikationsanforderungen 60
Qualifikationsniveau 61, 134
Qualifikationsstruktur 60, 67, 73, 81, 171
Qualitätskontrolle 52
Qualitätssicherung 60
Quantität 73, 108, 124, 144, 170
Quote 56, 70, 78, 81, 82, 87, 90, 149
- R**
Rationalisierung 65
Raumordnung 150, 152
Raumordnungspolitik 147, 150, 157
Raumplanung 148
Recht 52, 119
Recht auf Arbeit 72
Rechtsstellung 140
Reform 24, 26, 47, 49, 55, 72, 82
Reformpolitik 161
Regierungsbezirk 156
Region 148, 151, 153, 166, 171
regionale Entwicklung 3, 37, 40, 146, 150, 152, 155, 156, 157, 159, 166
regionale Faktoren 37, 157, 171
regionale Mobilität 151
regionaler Unterschied 166
regionaler Vergleich 2, 90
regionale Verteilung 36, 148, 161
- Regionalplanung 15, 153, 163, 166
Regionalpolitik 150
Regulierung 72
Rekrutierung 67, 74
Religion 119, 136
Rente 26, 46, 158
Rentenalter 2, 5, 53, 70, 78, 82
Rentenversicherung 2, 5, 24, 43, 45, 49, 51, 52, 78, 82, 158
Rentner 5, 138
Reproduktion 129
Rheinland-Pfalz 146
Risiko 135
Roboter 65
Ruhestand 25
Russland 139
- S**
Sachsen 150
Sachsen-Anhalt 112, 150, 152
Schleswig-Holstein 151, 152
Schulabschluss 92
Schulbesuch 140
Schulbildung 127, 137
Schule 118
Schulentwicklung 146
Schulerfolg 127
Schulwesen 146
Schweden 87, 97
Schweiz 87, 128
Schwerbehinderung 137
Segregation 127, 147
sektorale Verteilung 87, 90, 149
Selbstbild 28
Selbstverantwortung 85
Siedlungsdichte 153
Skandinavien 94
SOEP 92
Solidarität 42, 46
Sombart, W. 18
Sozialarbeit 133
soziale Beziehungen 1, 29, 78
soziale Faktoren 57, 116
soziale Folgen 3, 16, 23, 49
soziale Gerechtigkeit 45, 142
soziale Herkunft 92
soziale Indikatoren 137
soziale Integration 117, 119, 127, 137, 138, 165, 167

-
- soziale Klasse 16
soziale Lage 26, 119, 140
soziale Mobilität 16
soziale Partizipation 64, 119, 127
sozialer Konflikt 160
sozialer Status 19, 92
sozialer Wandel 1, 2, 6, 16, 19, 38, 41, 42, 55, 111, 164
soziale Schichtung 16
soziale Sicherung 4, 24, 34, 40, 43, 47, 49, 50, 55, 82, 166, 171
soziales Netzwerk 127
soziales System 42
soziale Ungleichheit 16, 100
soziale Unterstützung 25, 100
Sozialgeographie 139
Sozialgesetzbuch 60
Sozialhilfe 13, 46, 137
sozialistischer Staat 112
Sozialpolitik 2, 13, 24, 26, 30, 42, 44, 47, 49, 54, 60, 72, 78, 97, 142, 161
Sozialstaat 47, 72, 99, 165
Sozialstruktur 16, 35, 55, 111, 127, 167
Sozialversicherung 5, 17, 43, 49, 51, 53, 134, 161, 162
Sozialwesen 156
soziokulturelle Faktoren 64
Soziologie 18
soziologische Theorie 19
sozioökonomische Entwicklung 1, 42
sozioökonomische Faktoren 64, 92, 135
Spanien 87
Sparen 52
Spätaussiedler 81, 126, 131, 134, 137, 139
Sprache 133
Sprachkurs 116
Sprachunterricht 81
Staat 42, 102
Staatsangehörigkeit 119, 127, 137
Stadt 94, 147, 159
Stadtbevölkerung 144
Städtebau 147
Stadtentwicklung 40, 145, 147, 150
Stadtplanung 147
Ständestaat 57
Ständewesen 57
Standortfaktoren 151, 153
stationäre Versorgung 171
Statistik 119, 127, 137, 149
Statistiker 32
statistische Methode 75
Statistisches Bundesamt 34
Statistisches Landesamt 32
Steine und Erden 155
Stellung im Beruf 137
Sterblichkeit 8, 9, 14, 17, 20, 22, 33, 48, 110, 122, 132, 144, 149, 170
Sterilisation 112
Steueraufkommen 141
Steuerbelastung 93
Steuern 44
Steuerpolitik 54, 161
Steuerrecht 161
Steuersystem 115, 161
stille Reserve 7, 67, 90
Straßenverkehr 149
Struktur 7, 36, 68, 91, 95, 110, 127, 132, 137, 148
strukturelle Arbeitslosigkeit 72
Strukturpolitik 150, 153, 157
strukturschwache Region 157
Strukturwandel 59, 66, 67, 71, 72, 85, 105, 126, 161, 164, 168, 169
Südamerika 28
Südasien 139
Südeuropa 64
System 46
Systemvergleich 115
- T**
Tagesbetreuung 98
technischer Fortschritt 151
technischer Wandel 60
Teilzeitarbeit 7
tertiärer Sektor 59, 72, 74
Thüringen 150
Tod 14, 48
Tönnies, F. 18
Tourismus 149, 155, 156
Transformation 16, 105, 112
Trend 164
Türke 116, 127, 132, 136
- U**
Überalterung 35, 162
Überstunden 7
Übertragung 115
UdSSR-Nachfolgestaat 139

- Umlageverfahren 43
 Umverteilung 93
 Umwelt 146, 156
 Unfallhäufigkeit 149
 Ungleichheit 53, 173
 UNO 37
 Unterbeschäftigung 90
 Unternehmen 1, 75, 83, 84
 Unternehmensgründung 75, 149
 Unterricht 10
 Urbanisierung 37
 Urbanität 147
 Ursache 2, 48, 72, 142, 161
 USA 59, 87, 91, 94, 124
- V**
 Vater 7
 verarbeitendes Gewerbe 155
 Verbraucher 65
 verfügbares Einkommen 161
 Vergleich 115, 126, 139
 Verhalten 52, 53, 65, 79, 82, 130, 132, 141
 Verkehrsmittel 7
 Verkehrswesen 156
 Vermögen 40, 173
 Versicherungsgewerbe 52
 Versorgung 57
 Verteilung 45, 77, 123, 160, 173
 Verteilungseffekt 93, 115
 Volkspartei 165
 Volkswirtschaft 39, 61, 73, 91, 134
 volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 149, 156, 161
 volkswirtschaftliche Kosten 134
 Volkswirtschaftslehre 18
 Vollbeschäftigung 72
 Vorruhestand 78
 Vorschule 61
 Vorschulerziehung 61
- W**
 Wachstum 36, 37, 91, 106, 124
 Wahlverhalten 149
 Wanderungsrichtung 139
 Weber, M. 18
 Weimarer Republik 32
 Weiterbildung 1, 60, 67, 83, 92, 130
 Welt 142
 Weltbevölkerung 9, 37, 124
 Weltwirtschaft 164
 Wert 12, 165
 Wertorientierung 23, 107, 165
 Wertwandel 165
 Wettbewerbsbedingungen 165
 Wettbewerbsfähigkeit 66, 73, 162
 Wiedervereinigung 16, 72, 105
 Wirkung 23
 Wirtschaft 18, 57, 165, 167
 wirtschaftliche Folgen 3, 4, 43, 57, 89
 wirtschaftliche Integration 125
 wirtschaftliche Lage 25, 26, 57, 63, 99
 Wirtschaftsentwicklung 15, 49, 57, 88, 90, 91, 108, 123, 146, 150, 161, 163, 164, 165
 Wirtschaftskrise 162
 Wirtschaftspolitik 26, 39, 44, 164
 Wirtschaftsreform 26
 Wirtschaftsstatistik 34, 75, 149, 155, 156
 Wirtschaftsstruktur 39, 59, 71, 161, 168
 Wirtschaftsverflechtung 164
 Wirtschaftswachstum 39, 40, 65, 72, 88, 89, 108, 128, 161, 162
 Wissenschaft 10
 Wissenschaftler 21
 Wissenschaftsdisziplin 32
 Wissenschaftstheorie 142
 Wissensgesellschaft 60, 164
 Wissenstransfer 32
 Wohlstand 42, 57, 162, 173
 Wohnen 34
 Wohnort 139
 Wohnungsbau 2, 155, 156
 Wohnungsmarkt 147, 152
 Wohnungswesen 149
 Wohnverhalten 2
 Wohnverhältnisse 25, 34, 137
- Z**
 Zeitarbeit 72
 Zeitaufwand 94
 Zeitpolitik 94
 Zeitverwendung 1, 78
 Zertifizierung 52
 Zielgruppe 41, 85
 Zivilgesellschaft 44, 126
 Zufriedenheit 34
 Zukunft 25, 54, 121, 165, 170
 Zukunftsfähigkeit 61, 103

Zukunftsperspektive 56, 58, 62, 167, 168
Zuwanderung 6, 17, 22, 89, 108, 114, 117,
120, 123, 125, 126, 134, 138, 139,
144, 165, 171
zweite Generation 117, 127

19. Jahrhundert 18, 32
20. Jahrhundert 32
21. Jahrhundert 101

Institutionenregister

- Berufsbildungswerk - Gemeinnützige Bildungseinrichtung des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH -bfw- 130
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung -BIB- 20, 132
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- 172
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Staat 115, 171
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW Berlin- Abt. Weltwirtschaft 123
- Deutsches Zentrum für Altersfragen 25
- europäisches forum für migrationsstudien -efms- Institut an der Universität Bamberg 131
- Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund 63, 86
- GIGA Institut für Asienkunde 41
- Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut gGmbH 164
- ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität München 91
- Max-Planck-Institut für demografische Forschung 33
- Prognos AG 173
- Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. -RISP- an der Universität Duisburg-Essen 130
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien Institut an der Universität Duisburg-Essen 116, 136
- Technische Universität Dresden, Fak. Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl Empirische Finanzwissenschaft und Finanzpolitik 154
- Universität Bamberg, Fak. Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Professur für Bevölkerungswissenschaft 50
- Universität Bonn, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Institut für Internationale Wirtschaftspolitik 79
- Universität Bremen, FB 09 Kulturwissenschaften, Bremer Institut für Kulturforschung -bik- 129
- Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates 54
- Universität Düsseldorf, Medizinische Fakultät, Institut für Geschichte der Medizin 32
- Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie 111
- Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie 145

-
- Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Professur für Sozialpolitik 77
- Universität Heidelberg, Medizinische Fakultät Heidelberg, Hygiene-Institut Abt. Tropenhygiene und Öffentliches Gesundheitswesen 135
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik 121, 143
- Universität Mannheim, Fak. für Rechtswissenschaft und VWL, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel -MEA- 170
- Universität Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl für Soziologie I 55
- Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung -MZES- Arbeitsbereich A Die Europäischen Gesellschaften und ihre Integration 55
- Universität München, Fak. für Betriebswirtschaft, Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen 53
- Universität Münster, FB 04 Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Institut für Industriebewirtschaftliche Forschung 39, 49, 88
- Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Professur für Frauenforschung, Soziologie der Geschlechterverhältnisse 112
- University of Liverpool 32

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des Informationszentrums Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Internet-Service

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften wurde 1969 von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Seit Dezember 1986 ist es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet, in der die Abteilung des IZ zwei Aufgaben übernahm: Die Bestandssicherung unveröffentlichter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten der DDR und den Informationstransfer von und nach Osteuropa. Außerdem bietet das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS (<http://www.cews.org/>) als Abteilung des IZ zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung.

Die Datenbanken FORIS und SOLIS

FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: FORIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 42.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SI-

DOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Sommer 2006 ca. 335.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 14.000

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken FORIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International

The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
76012 Karlsruhe
Deutschland
Tel.:+49 (0)7247-80 85 55
www.stn-international.de

GBI

Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Information mbH
Postfach 81 03 60
81903 München
Deutschland
Tel.:+49 (0)89-99 28 79-0
www.gbi.de/_de

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für

das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der neue interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und FORIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden (www.infoconnex.de).

Im **Internetangebot des IZ** bzw. der GESIS steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der FORIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung; dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in FORIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken FORIS und SOLIS bietet das IZ entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Die Abteilung Informationstransfer in der GESIS-Servicestelle Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Sie unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe **sowiOnline** Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken FORIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe **sowiPlus** werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/sowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die Institute der GESIS (Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.)

IZ (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn)

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und

ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim)

bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank FORIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank FORIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie
- der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Elektronischer Service des IZ

Das IZ-Telegramm, das vierteljährlich über Neuigkeiten und Wissenswertes aus dem IZ berichtet sowie der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“ können auch in elektronischer Version bezogen werden. Ein E-mail-Abonnement des IZ-Telegramms erhalten Sie über

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Textfeld: subscribe iz-telegramm *IhrVorname IhrNachname*

Der Betreff bleibt leer, statt *IhrVorname IhrNachname* können Sie auch *anonymous* eingeben.

Für den Newsletter gilt:

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Text im Betreff: subscribe oenews

Umfassende und aktuelle Informationen zum Gesamtangebot der Serviceleistungen des IZ inklusive Preise, Download- und Bestellmöglichkeiten finden Sie im Internet - alles auf einen Blick unter:

www.gesis.org/IZ/IZ-uebersicht.htm

GESIS - Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.

**Informationszentrum
Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Deutschland
Tel.:+49 (0)228-2281-0
Fax:+49 (0)228-2281-120
E-mail:iz@bonn.iz-soz.de

Abteilung Informationstransfer
in der GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Deutschland
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0
Fax:+49 (0)30-23 36 11-310
E-mail:iz@berlin.iz-soz.de

